

# ÖKOSTEUERNEWS 12 – AUGUST 2002

---

## NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM

### FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V. GREEN BUDGET GERMANY

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>  
Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 [foes@foes-ev.de](mailto:foes@foes-ev.de)

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.  
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.\*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer  
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 37 40).

\*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung  
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

---

### Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL .....	1
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND .....	4
3.	ÖSR INTERNATIONAL .....	15
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER .....	25
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN.....	26
6.	BUCHBESPRECHUNGEN IM UMFELD VON ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE: „DIE BLINDHEIT DER GESELLSCHAFT“ .....	36
7.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	40
8.	KURZMELDUNGEN.....	40
9.	SERVICE: JOBS .....	42
10.	SERVICE: LINKS .....	43
11.	SERVICE: VERANSTALTUNGEN .....	44
12.	FÖS: IN EIGENER SACHE .....	49

---

## 1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

### *Liebe Freunde der Ökosteuern und Leser des ÖSN,*

heute mal ein editorischer Rundschlag, inspiriert von Themenbreite und Umfang der vorliegenden Ausgabe. Dabei wollen wir mit Ihnen unseren Fokus diskutieren, unser Mitgefühl über verlorene Werten eines Automobilvorstands teilen, Sie auf interessante versteckte Botschaften der CSU und der Grünen hinweisen, aber auch auf neuere Entwicklungen auf EU-Ebene.

Weitere Highlights: Vorstandsmitglied Andreas Sauter bespricht das neueste Buch von Jochen Luhmann über eine risikoblinde Gesellschaft (mit ausführlicher Inhaltskurzfassung). Auch in den nächsten Ausgaben möchte er Bücher vorstellen, die sich in Umfeld „Wirtschaft und Ökologie“ bewegen. Die Enquetekommission des Bundestags zeigt Wege in eine energieeffiziente Zukunft, bei der sozialdemokratische Kohleromantik und christdemokratische Nuklearnostalgie nur stören würden.

Viel Vergnügen und die nötige Geduld bei der Lektüre  
wünscht Ihnen Ihr

Dr. Anselm Görres, FÖS-Vorsitzender

### **ÖSN – Fokus zu weit?**

Mit der zwölften Ausgabe unseres Newsletters sind wir nun über anderthalb Jahre „im Geschäft“. Viele von Ihnen haben uns seit Beginn begleitet, mindestens ebenso viele sind seither hinzugekommen. Die Leserzahl hat sich von 1100 auf 3200 entwickelt – auch ohne Wette ein Anlass, eine gute Flasche Rotwein zu leeren.

Mit der Zahl der Ausgaben ist auch deren Umfang angewachsen – diesmal auf 51 Seiten. Zuviel? Manchmal fragen wir vom FÖS-Vorstand uns als Herausgeber, ob wir nicht die Bandbreite zu weit angelegt haben – auch der eine oder andere Leserbriefschreiber argumentiert so. Auf der anderen Seite bietet fast jede Ausgabe der ÖSN einen Querschnitt durch Ökothemen über die Ökosteuer hinaus. Wie soll's weitergehen: Bitte schreiben Sie uns Ihre Meinung dazu!

### **Phantomschmerzklagen mit Rotwein bezahlt**

Opel-Chef Peter Forster ging dem allgemeinen Jammern über Phantomschmerzen auf den Leim. Seine Strafe: Eine Kiste Rotwein an Franz Müntefering. Auf einer Podiumsdiskussion beklagte er die Belastungen seines Unternehmens durch die Ökosteuer. Müntefering bot ihm die Wette, dass Opel unter dem Strich durch die Ökosteuer entlastet sei, nicht belastet. Forster ließ nachrechnen – und musste bezahlen.

[Lesen Sie hier die zugehörige Meldung.](#)

Opel ist nicht Verlierer, sondern Gewinner der Ökosteuer – wie die meisten deutschen Industrieunternehmen. Der analytisch geschulte Volkswirt und ehemalige McKinsey-Berater müsste es eigentlich besser wissen. Immerhin hat BMW – das Unternehmen, bei dem er seine industrielle Karriere machte, bis er als Vorstand Opfer der Rover-Affaire wurde – dem FÖS aktive Geburtshilfe erwiesen. Mit Genehmigung durch Bernd Pischetsrieder wurden die ersten 100 Exemplare des FÖS-Memorandums im Keller des BMW-Hochhauses gedruckt - zur anschließenden Übergabe an Presse und Öffentlichkeit anlässlich der Pressekonferenz zur FÖS-Gründung am historischen 9. November 1994. Läse Forster nicht die FAZ, in der man bis heute kein gutes Wort zur Ökosteuer finden konnte, sondern unser Memorandum, wäre ihm der Verlust eines Dutzends guter Rotweinflaschen erspart geblieben.

Doch Forster hat mildernde Umstände. Wer mitten in einer schweren Sanierung steckt, hat andere Sorgen, als die Berechnung der Nettobelastungen der Ökosteuer. Diese Entschuldigung gilt aber nicht für die Industrieverbände, die industriefreundliche Presse und ihre politischen Repräsentanten. Hier scheint zur Ökosteuer nach wie vor der alte Kaufmannsgrundsatz zu gelten: *Lerne klagen, ohne zu leiden.*

Die deutsche Industrie gehört in ihrer großen Mehrheit zu den Gewinnern der Ökosteuer. Für die Industrie als ganzes wurden die allgemeinen Ökosteuersätze ohnehin auf 20 Prozent reduziert. Für die besonders energieintensiven Branchen gelten darüber hinaus Ausnahmeregelungen, die so großzügig sind, dass Berlin von Brüssel dafür gemäßregelt wurde, und die sogar Eingang in den Subventionsbericht der Bundesregierung fanden.

Vereinfacht gesagt, profitiert die Industrie mit annähernd 50 Prozent an den Rentenbeitragsenkungen, zahlt aber weniger als ein Drittel des Ökosteueraufkommens. Von Wettbewerbsnachteilen kann daher keine Rede mehr sein, mit wenigen Ausnahmen eher von Wettbewerbsvorteilen.

### **Ball verkehrt: Studie der Hanns-Seidelstiftung fordert Abbau der Sonderregelungen für die Industrie**

Die großzügigen Ausnahmeregelungen, die die deutschen Ökosteuer Gesetze der Industrie einräumen, werden neuerdings auch von unerwarteter Seite kritisiert. In einer von uns vorabgedruckten Studie für die CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung kommen die Autoren Christoph Böhringer und Robert Schwagemer zu dem Résumé: Die Umsetzung der ÖSR in Deutschland wird im Hinblick auf eine effektive Umweltpolitik nega-

tiv bewertet. Ausnahmeregelungen für das produzierende Gewerbe, sowie für die Forst- und Landwirtschaft werden als ökologisch kontraproduktiv gesehen. Deshalb fordern die Autoren die Abschaffung ökologisch wenig sinnvoller Ausnahmeregelungen und eine umfassende einheitliche Umweltsteuer. Auch den oft propagierten positiven Beschäftigungswirkungen einer Ökologischen Steuerreform stehen die Autoren skeptisch gegenüber. Ihre Ausgestaltung sollte sich stärker am Umweltziel orientieren.

[Den Artikel dazu finden Sie hier.](#)

Hier wiederholt sich eine seltsame Frontenverkehrung, die der politische interessierte Zeitgenosse schon beim Thema der Null-Besteuerung von Veräußerungsgewinnen verwundert zur Kenntnis nahm. Die rotgrüne Koalition hat dieses Thema so überaus großzügig geregelt, dass selbst davon meistbegünstigte Unternehmen wie Deutsche Bank und Allianz zu einem Ergebnis kamen, das schwäbische Geschenkkempfänger so formulieren würden: *Des hätt's aber net braucht*. Mit Korrekturen an diesem Geschenk an die großen Beteiligungshalter in Deutschland ist wahrscheinlich bei jedem Wahlergebnis zu rechnen. Vielleicht – so hoffen wir – auch mit Korrekturen der allzu großzügigen ÖkosteuerAusnahmeregelungen.

Im übrigen scheint uns der erwähnte Artikel von Christoph Böhringer und Robert Schwagern zwar in Details über das Ziel hinauszuschießen, im der Summe aber durchaus zustimmenswert. Ausdrücklich stimmen wir etwa folgenden Aussagen zu:

- Umweltsteuern sind aber vorrangig durch ökologische Überlegungen zu begründen. Negative Arbeitsmarkteffekte sind von daher kein Grund, auf Ökosteuern zu verzichten, es sei denn das Beschäftigungsziel hat einen höheren Stellenwert als das Umweltziel.
- Der wesentliche Konstruktionsfehler der deutschen Ökologischen Steuerreform besteht in den im Gesetz verankerten weit reichenden Ausnahme- und Kompensationsregelungen.

Wo wir anders argumentieren würden, ist zum einen in der Fixierung auf die CO<sub>2</sub>-Problematik, zum anderen bei gelegentlichen Aussagen zur Ökosteuerbelastung, die wir eher als Phantomschmerzklagen einstufen würden. Vielleicht können wir hier von den Autoren bei Gelegenheit noch eine Kiste Rotwein gewinnen – wie Münzfering sie schon von Forster bekam.

### **Trittin-Rede skizziert Ökosteuerstrategie der Grünen**

Einen Insider-Blick auf die Perspektiven der Ökosteuer nach einer von Rot-Grün gewonnenen Bundestagswahl eröffnet auch Jürgen Trittins Beitrag zur Eröffnung der „Internationalen OECD-/BMU- Konferenz zur Ökologischen Steuerreform“ am 27. Juni Berlin. Er zeigt zahlreiche Möglichkeiten auf, wie künftig der Abbau von ökologisch kontraproduktiven Subventionen Hand in Hand gehen kann mit der Förderung von Alternativenenergien oder anderen ökologisch wichtigen Entwicklungen.

Zwischen den Zeilen kann man dem Beitrag auch entnehmen, mit welchen Forderungen sich die Grünen bei der Fortsetzung der rotgrünen Koalition die Tatsache versüßen lassen möchten, dass der große Koalitionspartner bei der bisherigen Ökosteuer wohl erst mal keine neuen Schritte zulassen würde.

### **Europäische Dieselsteuer: Trotz Fehlern ein fiskalischer und ökologischer Fortschritt**

Jahre, ja Jahrzehnte lang kreißte Berlaymont, der Brüsseler Berg. Jetzt könnte er etwas gebären: Kein Mäuschen, sondern immerhin eine Regelung zur schrittweise europäischen Konvergenz der Dieselsteuer für Lkws. Die Einigung enthält gerade für Ökosteuerfreunde durchaus unerfreuliche Elemente: Etwa das Risiko, dass Deutschland sein heutiges Niveau der Dieselsebesteuerung bei Lkws reduzieren müsste. Gegen diese für uns absolut inakzeptable Vorstellung hat der FÖS bereits mit einer Presseerklärung protestiert.

[Die Pressemitteilung des FÖS finden Sie hier.](#)

Aber wir müssen auch anerkennen, dass die Einigung auf gemeinsame europäische Mindeststeuersätze immerhin zahlreiche unserer Nachbarländer zu deutlichen Erhöhungen der Dieselsteuer zwingen würde, unter dem Strich somit die durchschnittliche Dieselsteuerbelastung in Europa zunähme. Auch fiskalisch ist - wie jeder Kenner der Europapolitik und der *Unanimity Rule* bei Steuerfragen weiß - eine Einigung über gesamt-europäische Mindeststeuersätze ein bedeutsamer Fortschritt.

## 2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

### ***Töpfer: Wir brauchen Ökosteuern***

Die deutsche Ökosteuer schafft nicht genug Anreize, um ökologische Veränderungen zu bewirken, meint Klaus Töpfer, Chef der UNO-Umweltbehörde. In der „Welt am Sonntag“ sagte Töpfer:

*„Wir brauchen die Ökosteuer. Aber wir müssen ihre gegenwärtige Struktur ändern. Sie schafft nicht genug Anreiz, um große Veränderungen des ökologischen Verhaltens zu bewirken und muss weiterentwickelt werden. Aber dass es eine Besteuerung für knappe Umweltgüter geben muss, halte ich für richtig. Wir können nicht auf Dauer unseren Lebensstandard durch Ausbeutung der Natur und die Belastung der Lebensbedingungen in Entwicklungsländern subventionieren.“*

Vor 10 Jahren hat der CDU-Politiker Klaus Töpfer wesentlich den Umweltgipfel von Rio beeinflusst. Zusammen mit dem früheren und kürzlich verstorbenen Umweltminister von Brasilien, José Lutzenberger, war Klaus Töpfer Inspirator des berühmten „Geistes von Rio“.

Jetzt befragt, was er vom Johannesburg-Erdgipfel „Rio plus 10“ Ende August/Anfang September erwarte, sagte der Chef der UNO-Umweltbehörde:

*„Es muss ein Gipfel der Umsetzung und nicht der Deklarationen werden. Es müssen ganz konkrete Zielsetzungen und Zeitpläne verabschiedet werden. Beispiel: Wir brauchen weltweite klare Quoten für den Anteil Erneuerbarer Energien an Gesamtenergieverbrauch.“*

In seinem Interview mit der „Welt am Sonntag“ plädierte Töpfer dafür, dass sich die EU-Staaten verpflichten sollten, den Anteil der Erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 auf 15 Prozent (ohne die großen Wasserkraftwerke) zu steigern. Der Stromanteil der Erneuerbaren Energien liegt heute in Deutschland bei zirka acht Prozent. Die zunehmenden Stürme auch in Europa - einschließlich der acht Orkantoten von Berlin in der letzten Woche - führt Klaus Töpfer auf den Klimawandel und Treibhauseffekt zurück (ECO-News 16.07.2002).

### ***Ökologische Finanzreform – Rückblick und Perspektiven (Rede von Jürgen Trittin bei der Internationalen OECD-/BMU-Konferenz zur Ökologischen Finanzreform am 27.06.2002)***

Im letzten Newsletter berichteten wir über die gemeinsame internationale Konferenz der Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) am 27. Juni in Berlin. Die folgende Rede hielt dort Jürgen Trittin:

Die OECD verkörpert schon in ihrer Zusammensetzung in besonderer Weise das gängige Leitbild von Entwicklung, das Ziel, das alle Staaten erreichen wollen: Sie wollen eine Volkswirtschaft mit hohem Industrie- und Dienstleistungsanteil werden, eine Wachstumsgesellschaft, die sich für ihre Wirtschafts- und Lebensweise, ihren Komfort einen hohen Ressourcenverbrauch leisten kann. Die OECD bewegt sich damit in der Logik von Truman, der die Welt einst in entwickelte und unterentwickelte Länder einteilte.

Wir sollten uns fragen, ob die Einteilung in „entwickelte“ und „unterentwickelte“ heute noch zeitgemäß ist. Meine erste These ist, dass vieles, was Jahrzehnte lang als entwickelt galt, zum beträchtlichen Teil eine fatale Fehlentwicklung ist. Fehlentwicklung insbesondere hinsichtlich der Verschwendung natürlicher, endlicher Ressourcen und der Belastung dieses Planeten mit Abfällen und Emissionen. Eine Fehlentwicklung, der „unterentwickelte“ Gesellschaften möglichst nicht nacheifern sollten.

Doch die OECD-Länder sind nicht nur aufgerufen, ihre eigenen Fehlentwicklungen zu korrigieren. Sie haben auch eine Verantwortung für die globalisierte Eine Welt - und für die unterentwickelt genannten Gesellschaften des Südens.

Meine zweite These lautet: Nur wenn die OECD-Länder selbst zum Modell für einen ressourcenschonenden Wirtschafts- und Lebensstil werden, können und werden ihn andere Länder kopieren oder in abgewandelter Form übernehmen. Denn nur die OECD-Länder haben das know-how, das nötige Staatskapital und eine ausreichend große potente Käuferschicht, um diese Wende in Gang zu setzen.

Meine dritte These lautet: Eine Ökologische Finanzreform ist das A und O dieser Neuorientierung. Nur wenn das Steuer- und Subventionssystem, nur wenn die Preise ökologische Realitäten und ökologische Vernunft widerspiegeln, erreichen wir einen sich selbst tragenden dynamischen Prozess in die richtige Richtung. Denn in einer Marktwirtschaft sind Preise und Steuern das Lenkungssignal schlechthin.

Die OECD drängt ihre Mitgliedsländer in diese Richtung. Sie hat z.B. Deutschland 2001 zu Recht in den Umweltprüfbericht 2001 hineingeschrieben, dass über 35% der Subventionen in Deutschland als umweltschädlich eingestuft werden. Deutschland subventioniert mit ca. 4,3 Mrd. Euro gut 50.000 Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau - jeden Arbeitsplatz mit ca. 81.000 Euro, jede Kilowattstunde mit einem halben Cent. Das ist - vom ökologischen Unsinn ganz abgesehen - eine gigantische Verschwendung von Steuergeldern. Wie viel sinnvoller wäre es, das Geld für die Kohlesubventionen stattdessen für eine wirkliche Strukturreform im Ruhrgebiet zu nutzen?! Damit dort selbsttragende, zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen.

Die OECD hat Deutschland auch empfohlen, den zweijährlichen Subventionsbericht zu nutzen, um seine Subventionen ökologisch zu bewerten. 2003, beim nächsten Bericht, sollte das unbedingt geschehen. Denn wenn Transparenz bezüglich der Umwelteffekte von Subventionen herrscht, wenn klar ist, in welchem Maße umweltschädliche Aktivitäten aus Steuergeldern gefördert werden, werden die Bürgerinnen und Bürger deren Abbau und entsprechende Steuersenkungen fordern. Mit anderen Worten: Ich begrüße es, dass die OECD die von dieser Bundesregierung eingeleitete ökologische Modernisierung der Wirtschaft unterstützt und einfordert.

Diese Tagung beschäftigt sich insbesondere mit den Auswirkungen einer Ökologischen Finanzreform auf die Wettbewerbsfähigkeit und auf Verteilungsaspekte. Beides wird oft von Gegnern einer solchen Finanzreform ins Feld geführt. Ich halte solche Argumente nicht für plausibel und werde ihre Begrenztheit am Beispiel Deutschlands belegen. Die Energiewende in Deutschland beweist: Eine ökologische Finanzreform führt international zu Wettbewerbsvorteilen und schafft im eigenen Land mehr Gerechtigkeit zwischen Viel- und Wenignaturverbrauchern sowie zwischen Stadt und Peripherie. Vor allem aber: Die ökologische Modernisierung schafft Arbeitsplätze in großer Zahl. In Deutschland arbeiten schon heute mehr als 1 Million Menschen im Umweltbereich, davon gut 130.000 im Bereich erneuerbare Energien. Wir haben in Deutschland bereits wichtige Bausteine einer umfassenden Ökologischen Finanzreform durchsetzen können. Wichtig ist vor allem die Ökologische Steuerreform, die wir 1999, also kurz nach Übernahme der Regierung, eingeführt haben. Dänemark, Schweden und die Niederlande haben dies allerdings schon zur Zeit der Regierung Kohl getan, nämlich Anfang der 90er Jahre.

Was ist das Ziel der ökologischen Steuerreform? Von „Marktwirtschaft“ kann man nur sprechen, wenn wirklich jeder selbst die vollen Kosten seines Verbrauchs trägt. Wenn die Kosten nicht auf die Steuerzahler, die Natur und spätere Generationen abgewälzt werden. Nur eine Marktwirtschaft, die verschwenderischen Naturverbrauch teuer macht, kann das Ziel erreichen, auf eigene Kosten zu leben - und nicht mehr auf Kosten der nächsten Generation. Nur ökologisch wahre Preise sind ein Anreiz, knappe Natur zu genießen, wertzuschätzen, sie nicht zu verschleudern. Nur ökologisch wahre Preise sind ein Anreiz, knappe Naturgüter sparsamer und effizienter zu nutzen, zu tüfteln, zu forschen, zu optimieren, nach Alternativen zu suchen.

Wenn wir fiskalisch die richtigen Anreize geben, werden Ingenieure einen produktiven Wettstreit über die besten technischen Möglichkeiten beginnen. Das wird Innovationszyklen zugunsten größerer Ressourceneffizienz beschleunigen, die zu Kostensenkungen und erhöhter Wettbewerbsfähigkeit führen. Wer hier die Nase vorn hat, dem gehören die Zukunftsmärkte für neue effiziente und saubere Technologien.

#### **Beispiel Energiewende in Deutschland:**

Wir sind Weltmeister bei der Windenergie. Ein Drittel des Windstroms der Welt wird hier produziert - und den Auftrag für den größten Windpark Nordamerikas im Wert von 1 Mrd. Euro hat kürzlich ABB Mannheim bekommen. Die Bundesregierung engagiert sich - u.a. mit dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz, mit Steuerfreiheit für hocheffiziente GuD-Kraftwerke für mehr Effizienz in Kraftwerken - und Kalifornien importiert aus Deutschland Gaskraftwerke mit einer Effizienz von 90 %. Deutschland ist Europameister im Solarbereich - und deutsche Solarfirmen haben im Ausland einen guten Ruf und Wettbewerbsvorteile. Bei der Fotovoltaik speziell im Bereich der Wechselrichter und bei elektronischen Bauteilen, bei der Solarthermie vor allem bei der Speicher- und Regeltechnik. Die Vorreiterrolle der deutschen Klimaschutz- und Energiepolitik



lohnt sich auch ökonomisch.

Diese Vorreiterrolle spielen wir nur, weil die rot-grüne Bundesregierung mit der Ökosteuer und dem Einspeisungsgesetz für Erneuerbare Energien massive Anreize zu einer ökologischen Modernisierung der Energieversorgung gegeben hat. Ziel des Ganzen ist allerdings nicht eine dauerhafte Subventionierung der erneuerbaren Energien, sondern Ziel ist eine Massenproduktion mit günstigen Preisen dank fallender Stückkosten. Wettbewerbsfähigkeit wird sich künftig anders definieren, wenn erst das Kyoto-Protokoll ratifiziert ist - was ja in wenigen Monaten geschehen wird. Denn wenn die alten Staaten des Nordens und in der zweiten Stufe auch etliche andere Länder CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren müssen, dann wird sich die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur am Produktionspreis bemessen, sondern immer mehr auch an der Energieeffizienz und an der Frage, ob nachwachsende oder erneuerbare Energien genutzt werden. Die deutsche Klimaschutzpolitik stellt außerdem sicher, dass nicht wachsender absoluter Verbrauch die Effizienzverbesserungen regelmäßig wieder auffrisst.

Ich möchte das ganz konkret mit **einigen Zahlen** belegen:

Aus der Ökosteuer finanzieren wir u.a. ein Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien. Dieses Marktanreizprogramm (in diesem Jahr 200 Mio. €) hat in den letzten 3 Jahren zusammen mit den auch öko-steuerbedingt höheren Heizstoffpreisen zu einer um 50 % gesteigerten Nachfrage nach Solarkollektoren geführt. Das hat bis Ende 2001 ein Investitionsvolumen von über zwei Milliarden € mit entsprechend positiven Auswirkungen auf Industrie, Handwerk und Handel ausgelöst. Allein im Jahr 2001 kamen 900.000 Quadratmeter Solarkollektorfläche hinzu. Insgesamt sind damit in Deutschland über 4,2 Millionen Quadratmeter Solarkollektoren in Betrieb (Stand Ende 2001). Für das Jahr 2002 wird mit einer weiteren Installation von über einer Million Quadratmetern gerechnet. Das ist gut für den Klimaschutz, für die betreffenden Firmen und für den Arbeitsmarkt. Hiervon profitieren Handwerker und mittelständische Betriebe. Ihre Arbeitsplätze wären direkt gefährdet, wenn die Finanzierungsquelle dieser Programme, die Ökosteuer, versiegen würde. Genau das kündigt aber die rechte Opposition in Deutschland an.

Oder nehmen wir das **Beispiel Verkehr**: Die Ökologische Steuerreform begünstigt schwefelarme und -freie Kraftstoffe und hat einen enormen Schub bei Forschung, Entwicklung und Markteinführung neuer Technologien ausgelöst. Die Automobilhersteller suchen inzwischen selbst verstärkt nach schadstoffarmen Alternativen: Die einen experimentieren mit der Brennstoffzelle, die anderen führen die Erdgastechnologie ein. Deren Infrastruktur wird wiederum die Voraussetzung für die Einführung solarer Wasserstofftechnologie sein. Gerade die Wirtschaft muss deshalb ein großes Interesse daran haben, die Ökosteuer auch über 2003 hinaus weiterzuentwickeln und sie zu einer umfassenden Ökologischen Finanzreform fortzuentwickeln. Und zwar primär wegen des Wettbewerbsvorteils, den eine frühzeitige Neuausrichtung bietet.

Die Ökologische Steuerreform ist nur ein Element einer Ökologischen Finanzreform, wenn auch ein sehr wichtiges. Wir haben aber schon weitere Elemente beschlossen, z.B. die Autobahnmaut für LKW und die Pfandpflicht für Einweg-Getränkeverpackungen.

Aber die Regierung verteuert nicht nur, sondern wir tragen, zweitens, auch zur Förderung umweltschonender Einrichtungen und Maßnahmen bei:

- Wir fördern die effiziente Kraft-Wärme-Kopplung, Erdgasfahrzeuge und den öffentlichen Verkehr.
- Wir investieren in den Jahren 2001-2005 mehr als 5 Mrd. € zusätzlich in die Schiene.
- Wir haben ein ehrgeiziges Förderprogramm für die Altbausanierung mit einem jährlichen Volumen von noch einmal 200 Mio. € aufgelegt.
- Wir kämpfen, drittens, darum, umweltschädliche Subventionen abzubauen. Oft gegen erheblichen Widerstand von Lobbygruppen. Aber der Unsinn umweltschädlicher Subventionen ist Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen so nicht weiter zuzumuten.
- Die Einsparungen der öffentlichen Hand durch den Abbau von umweltschädlichen Subventionen und die Einnahmen aus der Ökosteuer werden in Deutschland genutzt für
- den weiteren ökologischen Umbau,
- die Schaffung von Arbeitsplätzen,
- die Steuerentlastung von Bürgerinnen und Bürgern.

Wir haben z.B. die verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale eingeführt. Damit werden jetzt umweltverträgliche Verkehrsmittel wie das Fahrrad und die Bahn steuerlich deutlich bessergestellt. Bis Ende 2000 erhielten nur Autofahrer über die Kilometerpauschale eine Förderung. Sie konnten rund 36 Euro-Cents pro Entfernungskilometer von der Einkommensteuer absetzen.

Bei der Reform wurde allerdings auch der Fördersatz ab dem 11. Entfernungskilometer auf 40 Euro-Cents erhöht. Damit wird Fernpendeln belohnt, was ökologisch widersinnig ist. Ihren Zweck erfüllt eine Entfernungspauschale in strukturschwachen oder dünn besiedelten Regionen. Wo Menschen in ihrem Dorf keine Arbeit finden und mehr als 50 km zur Arbeit oder zur Lehrstelle fahren müssen, wenn sie nicht erwerbslos sein wollen. Wir brauchen in diesen Regionen sozialverträgliche Lösungen für Menschen mit geringem Einkommen. Die Pauschale darf keine bloße Zersiedelungsprämie für das gehobene Wohnen im Grünen sein.

Wir müssen das System von Förderungen und Benachteiligungen systematisch durchforsten.

Es ist z.B. ökologisch und marktwirtschaftlich widersinnig, dass der deutsche Schienenverkehr im Fernverkehr (ab 50 km) den vollen Mehrwertsteuersatz von 16 % zahlen muss. Im europäischen Ausland zahlen die Bahnen dagegen durchweg keinerlei Mehrwertsteuer oder einen reduzierten Satz.

Der Flugverkehr ist komplett befreit. Zur Zeit werben die Billigflieger, von Ryanair bis Easy, nicht der Luft-hansa, sondern vor allem der Bahn Kunden ab. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, innerdeutsche Flüge auf die Bahn zu verlagern. Fliegen ist in Zeiten, in denen man für 19 € selbst nach Mailand oder Montpellier fliegen kann, schon lange keine Preisfrage mehr. Es ist nicht einzusehen, warum das mit einer Steuerbefreiung subventioniert werden soll. Während die ökologisch sinnvolle Bahn den vollen Satz bei der Mehrwertsteuer plus die Wegekosten zahlen muss. Ich könnte mir also vorstellen, künftig auch im Schienenfernverkehr nur den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 % zu erheben, der heute bereits im Nahverkehr gilt. Das würde die Bahn jährlich etwa um 250 - 300 Millionen € entlasten. Das wäre locker aus dem Subventionsabbau für den Flugverkehr finanzierbar.

Reformbedürftig sind auch Struktur und Höhe der Eigenheimzulage für Bauvorhaben. Das ist die wichtigste Subvention des Bundes im Wohnungswesen. Sie umfasst im Jahr rd. 9,5 Mrd. €. Davon werden ca. 4 Mrd. € allein aus dem Bundeshaushalt getragen. Die jetzige Praxis macht wenig Sinn: Wer einen Altbau erwirbt, erhält nur die Hälfte (1.275 Euro) der Zulage, die für Neubauten gewährt wird. Er wird benachteiligt, obwohl er sich ökologisch richtig verhält. Die Bauherren der versiegelungs- und flächenintensivsten Bebauungsformen - der Ein- und Zweifamilienhäuser - werden dagegen belohnt. Wir müssen deshalb die Förderung für den Erwerb eines Alt- oder Neubaus zumindest angleichen.

**Wenn man alle ökologisch kontraproduktiven Subventionen zusammenzieht - die Förderungen der Steinkohle, der Wohnungswirtschaft, des Verkehrs und der Agrarwirtschaft - dann kommt man pro Jahr auf mehr als 20 Mrd. € allein aus dem Bundeshaushalt! Hier liegt ein gewaltiges Potential für Steuersenkungen - und für ein Absenken der Staatsquote!**

Aber es gibt aus umwelt- und oft auch aus finanzpolitischer Sicht noch wesentlich mehr zu tun. Dies gilt gerade auch für die EU-Ebene. Hier müssen wir endlich zu einer stärkeren Harmonisierung der Energiebesteuerung gelangen. Der Europäische Rat fordert dies für Ende 2002, und das sollte die absolute deadline sein. Seit zehn Jahren diskutieren wir ohne Resultat. Drei mal hat die Kommission einen konkreten Vorschlag eingebracht, jedes Mal scheiterte er an der mangelnden Einstimmigkeit. Wir brauchen dringend eine Reform des EU-Vertrags, um Handlungsfähigkeit über eine qualifizierte Mehrheit herzustellen.

Nun hat die spanische EU-Rats-Präsidentschaft lobenswerterweise sehr intensive Verhandlungen geführt. Erstmals gibt es eine grundsätzliche Zustimmung aller Mitgliedstaaten zur Einführung und Erhöhung der Mindeststeuersätze. Auch bei den Strukturen ist man sich in vielen Punkten grundsätzlich einig. Doch jetzt fordert ein Staat, mit einem ermäßigten Steuersatz für Diesel im gewerblichen Bereich gleich wieder eine neue Subventionierung einzuführen. Eine EU-Energiesteuerharmonisierung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner von Hintertürchen wird dem Anspruch der EU nicht gerecht.

Ich halte auch nichts von der Forderung eines Staates, die Mindeststeuersätze für energieintensive Unternehmen zu senken - es sei denn, es würden eine verbindliche Gegenleistung und Sanktionen vereinbart. Die Bundesrepublik praktiziert dieses Verfahren bereits: Wir kombinieren den ermäßigten Steuersatz für das produzierende Gewerbe mit der kontrollierten Selbstverpflichtung der Deutschen Industrie zum Klimaschutz.

Die Unternehmen konnten vergangenes Jahr 4 Mrd. € Ökosteuer sparen, weil sie die Emission von Treibhausgasen um 35 % gesenkt haben. Diese Subvention führen wir übrigens im Subventionsbericht auf.

Zu den schon erwähnten 20 Mrd. Euro umweltschädlicher Subventionen aus dem Bundeshaushalt gibt die EU - nur für den Agrarsektor - noch mal mindestens weitere 5 Mrd. Euro drauf. Diese Subventionen sind ökologisch - und auch sozial - sehr kritisch zu beurteilen. Ich sage dies insbesondere vor dem Hintergrund des Lomé-Nachfolgeabkommens, das sich im Prinzip am Freihandelsabkommen der EU mit Südafrika orientiert. Dort, beispielsweise in Paarl, kann man schon jetzt beobachten, wie die einheimische Obstkonservenindustrie zusammenbricht. Weil teurer produzierte, aber von der EU hochsubventionierte Konserven die südafrikanischen Produzenten vom Markt verdrängen und die Arbeiterinnen ihrer Arbeit und ihres Einkommens berauben, sie in Armut und Prostitution drängen.

Die Gruppe der G 77 haben für den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung die Forderung aufgestellt, dass die Länder des Nordens umweltschädliche und wettbewerbsverzerrende Subventionen abbauen sollen. Sie haben recht: Freihandel ist nur fair und vertretbar, wenn Subventionen im Norden abgeschafft werden. Problematisch ist es, wenn jetzt einige Staaten - vor allem die USA - ihre Agrarsubventionen wieder ausweiten, statt sie zu reduzieren. So wird die Parole Trade statt Aid zum puren Zynismus.

Das Beispiel USA zeigt, dass wir, neben den unbedingt erforderlichen nationalen Anstrengungen, auch eine kohärente internationale Politik zum Subventionsabbau brauchen. Die OECD leistet dazu einen wichtigen und notwendigen Beitrag.

Es gibt international, also auch innerhalb der EU und der OECD, immer Vorreiterstaaten und Nachzügler. Umso wichtiger ist der Zugzwang international verbindlicher Vereinbarungen. Denn die Krise des Ökosystems lässt keine Zeit, uns dem Tempo der Nachzügler anzupassen. Die OECD-Staaten sind gefordert, in kürzester Zeit ein neues, zukunftsfähiges Leitbild für Entwicklung praktisch durchzusetzen. Eine Ökologische Finanzreform ist der Motor einer solchen Entwicklung. Deshalb hoffe ich sehr, dass diese Tagung Impulse gibt und den gemeinsamen Geist stimuliert, den wir in einigen Wochen in Johannesburg brauchen werden ([http://www.bmu.de/reden/rede\\_trittin020627.php](http://www.bmu.de/reden/rede_trittin020627.php), 27.06.2002).

### ***Opel-Chef Forster verliert Wette gegen Wirtschaftsminister***

Es war beim WAZ-Wirtschaftsforum am 21. März in Dortmund: Opel-Chef Carl-Peter Forster kritisierte die Ökosteuer, worauf Wirtschaftsminister Werner Müller eine Wette anbot. Die Ersparnis aus der Senkung der Rentenbeiträge (die mit der Ökosteuer finanziert wurde) sei für Opel höher gewesen als die Aufwendungen für diese Steuer. Forster hielt dagegen, musste nun aber in einem Brief an Müller anerkennen: „Es ist tatsächlich eine Nettoersparnis entstanden.“ Diese ergebe sich vor allem aus der Bestimmung, dass Industrie-Unternehmen die Ökosteuer unter Umständen erstattet bekommen. Dass die Ökosteuer manche Kunden abhält, ein Auto zu kaufen, sei zudem nicht eindeutig messbar. „Es führt wohl kein Weg daran vorbei, dass die Wette für mich verloren ist“, so Forster. Das kostet ihn eine edle Flasche Rotwein. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 03.05.2002).

### ***Bundestagswahl 2002: Zankapfel Ökosteuer - das sagen die Parteien***

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 hat der ADAC die Parteien jetzt zu Mobilitäts-Themen befragt. Die größten Differenzen gibt es beim Thema Ökosteuer: die FDP will sie sofort abschaffen, die CDU/ CSU mittelfristig und die regierende SPD gar nicht. Sie hält auch an der letzten Stufe der Steuer zum 1. Januar 2003 fest. Ganz anders die PDS: Sie will die Mineralölsteuer in weiteren Schritten „planbar“ anheben und fordert, diese auch im Flugverkehr einzuführen. Eine mögliche Autobahn-Maut, der Ausbau der Verkehrs-Infrastruktur, die private Finanzierung von Straßen und die Verkehrssicherheit sind weitere Themen.

Nach Ansicht des ADAC muss die künftige Bundesregierung in den nächsten 18 Jahren mindestens 2,5 Milliarden Euro jährlich zusätzlich für den Neubau und Erhalt des Bundesfernstraßennetzes zur Verfügung stellen. Die Bundesregierung plant, ihre bisherige Investitionspolitik fortzusetzen und will noch vor Ablauf des Jahrzehnts ein 90-Milliarden-Euro-Programm zu Gunsten der Infrastruktur umsetzen.

Die CDU/ CSU fordert, hoch belastete Autobahnen 6-spurig auszubauen. Auch die Freien Demokraten sind für den zügigen Aus- und Neubau von Straßen.



Die PDS hingegen will sich für den umfassenden Ausbau des Bahnnetzes stark machen und einen großen Teil des Güterverkehrs auf die Schiene verlagern. Beim Thema Pkw-Maut auf Autobahnen sind sich fast alle Parteien einig: keiner der befragten Kandidaten würde einer solchen Autobahngebühr zustimmen.

Relativ vage beliebt die Aussage der FDP: sie plädiert für ein verkehrsmittelneutrales, verursachergerechtes und nutzungsabhängiges Gebühr- und Steuersystem.

Die Christdemokraten sind gegen eine Pkw-Vignette, die PDS meint, die Bahn müsse deutlich mehr gefördert werden. An der Einführung der Lkw-Maut will die SPD festhalten, auch weil schwere Lkw höhere Infrastrukturkosten verursachen (Pressemitteilung des ADAC vom 26.07.2002).

### ***CSU-Stiftung spricht sich für Ökosteuer aus***

Angesichts der fragwürdigen Beschäftigungswirkungen einer Ökologischen Steuerreform, sollte sich deren Ausgestaltung am Umweltziel orientieren. Eine einheitliche Besteuerung gewährleistet, dass Umweltschutz dort geleistet wird, wo er die geringsten Kosten verursacht. Die gegenwärtige Ausgestaltung der Ökosteuer weicht von diesem einfachen Prinzip erheblich ab. Wegen weit reichender Ausnahmeregelungen wird Umweltschutz teurer, als er aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sein müsste.

Zu diesem Ergebnis kommen Christoph Böhringer und Robert Schwager in ihrer Studie, die in der Zweimonatszeitschrift „Politische Studien“ (Nr. 383) der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hans-Seidel-Stiftung erschienen ist.

Die Bundesregierung hat zum 1.4.1999 die Ökologische Steuerreform eingeleitet. Mit ihr soll Energie schrittweise verteuert und das zusätzliche Energiesteueraufkommen zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge verwendet werden. Die vorläufig letzte Steuererhöhung tritt zum 1.1.2003 in Kraft. In der politischen Diskussion ist die Fortführung der Ökologischen Steuerreform heftig umstritten. Während von den einen weitere jährliche Steuererhöhungen gefordert werden, lehnen die anderen diese strikt ab.

Über die Ziele der Ökologischen Steuerreform herrscht dagegen breiter Konsens. Zum einen soll die Umweltqualität verbessert werden, indem steuerliche Anreize zum Umstieg auf ressourcenschonendere Produktions- und Konsummuster gegeben werden. Zum anderen soll die Abgabenlast auf den Faktor Arbeit gesenkt werden. Neben einer ökologischen Lenkung von Wirtschaftsaktivitäten geht es also auch darum, mögliche negative Auswirkungen zusätzlicher Steuern auf den Arbeitsmarkt zu vermeiden. Uneinigkeit besteht jedoch darüber, ob eine Ökologische Steuerreform im allgemeinen ein wirksames Instrument der Arbeitsmarktpolitik sein kann und ob die derzeitige Ausgestaltung im Besonderen dem ökologischen Lenkungsziel sowie möglichst positiver Beschäftigungsanreize gerecht wird.

#### **1. Die Hypothese der doppelten Dividende**

Die ökologischen Effekte und Arbeitsmarktwirkungen einer Ökologischen Steuerreform werden seit längerem unter dem Schlagwort der doppelten Dividende diskutiert. Das durch Umweltsteuern erzielte Aufkommen kann zur Senkung anderer leistungshemmender Abgaben verwendet werden. Neben dem ökologischen Lenkungseffekt – der ersten Dividende – sind daher auch ein stärkeres Wirtschaftswachstum und höhere Beschäftigung – die zweite Dividende – möglich. Während die erste Dividende von Umweltsteuern unstrittig ist, werden die Aussichten auf eine zweite Dividende eher skeptisch beurteilt. Für sich genommen beeinträchtigen zusätzliche Umweltsteuern die wirtschaftliche Aktivität, da sie Produktion und Konsum verteuern. Ob der damit einher gehende Beschäftigungsverlust durch die Senkung der Lohnnebenkosten wettgemacht oder sogar überkompensiert werden kann, ist aus wissenschaftlicher Sicht zweifelhaft. Zahlreiche theoretische und empirische Studien belegen, dass eine Ökologische Steuerreform den Arbeitsmarkt – wenn überhaupt – nur unwesentlich entlasten kann.

Diese wissenschaftliche Einschätzung steht im Gegensatz zur öffentlichen Darstellung der Ökologischen Steuerreform durch manche ihrer Protagonisten. Diese vermitteln fast den Eindruck, als ob Umweltsteuern vorrangig dem Arbeitsmarkt und gar nicht so sehr der Umwelt dienen sollen. Die Fokussierung auf das Arbeitsmarktziel kann für die Umweltpolitik jedoch verhängnisvoll sein. Ökologisch sinnvolle Maßnahmen könnten gesellschaftspolitisch auf Ablehnung stoßen, weil die erhofften Arbeitsmarkteffekte ausbleiben. Da eine substanzielle zweite Dividende nach wissenschaftlichem Erkenntnisstand eher unwahrscheinlich ist, kämen Umweltsteuern aus dieser Perspektive unter Rechtfertigungsdruck. Umweltsteuern sind aber vorran-

gig durch ökologische Überlegungen zu begründen. Negative Arbeitsmarkteffekte sind von daher kein Grund, auf Ökosteuern zu verzichten, es sei denn, das Beschäftigungsziel hat einen höheren Stellenwert als das Umweltziel.

## **2. Verursachungsgerechte Umweltsteuern**

Das Fehlen privater Eigentumsrechte hat zur Folge, dass das Gut Umwelt keinen Preis hat und kostenlos genutzt werden kann. Die sozialen Kosten einer Umweltverschmutzung werden nicht vom Verursacher getragen werden, sondern auf Dritte bzw. die Allgemeinheit abgewälzt (externalisiert). Die Umwelt wird deshalb stärker verschmutzt als es aus gesamtwirtschaftlicher Sicht wünschenswert wäre. Aus diesem Grund profiliert sich Deutschland nicht erst unter der rot-grünen Regierung als Vorreiter in Sachen Umweltschutz. So hat die Bundesrepublik schon unter der Regierung Kohl die Verpflichtung übernommen, die nationalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2005 gegenüber 1990 um 25 Prozent zu reduzieren.

Zur Erreichung von Umweltzielen spielen neben ordnungspolitischen Instrumenten wie zum Beispiel der Wärmeschutzverordnung Umweltsteuern eine wichtige Rolle. Diese ersetzen den fehlenden Marktpreis und signalisieren die Knappheit des Gutes Umwelt. Damit können die gesamtwirtschaftlichen Kosten schädlicher Umweltnutzungen marktkonform internalisiert werden. Steuern haben gegenüber Auflagen oder Standards den Vorteil, dass sie kosteneffizient sind. Betriebe und Haushalte werden solange Anstrengungen zur Umweltentlastung unternehmen, wie diese weniger kosten als die Steuer. Dadurch wird sichergestellt, dass die Umweltbelastung durch diejenigen Technologien oder Verhaltensänderungen gemindert wird, die am wenigsten kosten. Im Unterschied zu Auflagen oder Standards brauchen Politik und Verwaltung keine Informationen darüber, wie Umweltschäden am günstigsten vermieden werden können.

Wie bei marktfähigen Gütern sollte auch bei Umweltgütern für alle Nutzer der gleiche Preis gelten. So hängt beispielsweise der Klimaschaden, der durch eine Tonne CO<sub>2</sub> verursacht wird, nicht davon ab, wer sie emittiert hat. Es liegt in der Natur der Sache, dass Umweltsteuern vor allem umweltintensive Bereiche belasten. Diese werden auf die Verteuerung der Umweltnutzung reagieren, indem sie auf weniger umweltintensive Verfahren ausweichen. Der verbleibende Kostendruck führt aber auch zu Produktionsrückgängen und Standortverlagerungen ins Ausland. Damit verbundene sektorale Beschäftigungseinbußen müssten als Folge einer zielgerichteten Umweltpolitik in Kauf genommen werden.

## **3. Steuerermäßigungen für den Produktionssektor?**

Politisch scheint diese Konsequenz oftmals nicht akzeptabel. Deshalb haben mehrere Industrieländer bei der konkreten Umsetzung einer Ökologischen Steuerreform ihren umweltintensiven Industrien oder sogar dem gesamten Produktionssektor Ermäßigungen eingeräumt. Das Abweichen von einer einheitlichen Besteuerung kann aber zu erheblichen Mehrkosten von Umweltschutz führen, insbesondere dann, wenn Bereiche steuerlich bevorzugt werden, in denen es günstige Alternativen zu umweltintensiven Verhaltensweisen gibt. So zeichnet sich die energieintensive Industrie typischerweise durch eine hohe CO<sub>2</sub>-Intensität und günstige CO<sub>2</sub>-Vermeidungsoptionen aus. Schon bei kleinen Steuerermäßigungen nehmen die CO<sub>2</sub>-Emissionen dieser Branche wieder erheblich zu. Ein vorgegebenes nationales CO<sub>2</sub>-Minderungsziel kann nur eingehalten werden, wenn andere Branchen und der Haushaltssektor entsprechend höhere Vermeidungsanstrengungen unternehmen. Dort sind aber die Vermeidungsoptionen kostspieliger – die gesamtwirtschaftlichen Kosten des Umweltschutzes steigen. Die Bewertung einer Umweltsteuerdifferenzierung kann sich bei unilateraler Besteuerung ändern, wenn das Umweltziel – wie im Fall des Klimaschutzes – global ist. In der globalen Bilanz müssen den heimischen Emissionssenkungen unter Umständen erhöhte Emissionen im Ausland gegenübergestellt werden. Weil die heimische Produktion umweltintensiver Güter teurer wird, wird sie teilweise durch Importe verdrängt oder ganz ins Ausland verlagert. Um kontraproduktive Rückwirkungen auf die globale Emissionsbilanz abzuschwächen, kann es sinnvoll sein, umwelt- und exportintensive Industrien weniger stark zu besteuern. Allerdings verlieren diese Argumente an Schlagkraft, wenn sich auch andere wichtige Handelspartner zu ähnlichen nationalen Umweltmaßnahmen verpflichten. Zudem sind regionale Unterschiede in der Umweltregulierung auch für die meisten umweltintensiven Industrien im Vergleich zu Unternehmenssteuern oder Arbeitsmarktbedingungen nur ein untergeordneter Standortfaktor.

Neben der erhebungsseitigen Ausgestaltung von Umweltsteuern spielt die Verwendung des zusätzlichen Steueraufkommens eine wichtige Rolle für die gesamtwirtschaftlichen Effekte einer Ökologischen Steuerre-

form. Es steht außer Frage, dass die potenziellen Kosten von Umweltschutz sinken, wenn die zusätzlichen Einnahmen im Rahmen einer aufkommensneutralen Reform dazu verwendet werden, um bestehende steuerliche Verzerrungswirkungen abzubauen. Das Steuer- und Transfersystem bietet dafür zahlreiche Ansatzpunkte. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ist es nachvollziehbar, dass dem Beschäftigungsziel hohe Priorität eingeräumt und vor allem der Faktor Arbeit entlastet wird. Damit wird sichergestellt, dass die negativen Effekte höherer Umweltsteuern auf die Beschäftigung zumindest gemildert werden. Eine Verbindung von Umweltsteuern und Arbeitsmarktzielen ist jedoch nicht zwingend. Andere Verwendungen des Aufkommens können je nach gesellschaftlichen Prioritäten sinnvoller sein.

#### **4. Die Ökologische Steuerreform in Deutschland**

Gemessen an den Kriterien einer effektiven Umweltpolitik ist die Umsetzung der Ökologischen Steuerreform in Deutschland negativ zu bewerten. Umweltsteuern sind zwar ein geeignetes Instrument, um energiebedingte Schadstoffemissionen zu verringern. Die Wahl von Energie als Steuergegenstand ist aber nicht zielkonform. Energienutzung an sich verursacht keine Umweltbelastung, sondern die bei unterschiedlichen Energieumwandlungen freigesetzten spezifischen Schadstoffemissionen. So ist für die Klimaschutzpolitik eine einheitliche Besteuerung des Energiegehalts von Energieträgern gegenüber einer Besteuerung des spezifischen CO<sub>2</sub>-Gehalts weniger effektiv. Bei einer konsequenten Umsetzung würde der Energieträger Kohle wegen seines hohen Kohlenstoffgehalts sehr stark belastet werden, die Atomenergie dagegen überhaupt nicht.

Der wesentliche Konstruktionsfehler der deutschen Ökologischen Steuerreform besteht in den im Gesetz verankerten weit reichenden Ausnahme- und Kompensationsregelungen. Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft zahlen für Heizöl, Gas und Strom nur einen ermäßigten Steuersatz in Höhe von ca. 20% des Regelsatzes. Für Strom greift diese Ermäßigung erst oberhalb einer Steuerschuld von 511 €. Unternehmen des Produzierenden Gewerbes erhalten darüber hinaus eine Vergütung, sofern ihre Steuer auf Strom und Heizstoffe mehr als 511 € pro Kalenderjahr und mehr als das 1,2-fache der Entlastung durch die Senkung der Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung beträgt. Rückerstattet wird der Differenzbetrag zwischen der gezahlten Energiesteuer und dem 1,2-fachen des Betrags zur Senkung der Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung.

Diese komplizierte Regelung lässt sich anhand eines einfachen Beispiels zur Stromsteuer veranschaulichen. Im Jahre 2002 beträgt der Regelsatz der Stromsteuer 17,90 €/MWh, der ermäßigte Satz 3,60 €/MWh. Verbraucht ein Unternehmen in diesem Jahr 528,6 MWh, müsste es gemäß dem Regelsatz 9461 € (= 528,6 MWh (17,90 €/MWh) bezahlen. Für die über 28,6 MWh hinausgehende Strommenge, die die Steuerschuld über 511 € ansteigen lässt, kommt jedoch der ermäßigte Satz zur Anwendung. Damit verringert sich die Steuer auf diesen Teil der Strommenge von 8950 € auf 1800 €. Das Unternehmen zahlt also insgesamt nur 2311 €. Die Lenkungswirkung der Steuer wird durch den niedrigeren Steuersatz erheblich gemindert. Während das Unternehmen unterhalb von 28,6 MWh je reduzierter MWh 17,90 € an Steuern spart, beträgt der Anreiz zur Energieeinsparung oberhalb dieses Sockelbetrags nur noch 3,60 €. Dieses Ergebnis wird durch die Kompensationsregelung noch verschärft. Wenn die von diesem Unternehmen geschuldeten Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung beispielsweise um 1000 € sinken, dann kann sich das Unternehmen die Differenz zwischen der Stromsteuer und dem 1,2-fachen dieser 1000 € erstatten lassen. Im konkreten Fall beträgt die Erstattung 1111 € (= 2311 € – 1200 €). Eine Energieeinsparung führt zwar zu einer Senkung der Stromsteuer, aber auch zu einer genau gleich großen Senkung der Erstattung. Die Stromsteuer wirkt für dieses Unternehmen wie eine Pauschalsteuer ohne jeglichen Anreiz zu energiesparendem Verhalten.

Die Steuerermäßigungen und in noch stärkerem Maße die Kompensationsregelung wirken ökologisch kontraproduktiv. Insbesondere energieintensive Unternehmen, die häufig über günstige Energieeinsparpotenziale verfügen, fallen unter die Ausnahmeregelungen. Daher wird die Lenkungswirkung ungleich stärker abgeschwächt, als wenn der Dienstleistungsbereich oder die Haushalte ausgenommen worden wären.

Die Vorzugsbehandlung des produzierenden Gewerbes entspringt einem nachvollziehbaren sozialpolitischen Anliegen. Ohne Steuernachlässe wäre zu befürchten, dass in energieintensiven Branchen viele Arbeitsplätze verloren gehen. Die in den begünstigten Branchen erhaltenen Arbeitsplätze werden aber teuer erkaufte. Da es gesamtwirtschaftlich deutlich kostspieliger wird, das Umweltziel zu erreichen, sind negative Arbeitsplatz-

wirkungen für die restlichen Branchen zu erwarten. Der bessere Weg wäre eine einheitliche Umweltsteuer. Für die Abfederung der damit verbundenen sozialen Härten in einzelnen Branchen sind gezielte sozialpolitische Maßnahmen wie etwa Weiterbildungsmaßnahmen ein ungleich geeigneteres Instrument als selektive Steuerbefreiungen.

### **5. Nur ein ökologisches Feigenblatt?**

Angesichts der fragwürdigen Beschäftigungswirkungen einer Ökologischen Steuerreform, sollte sich deren Ausgestaltung am Umweltziel orientieren. Eine einheitliche Besteuerung gewährleistet, dass Umweltschutz dort geleistet wird, wo er die geringsten Kosten verursacht. Die gegenwärtige Ausgestaltung der Ökosteuer weicht von diesem einfachen Prinzip erheblich ab. Wegen weit reichender Ausnahmeregelungen wird Umweltschutz teurer, als er aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sein müsste.

Im Rahmen einer konsequent verfolgten Ökologischen Steuerreform wird es zu Anpassungsproblemen für umweltintensive Branchen kommen. Diese Umstrukturierung ist zur Verminderung von Umweltbelastungen erforderlich und ist bei gesellschaftspolischem Konsens über die zu erreichenden Umweltqualitätsziele auch wünschenswert. Größere Bevölkerungsteile sind aber offenbar nicht bereit, die damit – zumindest in energieintensiven Branchen – einher gehenden Beschäftigungseinbußen in Kauf zu nehmen. Dies muss bei der Abwägung zwischen Umweltschutz und Beschäftigung berücksichtigt werden. Die Politik versucht, diesen Konflikt teilweise zu leugnen, indem sie auf fragwürdige Beschäftigungsgewinne durch die Ökologische Steuerreform verweist. In den umweltintensiven Industrien, wo die Anpassungsprobleme offenkundig sind, gibt sie das Umweltziel praktisch auf, allerdings ohne dies offen zu sagen. Es bleibt zu hoffen, dass es in naher Zukunft zu einer Reform der Ökologischen Steuerreform kommt, die sich der besseren Umsetzung einer guten Idee widmet.

\* Dieser Beitrag beruht auf einem ausführlichen Aufsatz „Die Ökologische Steuerreform in Deutschland – ein Ökologisches Feigenblatt“, der in den „Perspektiven der Wirtschaftspolitik“ erscheinen wird.

### ***Solare Prüfsteine zu den Wahlprogrammen der Parteien von EUROSOLAR***

Die Programme der Parteien zur Bundestagswahl liegen mittlerweile vor. Wie schon vor der Bundestagswahl im Jahr 1998 vergleicht und bewertet EUROSOLAR die energiepolitischen Aussagen. Im Ergebnis zeigen sich riesige Unterschiede: während Bündnis 90/Die Grünen mit einer Gesamtpunktzahl von 69 an der Spitze liegen, erreicht die FDP nur 4 Punkte.

In der im Solarzeitalter abgebildeten Tabelle sind die energiepolitisch wesentlichen Punkte aus den Programmen der SPD („Erneuerung und Zusammenhalt - Wir in Deutschland“ vom 2. Juni 2002), der CDU/CSU („Leistung und Sicherheit - Zeit für Taten“ vom 6. Mai 2002), von Bündnis 90 / Die Grünen („Vierjahresprogramm 2002-2006“ vom 4./5. Mai 2002), von der FDP („Bürgerprogramm 2002“ vom 12. Mai) und von der PDS („Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft“ vom 17. März 2002) gegenübergestellt. EUROSOLAR bemisst die darin enthaltenen Aussagen an den von EUROSOLAR im Aufruf „Modell Solares Deutschland“ formulierten zehn Forderungen für die Weiterführung und den Ausbau der Politik für Erneuerbare Energien

Darauf basierend vergibt EUROSOLAR Punkte von 0-5. Ist eine Forderung angesprochen, gibt EUROSOLAR einen Punkt. Ist sie ohne Einschränkung oder ausführlicher angesprochen, gibt EUROSOLAR zwei bis fünf Punkte. Eine Einschränkung stellt beispielsweise der Verweis auf einen europaweit einheitlichen Rahmen bei der Ökosteuer dar. Maximal können bei zehn beurteilten Prüfsteinen 50 Punkte erzielt werden. Berücksichtigt werden nur die Wahlprogramme sowie bereits getroffene Vorentscheidungen für die nächste Legislaturperiode, nicht Grundsatzprogramme, Bundestagsinitiativen oder andere Dokumente. Damit unterstellt EUROSOLAR, dass die Wahlprogramme der Parteien eine besondere Schwerpunktlegung für die kommende Legislaturperiode ausdrücken. Maßgebend für die Bewertung sind außerdem konkrete politische Ziele und Maßnahmen, nicht qualmige Bekenntnisse.

Deshalb gibt es über die Wahlprogramme der Parteien hinaus Bonuspunkte, die sich daraus ergeben, in welcher Weise sich Parteien für folgende Initiativen in der vergangenen Legislaturperiode eingesetzt haben: Erneuerbare-Energien-Gesetz, 100.000-Dächer-Solarstrom-Programm und Marktanzreizprogramm Erneuerbare Energien, Steuerbefreiung für Biokraftstoffe, Atomausstieg, Forschungsförderung Erneuerbarer Energien, Internationale Initiativen für Erneuerbare Energien, Erneuerbare Energien in der Entwicklungshilfe, Förde-



rung Erneuerbarer Energien in der EU, Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes zugunsten Erneuerbarer Energien und Ökosteuern. Die Punktzahl reicht auch hier von 0-5. Bei der Punktvergabe wird unterschieden zwischen Initiierung und Unterstützung von Vorhaben. Punktedifferenzen bei den Regierungsparteien gibt es dann, wenn sich eine Partei offenkundig entschiedener für eine Initiative eingesetzt hat. Die Bonuspunkte hat EUROSOLAR deshalb aufgenommen, weil sich daraus auch Hinweise darauf ergeben, wie fest eine Position tatsächlich vertreten wird, und weil Erneuerbare Energien inzwischen auch etwas zu verlieren haben. Es geht nicht nur mehr um Ausbau, sondern auch um die Fortführung des Erreichten. Das Ergebnis ist in einer Übersicht dargestellt.

In der Ergebnisbewertung der Programme schneiden Bündnis 90 / Die Grünen mit 34 von 50 Punkten wiederholt am besten ab (1998: 38 Punkte). Deren energiepolitische Vorstellungen sind im Kapitel „Ökologische Modernisierung“, das noch dazu das erste Kapitel und damit den Schwerpunkt des Vierjahresprogramms darstellt, am ausführlichsten und konkretesten dargestellt. Die SPD holt im Vergleich zum letzten Wahlprogramm mit 28 gegenüber 19 Punkten im Jahr 1998 auf und liegt damit auf dem zweiten Platz vor der PDS (8 Punkte), die einige positive plakative Forderungen aufstellt, aber keine Instrumente nennt (1998: 14 Punkte). Erfreulicherweise finden sich in den Programmen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen viele EUROSOLAR-Forderungen wieder, wie die Strategie „Weg vom Öl“. Die konkrete Einforderung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) enthält nur das SPD-Programm. Die energiepolitischen Aussagen in den Programmen von CDU/ CSU und FDP decken sich nur selten oder gar nicht mit der im EUROSOLAR-Aufruf „Modell Solares Deutschland“ eingeforderten Politik für Erneuerbare Energien. Die CDU/CSU kommt in unserer Bewertung auf 7 Punkte (1998: 6 Punkte für die CDU und 1 Punkt für die CSU), die FDP gerade mal auf 3 Punkte (1998: 9 Punkte) (ECO-News vom 23.07.2002).

Parteien in der Reihenfolge der Punkte	Ergebnisse der Bonuspunkte für 1998- 2002	Ergebnisse der Programmbewertung für 2002-2006	Gesamt-Bewertung zur Bundestagswahl: Praxis 1998-2002 und Programme 2002-2006
Bündnis 90/ Die Grünen	35	34	69
SPD	29	28	57
PDS	17	8	25
CDU/CSU	4	7	11
FDP	1	3	4

Text und Tabelle zum Downloaden unter: [http://www.eurosolar.org/download/SZA\\_2\\_2002\\_Pruefsteine.pdf](http://www.eurosolar.org/download/SZA_2_2002_Pruefsteine.pdf)

**Grüne wollen ökologische Vorreiterrolle Deutschlands ausbauen**

Anlässlich der heutigen Vorstellung des Kurzgutachtens „Agenda 2002 ff. - Perspektiven und Zielvorgaben nachhaltiger Entwicklung für die nächste Legislaturperiode“ der Grünen erklärt Reinhard Loske, umweltpolitischer Sprecher:

*Rot-Grün hat in einer Legislaturperiode in der Umweltpolitik viel erreicht. Nach 16 Jahren schwarz-gelber Regierung haben wir unerledigte Aufgaben angepackt und längst Überfälliges auf den Weg gebracht: die Einführung der Ökologischen Steuerreform, die Förderung von erneuerbaren Energien, das Klimaschutzprogramm, das Naturschutzgesetz, den Atomausstieg und die dringend erforderliche Agrarwende. Mit Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen hat Umweltpolitik einen neuen Stellenwert erhalten. Was begonnen wurde, muss fortgeführt und weiterentwickelt werden. Wir setzen uns für die kommenden Jahre folgende Schwerpunkte:*

**1. Ökologische Finanzreform**

Die Ökologische Steuerreform hat sich bewährt. Sie muss fortgeführt und zu einer ökologischen Finanzreform weiterentwickelt werden. Wir können es uns nicht länger leisten, die Zerstörung der Natur mit milliardenschweren Zuschüssen auch noch zu unterstützen. Subventionen in den Bereichen Energie, Verkehr und



Landwirtschaft müssen ab- und umgebaut werden.

## **2. Klima- und Energiepolitik**

Wir wollen den eingeschlagenen Weg fortsetzen - weg von Öl, Kohle und Atom hin zu den „drei E's": Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Die Förderung effizienter Techniken wie Kraft-Wärme-Kopplung oder Gas- und Dampfkraftwerke, der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien und Energieeinsparung - Stichwort Altbausanierung - helfen beim Klimaschutz. Bis 2020 wollen wir die CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber 1990 um 40% reduzieren.

## **3. Verkehrspolitik**

Wir stehen für eine umweltschonende Mobilität. Vermeidung und Verlagerung von Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel, Kostenwahrheit im Verkehr, die Förderung effizienter Antriebstechniken und die Nutzung intelligenter Konzepte wie car-sharing stehen für uns im Vordergrund. Bahnfahren muss billiger werden. Mit einem halben Mehrwertsteuersatz auf Bahntickets wollen wir Fahrpreise senken und mehr Verkehr auf die Schiene bringen. Der Rußfilter für PKW und LKW soll auch in Deutschland serienmäßig bei Neuwagen eingebaut werden.

## **4. Kreislaufwirtschaft und Reduzierung des Flächenverbrauchs**

Wir wollen den sparsamen Umgang mit Ressourcen vorantreiben. Unternehmen können mit Umweltaudits oder Ökoeffizienz-Analysen ihren Beitrag zum Weg in die Kreislaufwirtschaft leisten. Und wenn der Naturschutz nicht unter die Räder kommen soll, müssen wir dem Flächenverbrauch Einhalt gebieten: Das Ziel der Bundesregierung, den Verbrauch bis 2020 um 80% zu reduzieren, kann nur erreicht werden, wenn auch Instrumente wie Pendlerpauschale oder Eigenheimzulage auf ihre Auswirkungen auf den Flächenverbrauch überprüft und angepasst werden.

Wir stehen für eine ökologische Vorreiterrolle Deutschlands. Unsere Politik ist gut für die Umwelt, schafft neue Arbeitsplätze und bringt Innovationen voran. Wir wollen sie auch nach dem 22. September in einer rot-grünen Koalition fortsetzen (ECO-News vom 02.07.2002).

### ***Stoiber für Umweltschutz mit Hilfe der Wirtschaft***

Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) will nach einem Wahlsieg im Herbst einen nationalen Umweltpakt mit der Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Kräften schmieden. Ziel sei es, zu vertraglichen Vereinbarungen zu kommen, die über gesetzliche Regeln hinaus gingen, sagte er am Montag. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) begrüßte die Vorschläge (Berliner Zeitung; 30.07.2002).

### ***BEE: CDU-Aussagen gefährden Wachstumsbranche- Wissmann jongliert mit falschen Zahlen***

Zu einem Bericht der Financial Times Deutschland vom 23.07.02, S. 1, erklärt der Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE), Johannes Lackmann:

Die Gegner der erneuerbaren Energien lassen sich jeden Tag neue Zahlen einfallen, mit denen sie angebliche Mehrkosten nachweisen wollen. Jetzt hat Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, sogar die Zahl von 13 Mrd. Euro im Jahr 2010 ausgegraben. Diese stamme aus einer Studie der Deutsche Bank Research. Die Deutsche Bank zählt darunter allerdings alle Vergütungen für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die Steuerbefreiung für biogene Treibstoffe und die Kraft-Wärme-Kopplung zusammen, die überhaupt nichts mit erneuerbaren Energien zu tun hat. Zudem wurde DM mit Euro verwechselt! Insgesamt ist der Wert um den Faktor 12 zu hoch. Tatsächlich können 2010 EEG-Vergütungen von 2,6 bis 3 Mrd. Euro/Jahr erreicht werden. Dem stehen Einsparungen von ca. 1,5 bis 2 Mrd. Euro für die vermiedenen herkömmlichen Energieträger und Netzkosten gegenüber. Die angeblich für die deutschen Stromkunden untragbaren Kosten der Förderung erneuerbarer Energien beträgt heute etwa 0,1 Cent/kWh und im Jahr 2010 etwa 0,2 Cent/kWh. Für den Durchschnittshaushalt macht das heute 4 Euro/Jahr und 2010 7 Euro/Jahr aus.

Volkswirtschaftlich sind die Kosten übrigens sogar negativ. Betrachtet man die vermiedenen Umweltkosten der fossilen Energieträger und der Kernenergie, so spart jeder Cent, der heute für erneuerbare Energien ausgegeben wird, der Volkswirtschaft schon mindestens ebensoviel für die Regulierung von Umweltschäden. Diese Schäden belasten ansonsten alle nachfolgenden Generationen. Dies auszublenden ist das Gegenteil ei-

ner zukunftsfähigen Politik. Wer hier mit falschen Zahlen hantiert, handelt extrem fahrlässig angesichts eines der stärksten Wachstumsmärkte in Deutschland, der heute schon über 130.000 Menschen beschäftigt. Betroffenen von Einschnitten, wie sie Herr Wissmann ankündigt, wären vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, denen die derzeitige EEG-Förderung die ausreichende Investitionssicherheit gibt.

Politiker dürfen im Wahlkampf leider behaupten, was sie wollen. Sie sind dabei nicht satisfaktionsfähig. Industrieverbände wie der VdEW und der VIK stoßen aber gerne ins gleiche Horn. Für weitere falsche und branchenschädigende Behauptungen über Mehrkosten erneuerbarer Energien kündigt der BEE heute schon vorsorglich juristische Schritte an. Innerhalb der Oppositionsfraktionen werden inzwischen vermehrt Quoten- und Ausschreibungsmodelle als Alternativen zum EEG gehandelt. Diese sogenannten marktnäheren Instrumente sind alles andere als effizient. Sie führen zu höheren Risikoaufschlägen und damit höheren Preisen für erneuerbare Energie. Die Erfahrungen aus anderen Ländern lassen allerdings noch schlimmeres erwarten: In Großbritannien ist ein solches Modell kläglich gescheitert. Die Ausbaumenge beispielsweise bei Windenergie belief sich Ende 2001 im windreichsten Land Europas auf weniger als ein Zwanzigstel der deutschen Menge. In Dänemark reichte alleine die Ankündigung eines Quotenmodells aus, um jegliche Investition in erneuerbare Energien von einem Tag auf den anderen komplett zu stoppen. Das können wir uns in Deutschland nicht leisten. Im übrigen muss sich Herr Wissmann fragen lassen, wie er denn ohne einen Ausbau der erneuerbaren Energiequellen die Klimaschutzziele erreichen will. Dann greift wohl doch das von CDU/CSU und FDP angeregte Szenario in der Energie-Enquete-Kommission: 50 bis 70 neue Kernkraftwerke in Deutschland bis 2050! (Bundesverband Erneuerbare Energien; Pressemitteilung 23.07.2002)

### 3. ÖSR INTERNATIONAL

#### ***Verbrauchssteuern: Kommission schlägt Harmonisierung der Steuern auf Dieselkraftstoff vor***

Zum besseren Schutz der Umwelt und zur Beseitigung der erheblichen Wettbewerbsverzerrungen auf den liberalisierten Kraftverkehrsmärkten der EU hat die Europäische Kommission einen Vorschlag unterbreitet, der eine allmähliche Harmonisierung der Verbrauchsteuern der Mitgliedstaaten auf Dieselkraftstoff für gewerbliche Zwecke sowie eine Angleichung der Mindestsätze der Verbrauchsteuer auf Dieselkraftstoff für nichtgewerbliche Zwecke und auf unverbleites Benzin vorsieht. Dem Vorschlag zufolge soll vom 1. Januar 2003 an ein Leitsatz von 350 EUR je 1000 Liter gelten, der alljährlich entsprechend der Inflation angepasst wird. Die Mitgliedstaaten können ihre Steuersätze innerhalb einer bestimmten Bandbreite um diesen Leitsatz festlegen, wobei diese Bandbreite aber degressiv angelegt ist, so dass im Jahre 2010 ein einheitlicher, harmonisierter Satz erreicht wird. Was Dieselkraftstoff für nichtgewerbliche Zwecke anbelangt, so sieht der Vorschlag vor, dass für diese Kraftstoffart von 2006 an der gleiche Verbrauchsteuer-Mindestsatz gilt wie für unverbleites Benzin, da der derzeitige niedrige Satz für Dieselkraftstoff weder aus Umwelt- noch aus anderen Gründen gerechtfertigt ist. Ferner sieht der Vorschlag eine Anhebung des Mindestsatzes der Verbrauchsteuer auf unverbleites Benzin von derzeit 287 EUR auf 360 EUR vor, um der Inflation Rechnung zu tragen. Sobald der niedrigste Satz der Verbrauchsteuer auf Dieselkraftstoff für gewerbliche Zwecke im Rahmen der o.a. allmählichen Harmonisierung den Betrag von 360 EUR überschreitet, wird dieser Mindestsatz zugleich auch zum Mindestsatz für Dieselkraftstoff für nichtgewerbliche Zwecke und für unverbleites Benzin. Damit ist gewährleistet, dass der Mindestsatz der Verbrauchsteuer auf Dieselkraftstoff für nichtgewerbliche Zwecke und auf unverbleites Benzin den Mindestsatz für Dieselkraftstoff für gewerbliche Zwecke nicht unterschreitet und ständig entsprechend der Inflation angepasst wird. Der gemeinsame Ansatz zur steuerlichen Behandlung von Dieselkraftstoff, der von Speditions- und Omnibusunternehmen verwendet wird, ist eines der Ziele, die in dem Weißbuch der Kommission über die europäische Verkehrspolitik bis 2010 niedergelegt sind.

Das für Steuern zuständige Mitglied der Europäischen Kommission, Frits Bolkestein, erklärte hierzu: "Die derzeit zwischen den Mitgliedstaaten bestehenden großen Unterschiede bei den Verbrauchssteuersätzen für Dieselkraftstoff, der im Kraftverkehrsgewerbe verwendet wird, haben erhebliche Wettbewerbsverzerrungen

im Binnenmarkt zur Folge, insbesondere seit der völligen Liberalisierung dieses Sektors im Jahre 1998. Dieser Vorschlag trägt zu einem angemessenen Gesamtrahmen für die steuerliche Behandlung von Energieerzeugnissen bei und soll durch die Förderung eines effizienten Kraftstoffeinsatzes dem Schutz der Umwelt dienen."

Der EU-Ministerrat berät schon seit einigen Jahren über den von der Kommission im Jahre 1997 vorgelegten Vorschlag für einen Gemeinschaftsrahmen zur Energiebesteuerung. Der spanische Ratsvorsitz schlug dem Europäischen Rat von Sevilla im Juni dieses Jahres Leitlinien vor, um für die weitere Behandlung des Vorschlags über die Energiebesteuerung eine eindeutige Richtung vorzugeben. Bei den Beratungen im Rat haben die Mitgliedstaaten zum einen hervorgehoben, wie wichtig eine besondere steuerliche Behandlung des Personen- und Güterkraftverkehrsgewerbes sei, um den Anstieg der Kraftstoffkosten auszugleichen, zum anderen aber haben sie auch anerkannt, dass die erheblichen Wettbewerbsverzerrungen aufgrund der unterschiedlichen Besteuerung von Dieselmotorkraftstoff beseitigt werden müssen. Die Kommission hatte bereits zugesagt, einen Vorschlag zur Lösung dieser Probleme vorzulegen.

Der Vorschlag sieht eine Unterscheidung zwischen Dieselmotorkraftstoff für gewerbliche Zwecke und solchem für nichtgewerbliche Zwecke vor. Als Dieselmotorkraftstoff für gewerbliche Zwecke ist Dieselmotorkraftstoff definiert, der für Lastkraftwagen über 16 t und für Omnibusse mit mehr als neun Sitzplätzen verwendet wird. Bisher gelten für Dieselmotorkraftstoff für gewerbliche und für nichtgewerbliche Zwecke dieselben steuerlichen Vorschriften der Gemeinschaft. Die durch die unterschiedlichen nationalen Verbrauchsteuersätze für Dieselmotorkraftstoff bedingten Wettbewerbsverzerrungen treten im grenzüberschreitenden Kraftverkehr auf - Untersuchungen haben ergeben, dass im grenzüberschreitenden Kraftverkehr bei der Güterbeförderung überwiegend Fahrzeuge über 16 t und bei der Personenbeförderung überwiegend Fahrzeuge mit mehr als neun Sitzplätzen eingesetzt werden.

#### **Dieselmotorkraftstoff für gewerbliche Zwecke**

Der Vorschlag sieht vor, bis zum Jahre 2010 den Mindestsatz der Verbrauchsteuer auf Dieselmotorkraftstoff von derzeit 245 EUR je 1000 Liter auf einen harmonisierten Steuersatz anzuheben. Dazu soll ein Leitsatz geschaffen werden, der 2003 bei 350 EUR je 1000 Liter liegt und alljährlich auf der Grundlage des Verbraucherpreisindexes an die Inflation angepasst wird. Zwischen 2003 und 2010 müssten die von den Mitgliedstaaten angewandten Sätze innerhalb einer Bandbreite von Leitsatz plus/minus 100 EUR liegen. Diese Bandbreite soll jedes Jahr um 28 EUR verringert werden, indem der untere Grenzwert um 14 EUR angehoben und der obere Grenzwert um 14 EUR gesenkt wird. In den Jahren 2009 und 2010 soll die Bandbreite um jeweils 30 EUR verringert werden, indem der untere und der obere Grenzwert um jeweils 15 EUR angehoben bzw. gesenkt werden. Auf diese Weise wird im Jahre 2010 ein harmonisierter Verbrauchsteuersatz ohne Bandbreite erreicht, der dann aufgrund der vorangegangenen Anpassungen des Leitsatzes an die Inflation bei etwa 410 EUR oder sogar darüber liegen dürfte.

Die 1992 erlassene Richtlinie über die Verbrauchsteuersätze legt nur einen Mindestsatz, aber keinen Höchstsatz fest, und dieser Mindestsatz wurde bisher nicht an die Inflation angepasst. Die Mitgliedstaaten haben im Rahmen dieser Gemeinschaftsregelung sehr unterschiedliche Ansätze verfolgt, was dazu geführt hat, dass der Verbrauchsteuersatz für Dieselmotorkraftstoff derzeit zwischen 245 EUR und etwa 750 EUR je 1000 Liter liegt. Der vorgeschlagene Satz von 350 EUR liegt entsprechend der Empfehlung des Weißbuchs der Kommission zur europäischen Verkehrspolitik über dem derzeitigen Durchschnittssatz der Mitgliedstaaten (343 EUR) und soll außerdem indexiert werden, um zu vermeiden, dass sein realer Wert im Laufe der Zeit abnimmt.

Die Kommission schlägt diese Harmonisierung der Verbrauchsteuer auf Dieselmotorkraftstoff für gewerbliche Zwecke vor, weil die Festlegung von Mindestsätzen nicht ausreicht, um die Verzerrungen der Güter- und Personenbeförderungsmärkte zu beseitigen. Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmen, die grenzüberschreitend oder in einem anderen Mitgliedstaat tätig sind, verfügen in der Regel über Fahrzeuge mit großen Tanks und können deshalb die erheblichen steuerlichen Unterschiede in Bezug auf Dieselmotorkraftstoff ausnutzen, indem sie ihre Fahrzeuge in Mitgliedstaaten mit niedrigen Verbrauchsteuersätzen betanken und auf diese Weise ihre Betriebskosten senken.

Diese Umwege führen zu Mindereinnahmen der Mitgliedstaaten und sind umweltschädlich, da längere Strecken gefahren werden als wenn es keine Unterschiede bei den Verbrauchsteuersätzen gäbe.

Diejenigen Mitgliedstaaten, etwa das Vereinigte Königreich, deren Verbrauchsteuersatz für Dieselkraftstoff gegenwärtig um mehr als das 1,5-fache über dem gemeinschaftlichen Leitsatz liegt, sollen einen außerhalb der Bandbreite liegenden Steuersatz anwenden dürfen, müssen jedoch einen Konvergenzplan beschließen, demzufolge ihr Verbrauchsteuersatz zum 31. Dezember 2009 innerhalb der Bandbreite liegen muss. In der Praxis werden die Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten, durch höhere Verbrauchsteuern auf Kraftstoff als in den Nachbarländern anspruchsvollere umweltpolitische Ziele zu erreichen oder zusätzliche Einnahmen zu erzielen, dadurch beschränkt, dass im grenzüberschreitenden Verkehr tätige Kraftverkehrsunternehmen ihre Fahrzeuge ja einfach in einem Nachbarland betanken können.

Der Übergangszeitraum von sieben Jahren (2003/2010) ermöglicht es Mitgliedstaaten mit niedrigen Verbrauchsteuern auf Dieselkraftstoff, ihre Steuersätze allmählich anzuheben, ohne das herrschende Gleichgewicht zwischen den betreffenden Unternehmen zu stören. In den Mitgliedstaaten, die ihre Verbrauchsteuern senken müssen, werden aufgrund des Übergangszeitraums dagegen Haushaltsprobleme vermieden.

#### **Dieselmotoren für nichtgewerbliche Zwecke und unverbleites Benzin**

Der Vorschlag zielt außerdem darauf ab, die Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen, von 2006 an die steuerliche Behandlung von Dieselmotoren für nichtgewerbliche Zwecke derjenigen von Benzin für Personenkraftwagen anzunähern. Gegenwärtig liegt das Mindestniveau der Verbrauchsteuer auf Dieselmotoren mit 245 EUR je 1000 Liter unter dem der Verbrauchsteuer auf unverbleites Benzin (287 EUR je 1000 Liter). Umweltpolitisch gerechtfertigt ist dieser Unterschied allerdings nicht.

Der Richtlinienvorschlag sieht daher eine allmähliche Angleichung des Mindestsatzes der Verbrauchsteuer auf Dieselmotoren für nichtgewerbliche Zwecke an den für unverbleites Benzin geltenden Mindestsatz vor. Zum 1. Januar 2003 soll der Verbrauchsteuer-Mindestsatz für unverbleites Benzin von 287 EUR auf 360 EUR angehoben werden, um der Inflation seit 1992, als der Satz von 287 EUR festgesetzt wurde, Rechnung zu tragen. Zum gleichen Zeitpunkt soll der Mindestsatz der Verbrauchsteuer auf Dieselmotoren für nichtgewerbliche Zwecke von 245 EUR auf 302 EUR angehoben werden. Diese Anhebungen entsprechen den vom spanischen Ratsvorsitz anlässlich des Europäischen Rates von Sevilla vorgelegten Leitlinien zur Anhebung aller in der Richtlinie von 1992 festgelegten Verbrauchsteuersätze, um der Inflation Rechnung zu tragen (siehe MEMO/02/121). Der Mindestsatz der Verbrauchsteuer auf Dieselmotoren für nichtgewerbliche Zwecke soll dann bis 2006 demjenigen für unverbleites Benzin (360 EUR) angeglichen werden.

Außerdem sieht der Vorschlag vor, dass der Mindestsatz für Dieselmotoren für nichtgewerbliche Zwecke und für Benzin nicht unter demjenigen für Dieselmotoren für gewerbliche Zwecke liegen darf. Wenn also der niedrigste Verbrauchsteuersatz für Dieselmotoren für gewerbliche Zwecke im Zuge der allmählichen Annäherung an den Leitsatz den Betrag von 360 EUR überschreitet, wird dieser Mindestsatz zugleich zum Mindestsatz für Dieselmotoren für nichtgewerbliche Zwecke und für unverbleites Benzin. Da der Leitsatz für Dieselmotoren für gewerbliche Zwecke regelmäßig entsprechend der Inflation angepasst wird, wird auf diese Weise der Mindestsatz der Verbrauchsteuer auf Dieselmotoren für nichtgewerbliche Zwecke und auf unverbleites Benzin ebenfalls regelmäßig entsprechend der Inflation angepasst.

#### **Hintergrund**

Im Durchschnitt machen die Kosten für Kraftstoff einschließlich Steuern zwischen 15 und 20 % der Betriebskosten eines Kraftverkehrsunternehmens aus, wobei der Anteil der Kraftstoffkosten proportional zum Fahrzeuggewicht steigt. Da die Verbrauchsteuern knapp 60 % des Preises (ohne MwSt) von Dieselmotoren ausmachen, beläuft sich der Anteil dieser Steuer an den Betriebskosten eines Unternehmens im Güterkraftverkehr auf 10-12 %, im Personenkraftverkehr liegt dieser Wert bei 10-15 %.

Seit Beginn der 1990er Jahre ist der Anteil von Personenkraftwagen mit Dieselmotor in der Europäischen Union stark gestiegen. Dies zeigt sich insbesondere an den höheren Verkaufsziffern für Dieselfahrzeuge insgesamt, deren Anteil an den Neuzulassungen 2001 bei 43 % lag, 1990 hingegen erst bei 20 %.

Dieser Vorschlag soll die derzeit geltenden Richtlinien 92/81/EWG und 92/82/EWG ändern, die für verbleites und unverbleites Benzin sowie für Dieselmotoren einheitliche Verbrauchsteuerstrukturen und -mindestsätze festlegen (Pressemitteilung der EU-Kommission vom 24.07.2002).



Der Wortlaut des Vorschlags kann über folgende Website abgerufen werden:

[http://europa.eu.int/comm/taxation\\_customs/whatsnew.htm](http://europa.eu.int/comm/taxation_customs/whatsnew.htm)

Lesen Sie hierzu auch die Pressemitteilung des FÖS vom 26.07.2002:

### ***EU-Steuervorschläge im Grundsatz zu begrüßen - aber Kostensenkung für den Güterverkehr nicht akzeptabel***

Grundsätzlich unterstützt der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) die von der EU-Kommission am 24.07.2002 gemachten Vorschläge zur Energiesteuerharmonisierung in der EU. Allerdings müssten dem Güterverkehr auch weiterhin die vollen Wege- und externen Kosten des Straßenverkehrs angelastet werden. Eine Senkung der deutschen Dieselsteuersätze ist aus Sicht des FÖS unakzeptabel.

In ihrem Vorschlag zielt die EU-Kommission auf einen im Jahr 2010 vollständig einheitlichen Steuersatz für Diesel, der vom Transportgewerbe verwendet wird. Zu begrüßen ist einerseits die deutliche Anhebung des Mindeststeuersatzes und die jährliche Anhebung entsprechend der Inflation, um den realen Anreiz dauerhaft aufrechtzuerhalten. Allerdings kann es nicht sein, dass besonders fortschrittliche Staaten wie Großbritannien und Deutschland ihre Steuersätze für den Güterverkehr senken müssten.

*„Eine Dieselsteuersenkung für den Güterverkehr ist auch nicht mit den von der EU-Kommission selbst aufgestellten Grundsätzen der Kostenwahrheit in Übereinstimmung zu bringen. Deutschland muss weiterhin die Möglichkeit haben, eine entsprechende höhere Steuer anzuwenden“*,

sagte Kai Schlegelmilch, Vize-Vorsitzender des FÖS. Dies sei allenfalls akzeptabel, wenn im Gegenzug die externen und die Wegekosten über eine deutlich höhere LKW-Maut, als sie jetzt in Deutschland entschieden worden ist (im Schnitt 0,15 €/km), in die Kostenkalkulation des Güterverkehrs einfließen.

Positiv bewertet der FÖS auch die deutliche Anhebung und insbesondere die Gleichstellung des Diesel- mit dem Benzinsteuersatz für den privaten Verkehr. Wie schon von der EU-Kommission ausgeführt, gebe es weder ökologische noch ökonomische Gründe, die bisherige steuerliche Subventionierung von Diesel länger aufrecht zu erhalten. Damit würden auch Nachbarstaaten wie Luxemburg gezwungen, endlich ihre Subventionierung von Mobilität über sehr niedrige Mineralölsteuern abzubauen (Pressemitteilung des FÖS, 26.07.02).

### ***Absolute Ziele statt freiwilliger Vereinbarungen***

Ihre gemeinsame Position zur vieldiskutierten EU-Emissionshandels-Richtlinie haben die Umwelt- und Entwicklungsverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), GERMANWATCH, NABU und WWF-Deutschland an die relevanten Mitglieder des Europaparlamentes geschickt. Die Verbände betonen die strategische Bedeutung eines verbindlichen Emissionshandelssystems mit absoluten Zielen, aber ohne jede Akzeptanz für ökologisch unseriöse Projekte.

GERMANWATCH gibt den Beitrag im Wortlaut in eigener Übersetzung wieder:

Sehr geehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments,

Ihre anstehende Entscheidung hinsichtlich der EU-Richtlinie zum Emissionshandel wird für die Zukunft der europäischen sowie der weltweiten Klimapolitik weitreichende Auswirkungen haben. Als deutsche Nicht-Regierungsorganisationen wollen wir die strategische Bedeutung eines ökologisch und ökonomisch wirksamen Emissionshandelssystems zwischen Unternehmen in der EU betonen.

Ohne ein solches System wird das Erreichen der Klimaziele der EU erschwert und verteuert. Das EU-Emissionshandelssystem erlaubt es Unternehmen, die Klimaziele im Einklang mit ihren Investitionsplänen zu erfüllen, was die negativen Wirkungen auf die Beschäftigung verringert und die positiven Auswirkungen vergrößert.

Ein wirkungsvolles Emissionshandelssystem wird diejenigen Unternehmen, die in der Klimapolitik vor allem wirtschaftliche Risiken sehen, in Unternehmen verwandeln, die in einer CO<sub>2</sub>-begrenzten Zukunft unternehmerische Chancen auszumachen versuchen.

Ein ökologisch wirksames und effizientes Emissionshandelssystem in Europa (und möglicherweise auch bald in Japan) wird einer der wichtigsten Anreize sein, der die USA wieder in ein internationales Klimaregime zurückführt.



Wir begrüßen, dass das EU-Emissionshandelssystem die anderen Instrumente zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz ergänzt. In diesem Zusammenhang bitten wir Sie, große Anstrengungen zu unternehmen, um Kraft-Wärme-Kopplung, erneuerbare Energien, Energieeffizienzpolitik, die Harmonisierung der Energiesteuern sowie die Streichung von Subventionen für fossile Brennstoffe zu fördern.

Viele Akteure, die kein Interesse am Klimaschutz, aber an Gewinnen haben, werden sich auf Grund der Profitmöglichkeiten am Emissionshandelssystem beteiligen. Darin liegt eines seiner Stärken. Aber um auch ökologisch wirksam zu sein, muss das Emissionshandelssystem zusätzlich einen strengen Rahmen aufweisen, und sollte sich daher nicht an falscher Stelle auf Kompromisse einlassen:

Wir brauchen ein verbindliches Emissionshandelssystem für alle EU-Staaten, für alle relevanten Branchen und Unternehmen. Ansonsten gibt es auf dem Markt zu wenig Liquidität und der Preis wird steigen. Es ist nicht abzusehen, ob ein freiwilliges System überhaupt funktionieren kann. Ein freiwilliges System würde nicht den Rahmen für einen erfolgreichen Versuch abgeben. Durch ein verbindliches System erhalten die pro-aktiven Akteure aller Branchen einen Anreiz, ihre Emissionen zu reduzieren, und nicht - wie bei freiwilligen Vereinbarungen - die Trittbrettfahrer. Der Einsatz branchenbezogener freiwilliger Vereinbarungen belohnt hingegen Trittbrettfahrer. Wir brauchen absolute Ziele.

Für das globale Klima zählen ausschließlich absolute Ziele. Vor allem deshalb hat Kyoto absolute Ziele formuliert. Nur absolute Ziele geben den Regierungen die Gewissheit, dass der gewerbliche Sektor eine bestimmte Menge mit Sicherheit erreicht. Für die Öffentlichkeit ist es auch leichter verständlich, dass ein umweltpolitisches Ziel - ein absolutes Ziel - in ein Unternehmensziel übersetzt wird. Nur ein absolutes Ziel bewirkt bei den Unternehmen einen antizyklischen Anreiz: In Boomphasen müssen sie stärkeres klimawirksames Engagement zeigen und in schwierigeren Zeiten weniger. Dies ist intelligente Klimapolitik.

Die meisten von uns denken, dass es wichtig ist, dass der Vorschlag der EU nicht von Beginn an den projektbasierten Handel mit einbezieht. Die Richtlinie ist und sollte eine „Politiken und Maßnahmen“ - Richtlinie für die EU sein. Wenn überhaupt, ist ein solcher Handel nur akzeptabel, wenn ein (gegenüber UNFCCC) zusätzlicher goldener Standard auf die von der EU akzeptierten Projekte angewendet würde.

Wie der Vorschlag zur Richtlinie des Emissionshandels der EU-Kommission gegenwärtig festhält, kann es Unternehmen nicht erlaubt werden, AAUs zu kaufen, mit anderen Worten, heiße Luft zu kaufen. Dies würde die ökologische Glaubwürdigkeit des Emissionshandelssystems untergraben. Und: Das Emissionshandelssystem würde keine Anreize für klimafreundliche Innovationen in Europa schaffen (KlimaKompakt Nr. 19/ Juli 2002).

### ***EU: Streit um die geschätzten Kosten des Klimawandels***

Die Vize-Präsidentin des Amerikanischen Rats für Kapitalbildung (ACCF) und die EU-Umweltbeauftragte Margot Wallström diskutieren derzeit öffentlich über die tatsächlichen Auswirkungen der Klimapolitik der Europäischen Union. Verlust von Arbeitsplätzen und ein gebremstes Wirtschaftswachstum sieht ACCF voraus, wenn Europa den Verpflichtungen des Kyoto Protokolls nachkomme. Weiterhin behauptet ACCF, dass die EU ihre Ziele, die Treibhaushase zwischen 1990 und 2010 um 8 % zu senken, bei weitem verfehle. Ein Anstieg sei eher wahrscheinlicher. Margot Wallström bestreitet die Glaubwürdigkeit der Studie. Lesen Sie mehr (englisch):

#### **EU climate change cost estimates disputed**

Europe will pay dearly in lost jobs and slower economic growth for meeting greenhouse gas reduction targets under the Kyoto protocol, US think-tank the American council for capital formation (ACCF) has insisted. The group was responding to criticisms of studies it published in April made by EU environment commissioner Margot Wallström.

The studies concluded that the EU would, on present trends, miss its target of cutting greenhouse gases by 8% between 1990 and 2010 by a mile. The more likely outcome would be a rise of 9%, they claimed. Energy taxes or permit fees in the range €150 to €270 per tonne of carbon would be needed to reverse the trend, said ACCF, with substantial impacts on GDP growth and employment. In Germany, Spain, the UK and the Netherlands, GDP would be 3.8-5.2% lower than without these measures by 2010, it calculated. Spain and the UK would lose 1m jobs apiece, the Netherlands 240,000, and Germany 1.8m.

Margot Wallström fended off the criticisms in May in a letter to the Brussels-based European Voice newspaper. Estimates in the ACCF studies were "far off conventional economic wisdom", she wrote, and included several assumptions that tended to inflate costs, such as ignoring abatement in carbon sinks.

The Commission's own work showed that economic costs could be as low as 0.06% of expected GDP in 2010. The Intergovernmental panel on climate change had put implementation costs in industrialised countries at no more than 1.1% including the Kyoto protocol's flexible mechanisms, or 2% excluding them.

Ms Wallström's assertions are "overly optimistic", ACCF vice-president Margo Thorning has now stated in her own letter to European Voice. Having reassessed the April studies taking into account European comments and criticisms, she told Environment Daily, the main conclusions had been confirmed or strengthened. Ms Wallström's estimate of 0.06% GDP was based on a "seriously incomplete" study, says Ms Thorning, whereas ACCF's studies used an economic model measuring the impact of higher energy prices in all sectors of the economy. They also assumed broadly based policies to curb carbon emissions, whereas current draft proposals for an EU-wide emission trading scheme "are very narrowly based and provide no incentives whatever for most of the economy to reduce emissions" (Environment Daily 1256, 12/07/02).

Die Studie *Kyoto Protocol and Beyond: Economic Impacts on EU Countries* des ACCF können Sie einsehen unter: [http://www.accf.org/ACCF\\_KyotoEconImp.pdf](http://www.accf.org/ACCF_KyotoEconImp.pdf).

### ***EU-Förderung der Erneuerbaren Energien ist nicht ausreichend***

Laut einer Untersuchung für die Europäische Kommission ist es eher unwahrscheinlich, dass die EU ihr Ziel, den Anteil Erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch bis 2010 zu verdoppeln, erreichen wird. 8-10% am gesamten Energieverbrauch sind eher wahrscheinlich. Das Ziel könne nur mit zusätzlichen politischen Maßnahmen erreicht werden. Lesen Sie mehr (englisch):

#### **EU set to miss renewable energy goals**

EU targets on boosting renewable energy are unlikely to be met without additional policies, according to a report for the European Commission produced by consultants Ecofys, 3E and Fraunhofer ISI. The Commission itself delivered a similar warning last year.

According to the report, renewables as a share of total energy consumption is only likely to reach 8-10% by 2010 based on existing policies. The EU is aiming to double the share of energy consumption from renewables to 12% by 2010. A directive passed last year sets an additional target to raise the share of electricity consumption from renewables to 22%.

Only five member states - Denmark, Spain, Ireland, Luxembourg and the Netherlands - will meet the directive's indicative national targets intended to contribute to the 22% of electricity goal, say the consultants, and only if they continue with supportive policies. France and Italy are furthest from meeting theirs.

Of the various renewable energy options, wind power is in the best position to contribute, the report says, being already economically viable in most member states. Biofuels should also show strong growth but still reach under 90% of a target set in the EU's "campaign for take-off" of renewables.

Photovoltaic solar is predicted to fall way short of its target, with only Germany and Spain, both of which have introduced feed-in support schemes, likely to show substantial growth. Six member states have set out targets for active solar thermal energy. But it is "noticeable", the report adds, that the three countries with 75% of installed capacity did not set targets (Environment Daily 1253, 09/07/02).

### ***Schweiz: Twenty francs for everybody***

Der Schweizer Bundesrat hat im Juni entschieden, dass Steuern auf Dieselmotorkraftstoff an den Bürger zurückgegeben werden sollen. Als Ausgleich zahlt jeder Schweizer ab nächstem Jahr 20 Francs weniger in seine Krankerversicherung ein. Lesen Sie mehr (englisch):

Taxes on diesel fuel and volatile organic compounds will simply be returned to consumers. The Federal Council decided in June that over the course of the next year, the Swiss will pay 20 francs less each in contributions to their medical insurance schemes.

In this way, the result which was hoped for when the fiscal measure was introduced will be achieved: taxes are not a fresh source of income for the state, but should be returned to the population.

Revenue from these taxes is over 150 million Swiss francs. Over the next few years, annual income of 100-140 million is expected (Umwelt Focus, Schweiz, 15.07.2002).

### ***Österreich will vor Europäischem Gerichtshof klagen***

Die Europäische Kommission hat eine von Österreich geforderte Verringerung der „Ökopunkte“ für Lastwagenfahrten über den Brennerpass erneut abgelehnt. Die österreichischen Berechnungen werden in Frage gestellt. Bei Fahrten über den Brenner müssen Spediteure Ökopunkte abstempeln lassen. Es wird ein bestimmtes Kontingent an Ökopunkten ausgegeben. Wird dieses Kontingent überschritten so werden im nächsten Jahr weniger „Ökopunkte“ ausgegeben. Lesen Sie mehr (englisch):

#### **Commission again defies Austria over ecopoints**

The European Commission has again ignored Austrian demands to reduce the number of "ecopoint" heavy-goods road transport permits made available to EU hauliers crossing the Brenner pass, after judging that statistics provided by Vienna were unclear. Under an agreement made when Austria joined the EU, the quantity of ecopoints available for distribution to hauliers must be cut if the number of movements across the pass in any year exceeds 108% of those made in 1991. Austrian figures claim that last year they reached 110%.

But in a statement on Wednesday the Commission said "closer examination cast doubt" on these claims. As much as 9% of the transits "might not have taken place at all", it said, adding that the full quota of remaining ecopoints for this year would be distributed immediately. Austria immediately challenged the decision and said it would ask the European court of justice to suspend the allocation of ecopoints. Last year the Commission also swept aside statistics calling for a cutback, prompting a similar reaction from Austria. EU transport ministers agreed last year that the ecopoints system should continue after its scheduled expiry in 2003, though exact arrangements have yet to be made.\* In a separate move the Commission has approved most parts of a state investment aid scheme in the Italian province of Trento, aimed at encouraging combined transport technologies to reduce pollution. But it is to investigate whether some elements of the scheme are compatible with EU small and medium-sized business competition rules (Environment Daily 29.07.2002)..

### ***Drei Treibhausgase werden verboten***

Die Anwendung von drei vor allem als industrielle Kühlmittel verwendeten Treibhausgasen ist in Dänemark ab spätestens 2007 verboten. Nach einer von Umweltminister Hans Christian Schmidt unterschriebenen Verordnung müssen die Stoffe HFC, PFC und SF 6 bis 2006 aus neuen Produkten eliminiert sein. Für große Kühlanlagen, wie sie zum Beispiel in Supermärkten benützt werden, gibt es eine um ein Jahr längere Übergangsfrist. Dänemark ist damit das erste Land, das die Verwendung dieser vom Kyoto-Protokoll umfassten Gase untersagt.

Die Regierung heimst dafür großes Lob von Umweltschützern ein. "Dies ist ein Riesenschritt für den Klimaschutz und ein wichtiges Signal für den Rest der Welt, nicht zuletzt an die Chemieindustrie, die enorme Lobbyarbeit betrieb, um diesen Beschluss zu verhindern", kommentierte der Greenpeace-Klimaexperte Tarjei Haaland das Verbot. Für die dänische Vorreiterrolle war eine Kehrtwende von Umweltminister Schmidt vonnöten. Als rechtsliberaler Parlamentarier hintertrieb er mit Unterstützung eines in seinem Wahlkreis beheimateten Kühlschranksproduzenten die von seinem sozialdemokratischen Vorgänger Svend Auken ausgearbeitete Verordnung. Als Schmidt nach dem Regierungswechsel Ende 2001 selbst Minister wurde, schien das Projekt beendet, und Greenpeace fürchtete, dass die jahrelangen Vorarbeiten vergebens gewesen seien. Die Umweltpolitik hatte im Programm der bürgerlichen Regierung keinen hohen Stellenwert; drastische Sparmaßnahmen waren die Folge. Doch dann besann Schmidt sich eines Besseren. Dänemark akzeptierte nach langem Zögern die Verpflichtung, seine Treibhausgas-Emissionen um 21 Prozent zu reduzieren und benötigt nun Instrumente, um dies zu erreichen. Das Verbot der drei Gase soll dazu seinen Beitrag leisten. Als EU-Vorsitzender will sich Dänemark auf dem Weltgipfel in Johannesburg nicht blamieren. Daher kehrt die Regierung nun wieder den Umweltfreund hervor. Dass große dänische Konzerne frühzeitig damit begannen, neue Technologien zu entwickeln, in denen die Industriegase durch natürlich vorkommende Kühlmittel wie Ammoniak und Kohlenwasserstoffe ersetzt werden, erleichterte Schmidts Umdenken. Nun sieht er „eine gute Basis für unsere progressiven Unternehmen, sich international zu profilieren" (Johannes Gamillscheg für die Frankfurter Rundschau, 23.07.2002).

***Kalifornier müssen sauberere Autos fahren***

Kalifornien, der autoreichste Bundesstaat der USA, ist einmal mehr Vorreiter in den Staaten. Gouverneur Gray Davis hat ein Gesetz unterschrieben, mit dem Autohersteller erstmals gezwungen werden, die Treibhausgas-Emission ihrer Wagen zu begrenzen. Lesen Sie mehr:

<http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,206374,00.html>

***New Yorker Treffen erhöht Erfolgsaussichten für Weltgipfel in Johannesburg***

Nach den eintägigen Beratungen von Vertretern aus 27 UN-Mitgliedsstaaten sowie der Europäischen Union am 17. Juli 2002 in New York haben sich die Erfolgsaussichten für den Weltgipfel in Johannesburg erhöht. Das Treffen, zu dem UNO-Generalsekretär Kofi Annan und der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki eingeladen hatten, ergab eine wesentliche Annäherung der Positionen von Europäischer Union und Entwicklungsländern.

Bei dem New Yorker Treffen akzeptierten die Entwicklungsländer erstmals den Vorschlag der Europäischen Union für eine konkrete Zielsetzung für eine drastische Verbesserung der sanitären Grundversorgung weltweit bis zum Jahr 2015. Sie akzeptierten auch die Notwendigkeit, weitere Entwicklungsziele festzusetzen, deren nähere Ausgestaltung allerdings noch umstritten ist. Die USA und Japan fanden für ihre Ablehnung gegen die Festlegung neuer verbindlicher Ziele für die internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik dagegen keine nennenswerte Unterstützung.

Hinsichtlich der für den Erfolg des Weltgipfels zentralen Frage der Verbesserung des Marktzugangs für Produkte aus Entwicklungsländern konnte ebenfalls eine Annäherung der Positionen erreicht werden.

Bundesumweltminister Trittin, der die deutsche Delegation leitete, erklärte in New York: „UN-Generalsekretär Kofi Annan und die südafrikanische Regierung haben mit diesem New Yorker Treffen günstige Ausgangsbedingungen für die Verhandlungen beim Johannesburg-Gipfel geschaffen. Wir haben unseren Teil dazu beitragen können, die seit Anfang Juli festgefahrenen Vorbereitungen des Weltgipfels ein gutes Stück voranzubringen.“ (BMU Pressedienst Nr. 168/02, 18. Juli 2002).

***Appell von Justizministern aus elf US-Bundesstaaten: Emissionsbegrenzung notwendig***

Die Justizminister von elf US-Bundesstaaten haben im Juli in einem Brief Präsident Bush aufgefordert, auf Bundesebene Maßnahmen gegen die Klimaänderung zu ergreifen, weil ohne solche Vorgaben die Bundesstaaten aktiv werden müssen, was die regulatorische Unsicherheit und die Kosten des Klimaschutzes erhöht.

GERMANWATCH übersetzt Auszüge des Schreibens an Präsident Bush:

„Die Klimaänderung stellt die drängendste Herausforderung für die Umwelt im 21. Jahrhundert dar. (...)“

Aus diesen Gründen schreiben wir Ihnen heute, um Sie inständig zu bitten, Ihre Position zur Regulierung der Treibhausgasemissionen zu überdenken und um eine umfassende Politik zu verabschieden, die sowohl unsere Bürger wie auch unsere Wirtschaft schützt.

Der [National]Bericht [zum Klimaschutz] dokumentiert eine stattfindende Klimaänderung, die bedeutende Auswirkungen auf praktisch jeden Aspekt unseres Planeten und unseres Lebens hat. Wir sehen die Signale der Änderung bereits überall. (...)“

Der Bericht stellt klar, dass es nicht mehr in Zweifel steht, ob das Klima sich ändert, sondern nur, mit welcher Intensität und welchen konkreten Auswirkungen die Klimaänderung stattfindet (...). Um wirksame Maßnahmen gegenüber den Gefahren der Klimaänderung einzuleiten, ist unverzügliches Handeln erforderlich: Die Treibhausgasemissionen müssen beschränkt werden.

Der vorliegende Vorschlag der Regierung ist unzureichend und erhöht die Unsicherheit.

Nur eine verbindliche Emissionsbegrenzung auf Bundesebene in angemessener Höhe kann eine Sicherheit für die Regulierung bieten. (...)“

Wir sind davon überzeugt, dass eine schnelle Implementierung eines marktbasierten Vorgehens, welches die Treibhausgasemissionen beschränkt, bedeutende Gewinne für die öffentliche Gesundheit, die Wohlfahrt und die Umwelt in einer Weise mit sich brächte, die konsistent mit einer starken Wirtschaftspolitik ist. (...)“ (Klima Kompakt Nr. 19/Juli 2002).

Den vollständigen Text im englischen Originalwortlaut finden Sie unter



[http://www.ago.state.ma.us/press\\_rel/climate.pdf](http://www.ago.state.ma.us/press_rel/climate.pdf) (PDF-Datei, 44 k)

### ***Pennsylvania: Arbeitsgruppe kündigt Steueranreize für alternative Energien an***

Ellen Bard, Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Energiepolitik, kündigte am 3. Juli 2002 eine Serie von Gesetzesentwürfen zur Reduzierung der Abhängigkeit des Staates von ausländischen Ölquellen an. Das Gesetzespaket enthält zahlreiche Steueranreize für den Verbrauch von alternativen Energien. Lesen Sie mehr (englisch):

### **Pennsylvania Task Force Unveils Energy Policy Tax Incentives**

On July 3, 2002, Rep. Ellen M. Bard (R), chairperson of the Task Force for a 21st Century Energy Policy for Pennsylvania, announced a series of eleven bills aimed at reducing the state's dependence on foreign sources of oil. The legislative package contains a series of tax incentives to encourage the use of alternative fuels and alternative-fuel vehicles. Specific provisions include tax credits and grants for the construction and operation of alternative-fuel production facilities; investments in alternative energy sources; business investments in pollution-control equipment; and for manufacturers of hybrid and alternative-fuel vehicles to locate production facilities in Pennsylvania (TaxNewsUpdate Vol. 23, No. 4: 26.07.2002).

### ***Bericht: Vorteile für amerikanische Unternehmen bei Teilnahme am Kyoto-Protokoll***

Laut einem Bericht von Charles Bennett und Richard Wells laufen amerikanische Unternehmen Gefahr ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren, wenn das Kyoto Protokoll ohne amerikanische Beteiligung in Kraft treten sollte. Dabei würden amerikanische Unternehmen bei einer Teilnahme am Emissionshandel durchaus profitieren. Lesen Sie mehr (englisch):

### **Report: American Business Could Benefit From Addressing Climate Change**

According to a new report released by The Conference Board, U.S. businesses stand to lose if the Kyoto Protocol on climate change takes effect without American participation, as appears likely. The seven-page report, Global Climate Change: Fact or Fiction? It Doesn't Matter - the Issue is Here to Stay, written by senior researcher Charles Bennett and Richard Wells, president of the Lexington Group, argues that governments and markets are likely to act on their perception of the growing scientific consensus that rising global temperatures are due to human activities and that the resulting changes pose a threat to human health and the environment.

Once the treaty takes effect, companies from participating countries will become eligible to participate in an international cap-and-trade regime under which those that find inexpensive ways of cutting greenhouse gas emissions will be able to sell emission credits to other companies for which it is either too expensive or too difficult to reduce emissions. Companies in the midst of such a system could have an advantage - for example, in terms of management expertise or technology development or deployment - over U.S. companies, Bennett and Wells argue.

The authors concede that U.S. companies unconstrained by Kyoto-related regulations stand to benefit in the short term because they will be less energy-constrained than many of their foreign competitors. But they argue U.S. companies that choose not to figure climate change into their planning will be betting that they will not be at a competitive disadvantage in a "carbon constrained world." Bennett and Wells say "prudent" corporate executives, facing increased pressure from investors concerned about climate change, will want to hedge their bets by:

- measuring their greenhouse gas emissions;
- making easy reductions now in case credit for early action is made available later;
- planning ahead for potential shifts in energy fuels; and
- paying attention to what governments and other companies are doing.

*"By effectively meeting the challenge of climate change, businesses will also deal effectively with several other issues (energy costs, reliability and volatility) that affect competitiveness. New business opportunities will very likely be discovered in the process. Forward thinking business managers who approach climate change from this perspective can expect to gain long-term competitive advantage as a result."*



To read the full report, visit: [http://www.conference-board.org/executive\\_action.cfm](http://www.conference-board.org/executive_action.cfm) (TaxNewsUpdate Vol. 23, No. 2: 09.07.2002).

### ***NAFTA Kommission fordert Emissionshandel***

Laut dem Bericht "Environmental Challenges and Opportunities of the Evolving North American Electricity Market" sollten die Länder Nord Amerikas ein Emissionshandelssystem entwickeln und Erneuerbare Energien Energieeffizienz fördern. Lesen Sie mehr (englisch):

#### **NAFTA Commission Report Calls for Carbon Trading**

According to a report issued on June 17 by the Commission for Environmental Cooperation (CEC), the countries of North America should develop a carbon emissions trading system and promote renewable energy and energy efficiency. CEC was established by the U.S., Canada, and Mexico to build cooperation among the partners in implementing the environmental accords included in the North American Free Trade Agreement (NAFTA). The new report, "Environmental Challenges and Opportunities of the Evolving North American Electricity Market," was prepared for the CEC by an expert advisory board. The board specifically recommends forming a North American Fund to promote the adoption of best available emission control technologies, energy efficiency measures, and energy conservation within the NAFTA countries. It also urges the NAFTA countries to promote the development and use of renewable energy through increased market-based incentives and funding. In addition to a carbon emissions trading system, the board recommends continent-wide trading systems for emissions of sulfur dioxide and nitrogen dioxides. (TaxNewsUpdate Vol. 23, No. 12: 25.06.2002). For the full report and other background information, see the CEC website:

[http://www.cec.org/pubs\\_docs/documents/index.cfm?ID=842](http://www.cec.org/pubs_docs/documents/index.cfm?ID=842).

### ***Albanien zieht Umweltsteuerreformen in Betracht***

Die albanische Regierung schlug kürzlich einen neuen Steuerplan vor, der die Umwelt schützen und die Wirkung von zwei bestehenden grünen Steuern verstärken soll. Lesen Sie mehr (englisch):

#### **Albania Considers Environmental Tax Reforms**

The Albanian government recently proposed a new tax plan to help protect the environment and increase the impact of its two existing green taxes. The new levies, which tax carbon emissions as well as packaging, would be applied to products determined to be harmful to the environment and that are consumed or deposited in the form of residues. The Albanian Environment Ministry has also proposed increasing the existing level of taxes on cleaning products (Tax Analysts/Tax Notes, July 17, 2002).

### ***Studie ermuntert Thailand zur Einführung von Umweltsteuern***

Die dänische Vereinigung für Umwelt und Entwicklung hat der thailändischen Regierung empfohlen Schmiermittel und Verpackungsmaterial einer speziellen Umweltsteuer zu unterwerfen. Empfohlen wurde aber auch Verbrauchern, die wiederverwerten oder auf andere Produkte zurückgreifen um Müll zu vermeiden, Rabatte zu gewähren. Lesen Sie mehr (englisch):

#### **Thailand Encouraged to Impose Environmental Tax**

On July 16, 2002, the Finance Ministry of Thailand received the results of an environmental and waste disposal study recommending that lubricants and packaging products be subject to a special environmental tax. The study, funded by the Danish Corporation for Environment and Development, concluded that Thailand's environmental problems were increasing and that over the past five years its waste has increased by more than 13 million tons annually. The study recommended, in the short-term, collecting tax from industrial products that cause environment degradation, starting with a tax on lubricants and packaging products. At the same time, it recommended a rebate for users who recycle or use other means to minimize waste (TaxNewsUpdate Vol. 23, No. 4: 26.07.2002).

### ***Japan: Kommission fordert Umweltsteuern zur Erfüllung des Kyoto-Protokolls***

Japans Umweltministerium empfiehlt in einem Bericht vom 14. Juni die Einführung von Umweltsteuern im Jahre 2005. Brennstoffzellen für die Energiegewinnung, Umweltsteuern, Steuern und andere wirtschaftliche

Maßnahmen seien erforderlich um den Anforderungen des Kyoto-Protokolls, gerecht zu werden. Der Bericht stellt drei verschiedene Umweltsteuern zur Auswahl. Lesen Sie mehr (englisch):

### **Japanese Panel Calls for Environmental Taxes to Meet Kyoto Targets**

In a report issued June 14, the Expert Committee on Global Warming Policy and Taxation, part of Japan's Environment Ministry, recommended that the country introduce an environmental tax in 2005 or shortly thereafter. The committee's draft report said that while it encouraged fuel cells for power generation, environmental taxes, levies, and other economic measures are required if Japan expects to meet its 6 percent greenhouse gas emissions reduction target under the Kyoto Protocol (ratified by Japan June 4, 2002) between 2008 and 2012.

The committee recommended three environmental tax options:

- Taxing the "upstream" part of energy consumption, such as refiners and processors of coal, crude oil, and natural gas;
- Taxing the "downstream" part, including wholesalers and retailers of gasoline, kerosene, heating oil, diesel fuel, liquefied natural gas, liquefied petroleum gas, power companies, and steel mills; and
- Taxing energy emissions from sources such as manufacturing factories, business offices, and households.

The report stresses that the environmentally-motivated taxes would lead to greenhouse gas reductions for two main reasons: citizens would cut consumption and the additional revenues could be used to develop new and cleaner energy technologies.

Anmerkung der Redaktion: Der Zwischenbericht „Global Warming Tax System in Japan“ vom 18. Juni 2002 des „Central Environment Council - Expert Committee on Global Warming Tax System“ ist bis jetzt nur in einer vorläufigen Übersetzung bzw. grafischen Darstellung verfügbar: Die endgültige und dann auch offizielle Version des Zwischenberichts wird in Kürze auf der Homepage des japanischen Umweltministeriums unter <http://www.env.go.jp/en/index.html> bzw. der japanischen Version <http://www.env.go.jp/> verfügbar sein. In diesem Zusammenhang wird auch auf die englische Zusammenfassung eines Vorläuferberichts aus dem Jahr 2000 („Report of the Study Group on Economic Instruments in Environmental Policies“) verwiesen: <http://www.env.go.jp/en/org/tax/ishitax.pdf>, in dem die grundsätzlichen Möglichkeiten der Einführung einer Ökosteuer bzw. von ökonomischen Instrumenten in Japan analysiert wird (TaxNewsUpdate Vol. 23, No. 1: 02.07.2002).

## **4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER**

### ***Heft zur Ökologischen Finanzreform***

Mittlerweile ist die politische ökologie 77/78 mit dem Titel „Kassensturz – Strukturwandel durch Ökologische Finanzreform“, die mit Unterstützung des FÖS entstanden ist, erschienen. Darin finden sich u.a. Beiträge von Hans Eichel, Jürgen Trittin, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Anselm Görres (FÖS), Kai Schlegelmilch (FÖS) und Bettina Meyer (FÖS).

Hier das aktuelle Inhaltsverzeichnis: [http://www.foes-ev.de/downloads/poe77\\_inhalt.pdf](http://www.foes-ev.de/downloads/poe77_inhalt.pdf)

Sie können das Heft unter folgendem Link bestellen:

<http://www.oekom.de/verlag/german/periodika/poe/index.htm>

### ***Referentendatenbank online***

Der FÖS hat mit Hilfe seiner Mitglieder und Interessenten eine Referentendatenbank zur Ökosteuer aufgebaut. Auf unserer Homepage unter <http://www.foes-ev.de/6referenten/index.html> haben wir eine Liste von hochrangigen Referenten zusammengestellt, die für Vorträge und Podiumsdiskussionen rund um die Ökologische Steuerreform zur Verfügung stehen. Über die Homepage kann man sich direkt mit den Referenten in Ver-

bindung setzen, gerne sind wir aber auch bei der Kontaktaufnahme behilflich. Wer sich noch in die Datenbank aufnehmen lassen möchte, ist herzlich eingeladen, dies zu tun.

## 5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN

### *Den Bürgern bleibt die Umwelt wichtig*

Der Schutz der Umwelt bleibt trotz hoher Arbeitslosigkeit und angespannter Wirtschaftslage weiterhin ein wichtiges politisches Thema. 93 Prozent der Bevölkerung halten Umweltschutz für wichtig oder sogar für sehr wichtig, er liegt auf Rang vier der aktuell wichtigsten Themen der Tagespolitik. Dies zeigt eine repräsentative Erhebung, die der Marburger Politikwissenschaftler Professor Dr. Udo Kuckartz und das EMNID-Institut im Auftrag von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt zu Beginn dieses Jahres durchgeführt hat. Die Studie ist die achte Folge einer Untersuchungsreihe, mit der UBA und BMU seit 1991 in regelmäßigen Abständen erforschen lassen, wie sich das Umweltbewusstsein der Bevölkerung entwickelt. Die letzte Untersuchung fand im Jahr 2000 statt.

Bemerkenswert ist, dass seit 1998 Umweltschutz wieder stärker als wichtige politische Aufgabe empfunden wird (Zunahme von rund 38 auf 52 Prozent). Staatliches Handeln für den Umweltschutz wird ausdrücklich gewünscht, gleichzeitig findet sich eine hohe Bereitschaft zu eigenem Engagement. So engagieren sich bereits 9 Prozent der Befragten im eigenen Wohnbezirk, 47 Prozent können sich das vorstellen. „Das bestätigt unsere Bemühungen um eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, etwa in der Verbändeförderung, die wir in den letzten vier Jahren um gut 50 Prozent gesteigert haben, aber auch durch die Einführung des Verbandsklagerechts im neuen Bundesnaturschutzgesetz.“

„Die Daten belegen, dass unser Umsteuern in der Umwelt- und Energiepolitik in dieser Legislaturperiode auf Zustimmung stößt. Die Menschen wollen, dass mehr für den Umweltschutz getan wird. Gleichzeitig sind sie in hohem Masse bereit, mit gutem Beispiel voranzugehen und eigene Verantwortung zu übernehmen. Staatliche Maßnahmen und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger - das ist eine gute, zukunftsfähige Mischung.“

Als klare Unterstützung wertet Bundesumweltminister Jürgen Trittin die Meinung der Befragten zu einzelnen Punkten der Umweltpolitik: 94 Prozent der Befragten bejahen das neue Bundesnaturschutzgesetz, 73 Prozent unterstützen die Einführung des Dosenpfandes, 75 Prozent wollen gentechnisch manipulierte Lebensmittel überhaupt nicht oder eher nicht kaufen. Positiv wird auch die Klimapolitik bewertet: 94 Prozent halten die Verringerung von Treibhausgasen für sehr oder eher wichtig, 47 Prozent wünschen, dass Deutschland in der Klimapolitik eine Vorreiterrolle einnimmt. 79 Prozent der Befragten befürworten das Prinzip der Ökosteuer, aber nur 29 Prozent antworteten bei der konkreten Frage nach ihrer Zustimmung mit „ich bin dafür“. Dieses wird bei der Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform zu berücksichtigen sein. Die Umweltpolitik der Bundesregierung findet nicht nur im Detail Zustimmung. 65 Prozent der Befragten sind auch der Meinung, die Politiker sollten sogar noch mehr für den Umweltschutz tun, während nur 3 Prozent meinen, sie sollten weniger tun. „Dies ist ein weiteres Indiz dafür, wie wichtig den Menschen die Umwelt ist. Das lässt sich zu vorderst als Ermutigung verstehen, sich noch stärker für diese Belange einzusetzen“, sagte Trittin. Dazu passt auch, dass immerhin 46 Prozent der Befragten finden, dass die Medien zu wenig über Umweltprobleme berichten.

Während die Umweltqualität in Deutschland insgesamt von der Mehrheit als gut (77 Prozent), in der eigenen Stadt oder Gemeinde sogar von 17 Prozent der Befragten als sehr gut bewertet wird, schätzen 80 Prozent der Bevölkerung die globale Umweltqualität als eher schlecht oder sogar sehr schlecht ein. In der eigenen Gemeinde werden der Straßenverkehr und die damit verbundene Lärmbelästigung und Luftverschmutzung als das dringlichste Umweltproblem empfunden.

Die Daten geben deutliche Hinweise darauf, dass sich die Sicht auf das Auto zunehmend differenziert. Vor allem der CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird kritisch gesehen. Die überwiegende Mehrheit setzt daher auf das „saubere Auto“, das die Umwelt nicht mehr belastet, sowie auf den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (85

Prozent) und des Radnetzes (82 Prozent). 83 Prozent sind dafür, mehr verkehrsberuhigte Zonen in Wohngebieten einzurichten, und immerhin sind noch 65 Prozent dafür, innerorts mit Ausnahme der Hauptverkehrsstrassen Tempo 30 einzuführen. Bundesumweltminister Trittin:

*„Hier zeigt sich, dass eine Verkehrsplanung von Ländern und Gemeinden, die immer noch auf den Vorrang für das Auto baut, an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vorbeigeht.“*

Hinweis: Die Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland 2002“ ist erhältlich beim Umweltbundesamt (Zentraler Antwortdienst, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin, Fax: 030/8903-2912) oder beim Bundesumweltministerium (<mailto:service@bmu.bund.de>) sowie im Internet unter <http://www.umweltbewusstsein.de/> (BMU-Pressedienst Nr. 158/02, 2. Juli 2002).

### **Neuer Rekord beim Bau von Windkraftanlagen**

Im ersten Halbjahr 2002 hat sich die Windkraft in Deutschland so rasant entwickelt wie nie zuvor. Von Januar bis Juni wurden 828 Windräder mit einer Gesamtleistung von 1.087,7 Megawatt neu errichtet. Gemessen am Rekordjahr 2001 (Januar bis Juni) entspricht das einen Zuwachs von 34 Prozent.

Jetzt drehen sich in Deutschland insgesamt 12.250 Windräder mit einer installierten Leistung von 9.840 Megawatt. Noch im Juli wird wohl der 10.000 Megawatt-Wert erreicht werden. Das sind 3,5 Prozent der deutschen Stromproduktion - Ende 2002 werden es wohl vier Prozent sein.

Bis zum Jahr 2010, so schätzt der Bundesverband Windenergie mit seinen 12.000 Mitgliedern, werden in Deutschland 22.500 Megawatt Windstrom gewonnen werden - rund 10 Prozent des deutschen Stromverbrauchs.

Windstrom ist nicht nur ein Vorteil für Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch für zukunftsfähige Arbeitsplätze. Zurzeit sind in Deutschland 120.000 Menschen im Bereich Erneuerbarer Energien beschäftigt, davon 40.000 bei der Windenergie. Schon mittelfristig bekommt die Windenergie weltweit einen zusätzlichen Schub durch die ersten Offshore-Windanlagen auf dem Meer (siehe Sonnenseite „Das künftige Ruhrgebiet liegt in der Nordsee“). Die Windbranche wird 2002 vermutlich 3,5 Milliarden Euro umsetzen.

Zurzeit gibt es weltweit bereits neun maritime Windkraftprojekte: drei in Dänemark, drei in Schweden, zwei in den Niederlanden und eines in England. In Deutschland wird 2003 das erste Offshore-Projekt realisiert: Rund 45 Kilometer nördlich der Insel Borkum errichtet die Prokon Nord GmbH aus Leer 12 Windturbinen mit bis zu fünf Megawatt Nennleistung. Beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie in Hamburg liegen zur Zeit 30 Anträge mit einer Gesamtleistung von über 60.000 Megawatt vor. Weltweit waren Ende 2001 eine Windkraftleistung von 25.000 Megawatt installiert. Nach Deutschland gehören die USA (4.250 Megawatt), Spanien (3.350 Megawatt) und Dänemark zu den Weltmarktführern. Bis 2006 wird sich weltweit die Windenergie wahrscheinlich mehr als verdreifachen. Eine große Chance für zehntausende neuer Arbeitsplätze in Deutschland (ECO-News vom 23.07.2002).

### **Klare Stromkennzeichnung nutzt dem Verbraucher**

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hat das Votum des Bundestages für eine europaweite vollständige Stromkennzeichnung begrüßt. Nach einer Initiative der EU-Kommission soll europaweit eine Pflicht zur Kennzeichnung von Strom gelten. „Eine transparente und ehrliche Stromkennzeichnung kann endlich den Wettbewerb auch für private Stromverbraucher in Gang bringen,“ sagte Prof. Dr. Edda Müller, Vorstand des vzbv. „Viele Verbraucher wollen umweltfreundlich erzeugten Strom - dazu müssen sie ihn aber auch erkennen können.“

Nach dem vom Europäischen Parlament übernommenen Kommissionsvorschlag soll die Angabe des Strommixes und der Umweltindikatoren künftig auf der jährlichen Stromrechnung und im Werbematerial der Stromanbieter erscheinen. Im einzelnen geht es um folgende Punkte:

- Den prozentualen Anteil der einzelnen Primärenergieträger (also Kohle, Atomkraft, regenerative Energiequellen etc.)
- Die mit den einzelnen Energieträgern verbundene Umweltbelastung (CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Atommüll etc.)
- Stromimporte aus Nicht-EU-Ländern



- Angabe des Strommixes und der Umweltindikatoren auf der jährlichen Stromrechnung und auf dem Werbematerial der Stromanbieter

Eine umfassende Stromkennzeichnung ist aus Sicht des vzbv überfällig.

*„Auf jeder Tüte Gummibärchen, auf jeder Zahnpastatube ist eine Kennzeichnung heute längst gesetzliche Pflicht - es ist nicht nachvollziehbar, dass die Verbraucher gleichzeitig nicht erfahren können, ob ihr Stromversorger schmutzigen Import- oder Atomstrom verkauft. Trotz der Liberalisierung des Strommarktes seit 1998 ist der Wettbewerb für Privatverbraucher bisher kaum in Gang gekommen. Bisher haben nicht einmal 4 Prozent der privaten Haushalte ihren Stromversorger gewechselt. Der vzbv erwartet von einer transparenten Stromkennzeichnung einen deutlichen Wettbewerbsschub. Gerade die Herkunft des Stroms und die Erzeugungsart sind für die Verbraucher neben dem Preis und den Vertragskonditionen elementare Entscheidungskriterien bei der Wahl des Stromanbieters. Bisher sind für die Verbraucher die deutlichen Qualitätsunterschiede der einzelnen Anbieter nur schwer nachvollziehbar gewesen,“*

so Edda Müller. „Dies wird sich mit einer Kennzeichnungspflicht ändern. Im März hatte das Europaparlament beschlossen, im Rahmen der Novellierung der Stromrichtlinie eine Kennzeichnungspflicht für Strom einzuführen. Nachdem die Kommission in der Zwischenzeit eine deutlich abgespeckte Version dieser Kennzeichnungspflicht vorgeschlagen hat, droht das Vorhaben zu scheitern. Die Stromversorger in Deutschland verschweigen den Verbrauchern, wie und wo der angebotene Strom produziert wurde. Diverse Tarifsysteme und unterschiedliche Informationen machen es den Verbrauchern fast unmöglich, Stromangebote zu vergleichen und einen umweltfreundlichen Anbieter zu wählen.

Wiederholt hatten der vzbv und Umweltverbände in der Vergangenheit die Stromversorger aufgefordert, für die Kaufentscheidung wesentliche Informationen in übersichtlicher und verständlicher Form auf den Stromrechnungen, in der Werbung und im Internet zur Verfügung zu stellen (ECO-News 09.07.2002).

Weitere Informationen erhalten Sie von der Verbraucherzentrale Bundesverband - vzbv :

Otmar Lell - Referent für verbraucherpolitische Grundsatzfragen vzbv, <mailto:bauen-energie-umwelt@vzbv.de>

### ***Energiekommission des Bundestags: Solare Energiewende bis 2050 möglich***

Die Energie-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat ihren Endbericht vorgelegt. Die wichtigsten Ergebnisse: Das gegenwärtige Energiesystem ist nicht nachhaltig. Eine nachhaltig-zukunftsfähige Energieversorgung ist aber technisch möglich und wirtschaftlich vorteilhaft. Eine nachhaltige Energieversorgung ist eine Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Bis 2050 können die Treibhausgase um 80 Prozent reduziert werden. Etappenziele bis dahin sind, bis 2020 die Emissionen um 40 Prozent und bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren. Bis 2020 kann die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien um den Faktor vier erhöht werden - der Einsatz der Erneuerbaren Primärenergien um den Faktor 3,5. Aber nur, wenn eine Strategie der Energieeffizienz verfolgt wird – ohne sozialdemokratische Kohleromantik und christdemokratische Atomnostalgie [A.d.R.].

Der Endenergieverbrauch neu sanierter Altbauwohnungen kann bis 2020 auf 50 Kilowattstunden pro Quadratmeter reduziert werden. Pkws brauchen 2020 im Schnitt noch zwischen 3,5 und 4 Liter Benzin auf 100 Kilometer (statt 9 Liter heute). Der Benzinverbrauch kann bis 2050 auf unter 2 Liter pro 100 Kilometer gesenkt werden. Die Realisierung dieser Energieziele sichert und schafft Arbeitsplätze und Wettbewerbsvorteile für deutsche Firmen auf dem Weltmarkt. Radioaktiver Abfall darf nur noch für eine Übergangszeit produziert werden. Die Energie-Kommission schlägt eine Exportoffensive für regenerative Energien- und Effizienztechnologien in Entwicklungs- und Schwellenländer vor. Die Kommission stellt fest:

*„Eine irreversible Beschädigung der Naturgrundlagen muss verhindert werden, weil intakte Naturgrundlagen Voraussetzung sind für wirtschaftliche und soziale Entwicklung.“*

Ziel einer auf Nachhaltigkeit angelegten Energie- und Verkehrspolitik ist die Stabilisierung des Weltklimas, schreibt die Kommission. Nur dann werde den mehr als 80 Prozent der Weltbevölkerung in den Entwicklungsländern, eine nachhaltige Entwicklungsperspektive ermöglicht." Die für die Versauerung von Böden und Gewässern verantwortlichen Schadstoffe Schwefeldioxid, Stickoxide und Ammoniak müssen weltweit,

flächendeckend um 99 Prozent verringert werden, meint die Bundestagskommission. Ebenso ehrgeizig ist das Ziel, die Flächenverbräuche in Deutschland bis 2050 auf Null zu reduzieren. Das bedeutet: zusätzliche Flächeninanspruchnahme wird nur möglich durch Ausgleichsmaßnahmen. Die Energie-Kommission hat drei mögliche Energieszenarien bis zum Jahr 2050 erstellt:

Im ersten Szenario wird vor allem auf Energieeffizienz gesetzt. Die Nutzung der Kernenergie wird gestoppt. Fossile Energieträger, hauptsächlich Kohle, werden auf niedrigerem Niveau weiter genutzt. Im zweiten Energie-Szenario wird bis 2030 aus der Kernenergie ausgestiegen und bis 2050 auch weitgehend aus den fossilen Energien. Solare Vollversorgung ist bis 2050 möglich, mindestens jedoch 50 Prozent mit Erneuerbaren Energien. Ein drittes Szenario betrachtet, ob ein kurzfristiger Atomausstieg unter dem Eindruck des 11. September 2001 möglich ist. Die SPD/Grünen-Mehrheit in der Kommission setzt auf die Fortführung der Energiewende während die CDU/CSU-FDP-Minderheit weiterhin auf die Atomenergie setzt und bis zu 70 neue AKWs bauen will. Über die Energiewende sind die Bundestagsfraktionen völlig zerstritten. Sie könnten daraus das Wahlkampfthema Nummer eins machen. Aber das trauen sich weder Stoiber noch Schröder. Denn dabei könnte ihre Abhängigkeit von der Kohlelobby (Schröder und seine SPD) ebenso deutlich werden wie die Abhängigkeit Stoibers und seiner CDU/CSU von der Atomlobby. Die Grünen wären dabei die lachenden Dritten. Sie wollen die solare Energiewende, die im Volk sehr populär ist, zum Wahlkampfthema machen. Dabei sind sie gut beraten. Die Bundestags-Kommission hält die Energiewende für grundsätzlich finanzierbar. Die Energiekosten bleiben insgesamt ähnlich hoch wie heute. Die Sonnenenergievereinigung „Eurosolar“ begrüßt den Bericht der Mehrheit der Energie-Enquete-Kommission. Die mögliche Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien bis 2050 deckten sich mit den Zielen und Berechnungen von Eurosolar (Szenario 2) (ECO-News vom 8.07.2002).

Mehr über die Mitglieder der Energie-Enquete-Kommission erfahren Sie unter:

[http://www.bundestag.de/gremien/ener/ener\\_mgl.html](http://www.bundestag.de/gremien/ener/ener_mgl.html)

### ***Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der Luft- und Seeschifffahrt: EU soll vorangehen***

Die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ des Deutschen Bundestages unter Leitung von Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker hat Mitte Juni ihren umfassenden Abschlussbericht (Drucksache 14/9200) vorgelegt. Er beinhaltet als Mehrheitsvotum der beiden Koalitionsfraktionen auch detaillierte Handlungsempfehlungen zum internationalen Luft- und Seeverkehr. Die CDU/CSU hat zu diesem Punkt ein Minderheitenvotum verfasst, gemäss dem sie im Mehrheitsvotum lediglich die Einführung neuer Abgaben im Sinne eines Nutzungsentgelts nicht mitträgt.

Die ungekürzten Texte:

„Für den internationalen Luftverkehr und die internationale Seeschifffahrt sollten von der internationalen Staatengemeinschaft (Vertragsstaaten) Höchstgrenzen für die Treibhausgasemissionen verabschiedet werden, die den Anstieg der Treibhausgasemissionen auf 50 Prozent des erwarteten Anstiegs bis zum Ende der ersten Verpflichtungsperiode von 2008-2012 begrenzen. Die Enquete-Kommission empfiehlt die Einführung einer emissionsorientierten Flugverkehrsabgabe, die zumindest EU-weit erhoben wird. Alternativ könnte auch die Einführung eines offenen Emissionshandelsprogramms beschlossen werden, das mit den Regelungen im Kyoto-Protokoll übereinstimmt. Dabei sollte untersucht werden, wie die Klimawirksamkeit der anderen Emissionen des Flugverkehrs (neben CO<sub>2</sub>) berücksichtigt werden kann. Des Weiteren wird der Vorschlag des WBGU zur Einführung von Entgelten für die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter unterstützt. Weitere Untersuchungen über die genaue Ausgestaltung der Nutzungsentgelte unter Einbezug eines Zeitplans zu ihrer Einführung sollen durchgeführt werden. Die Bundesregierung sollte im Sinne einer erhöhten Verbrauchereinformation vorschreiben, dass - analog zur Praxis bei der Zigarettenverpackung - die Klimawirksamkeit des jeweiligen Fluges auf jedem Flugticket ausgewiesen wird.“

Weiterhin sollte die Bundesregierung Beschlüsse im oben genannten Sinne fassen und diese auch auf der EU-Ebene umsetzen. Innerhalb der Europäischen Union sollte ein Prozess gestartet werden, um einen Konsens hinsichtlich der einzuführenden Instrumente zu erzielen. Falls Abgaben erhoben werden, sollten die Einnahmen aus einer solchen Abgabe zweckgebunden eingesetzt werden, zum Schutz des jeweiligen Gutes (Klima, Meere) bzw. für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in den wirtschaftlich damit überfor-

derten Entwicklungsländern. Die in den internationalen Umweltkonventionen vorgesehenen Umweltfonds, wie z.B. der im Kioto-Protokoll eingerichtete Anpassungsfonds, sind zu nutzen. Bei den Verhandlungen um die zweite Verpflichtungsperiode des Kioto-Protokolls soll von der Bundesregierung darauf gedrungen werden, dass auch diejenigen klimawirksamen Emissionen des Flugverkehrs (wie etwa Kondensstreifen) berücksichtigt und einbezogen werden, die nicht zu den sechs sogenannten „Kioto-Gasen“ zählen.

Im Rahmen der UN-Sonderorganisation für zivile Luftfahrt (ICAO) sollten Standards für die NOx-Vermindertechniken weiter verschärft werden. Die Bundesregierung sollten dem Bundestag regelmäßig über ihre Arbeiten in der ICAO berichten und darauf drängen, dass die ICAO sich der Zivilgesellschaft und den Umweltschutznotwendigkeiten stärker öffnet. Auf den Einsatz von neuen zivilen Überschallflugzeugen sollte verzichtet werden, da ihre Klimaschädlichkeit um ein mehrfaches größer ist als die der Unterschallflugzeuge."

#### **CDU/CSU-Minderheitenvotum**

„Die Mehrheit der Kommission fordert die Einbeziehung des internationalen Flugverkehrs in die weiteren Verhandlungen zur Fortentwicklung der Klimarahmenkonvention. Dem ist zuzustimmen, weil kein sachlicher Grund für die Ausklammerung dieses - von der Höhe der Emissionen her bedeutsamen - Sektors zu erkennen ist. In der ICAO sind nach dem bisherigen Verlauf der Beratungen keine Fortschritte zugunsten der Akzeptanz eines Reduktionskonzepts zu erwarten. Darüber hinaus indes unterstützt die Mehrheit der Kommission in diesem Zusammenhang das Konzept der Einführung neuer Abgaben im Sinne eines Entgelts für die Nutzung von Gemeinschaftsgütern. Diesem Vorschlag kann nicht zugestimmt werden. Er steht nicht im Einklang mit den international vereinbarten Grundlagen der UNFCCC, die solche Abgaben gerade nicht vorsieht. Die Idee der Einführung solch global ausgerichteter Steuern ist in keiner Weise ausgereift und ihre Vereinbarkeit mit einer freiheitlich fundierten internationalen Wirtschaftsordnung nicht erwiesen. Im übrigen wird sich ein solches Konzept neuer Abgaben international nicht durchsetzen lassen. Aus diesen Gründen kann dieser Teil der Empfehlungen 7.15 nicht mitgetragen werden.“ (KlimaKompakt Nr. 19/Juli 2002)

Den Gesamttext des Abschlussberichts (PDF-Datei, 13,7MB) finden Sie unter

<http://dip.bundestag.de/btd/14/092/1409200.pdf>

#### ***Schröder gibt mit Nein zum Emissionshandel deutsche Vorreiterrolle im Klimaschutz auf***

Der Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz (bvek) fordert den Bundeskanzler dazu auf, der traditionellen deutschen Vorreiterrolle im Klimaschutz gerecht zu werden. Laut einer großen deutschen Tageszeitung hat Schröder vor BASF-Betriebsangehörigen zum Thema Emissionshandel verkündet, wir brauchen dieses Instrument nicht und warf der EU-Kommission vor, mit dem Richtlinienvorschlag zum EU-weiten Emissionshandel unedle Motive zu verfolgen.

„Bundeskanzler Schröders Ablehnung des Emissionshandels kommt allein einigen Großemittenten wie der BASF zugute, die immer noch den industriellen Zusammenbruch in Ostdeutschland als Klimaschutzmaßnahme verkaufen wollen“, so Dr. Axel Michaelowa, Vorsitzender des bvek und Leiter des Schwerpunkt „Internationale Klimapolitik“ am Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA). „Weite Teile der deutschen Industrie, insbesondere die Anbieter von Technologien zur Energieeffizienzsteigerung und Nutzung erneuerbarer Energien werden von einem weltweiten Handel mit Emissionsrechten profitieren. Schröder darf nicht die Zukunft der deutschen Wirtschaft zugunsten ihrer Vergangenheit opfern“. Der bvek ruft die Bundesregierung auf, sich in Brüssel so konstruktiv an der Diskussion über den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zum Emissionshandel zu beteiligen, wie es auf der Website des Kanzleramts zu lesen ist, wo sich Schröder für ein „partnerschaftliches Prinzip“ ausspricht. Dabei sollte sich die Bundesregierung vor allem für die Öffnung des europäischen Handelssystems für Emissionsrechte aus Projekten in Übersee einsetzen. Solche Projekte können der deutschen Exportwirtschaft erhebliche Impulse verleihen. (Presseerklärung Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz 10.7. 2002) Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der BASF-Vertrauensleuteversammlung, in der er sich zum Emissionshandel äußert:

<http://www.bundeskanzler.de/Reden-.7715.76930/Rede-von-Bundeskanzler-Gerhard-Schroederanlaess...htm?suche=&Thema=&startDate=05.07.2002&endDate=15.07.2002>

### ***Handeln für den Klimaschutz: Schleswig-Holstein beschließt Position zum Emissionshandel***

Seit Monaten wird ein wesentliches Element des Klimaschutzes EU-weit diskutiert: Der Handel mit Berechtigungen zur Emission von Kohlendioxid – der so genannte Emissionshandel. Ein Richtlinienvorschlag der EU-Kommission soll diesen Handel ab 2005 auf europäischer Ebene regeln. Das schleswig-holsteinische Kabinett hat heute (9. Juli) das vom Umweltministerium mit dem Energie- und dem Wirtschaftsministerium erarbeitete Positionspapier zum Vorschlag beschlossen. Damit legt die Landesregierung konkrete Positionen zum Emissionshandel fest. Sie gibt Impulse für die Debatte auf europäischer wie nationaler und schleswig-holsteinischer Ebene und sucht den Dialog mit Vertretern aus der Wissenschaft sowie der Wirtschafts- und Umweltverbände.

Die Landesregierung begrüßt den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zum Emissionshandel - allerdings sieht sie Verbesserungsbedarf. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, fordert sie, die Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene zu vereinheitlichen. Die Landesregierung hält es deshalb für unverzichtbar, Vorleistungen der deutschen Industrie im Klimaschutz zu berücksichtigen und zusätzliche Nettobelastungen im Gesamtpaket aus Emissionshandel und damit verbundenen Reformen zu vermeiden. Während der Kommissionsentwurf vorsieht, dass energieintensive Industriebereiche obligatorisch am Emissionshandel teilnehmen müssen, unterstützt die Landesregierung eine befristete Ausstiegsoption: Diese Option soll in der Pilotphase von 2005 bis 2007 den Industriebereichen eröffnet werden, die mit anderen Maßnahmen gleichwertig zum Klimaschutz beitragen. Ein Problem sieht die Landesregierung darin, dass die Atomenergie durch den Emissionshandel begünstigt wird. Um das zu verhindern, schlägt sie vor, dass auch für diesen Strom Emissionsberechtigungen vorgehalten werden müssen, die den Kohlendioxid-Emissionen aus dem durchschnittlichen europäischen Strommix entsprechen. Weitere Kritik am Entwurf der EU-Kommission gibt es bezüglich der Kraft-Wärme-Kopplung. Die vorgesehenen Regelungen benachteiligen diese Form der Energienutzung, da alle Anlagen auch für den Brennstoff, der für den Wärmemarkt eingesetzt wird, Emissionsberechtigungen vorhalten müssen. Das gilt für andere Anlagen zur ausschließlichen Wärmeerzeugung nicht. Die Landesregierung schlägt vor, den Anteil des Brennstoffs, der zur Wärmeerzeugung eingesetzt wird, von der Emissionspflicht auszunehmen oder dafür unentgeltlich Emissionsberechtigungen zuzuteilen. Die Landesregierung weist darauf hin, dass alle Emittenten der Treibhausgase dazu beitragen müssen, das Klimaschutzziel zu erreichen: Dazu sollen sie entweder in den Emissionshandel mit einbezogen werden oder alternative Instrumente mit vergleichbaren Ergebnissen für den Klimaschutz einsetzen. Um den Emissionshandel ökologisch effektiv zu gestalten, ist ein wirksames System aus Monitoring, Kontrolle und Sanktionen erforderlich, das mit einem möglichst geringen Verwaltungsaufwand betreut werden kann (Pressemitteilung der Landesregierung Schleswig-Holstein vom 9. Juli 2002).

Das Positionspapier des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein finden Sie unter <http://www.foes-ev.de/downloads/Positionspapier-Emissionshandel.pdf>

### ***Neuer 175-Kilometer-Abschnitt des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes eröffnet***

Die Deutsche Bahn eröffnet heute nach siebenjähriger Bauzeit die neue 175 Kilometer lange und sechs Milliarden Euro teure ICE-Trasse zwischen Köln und Frankfurt am Main. Dies bedeutet einen weiteren Schritt zur Vollendung eines der ehrgeizigsten Vorhaben innerhalb des transeuropäischen Verkehrsnetzes, des Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes zwischen den Metropolen Paris, Brüssel, Köln/Frankfurt, Amsterdam und London (PBKAL) mit einem Volumen von 24 Milliarden Euro. „Nachdem 1993 und 1997 die PBKAL-Abschnitte Paris-Lille-Fréthun und Paris-Brüssel vollendet wurden, gewinnt mit der Eröffnung der Strecke Köln-Frankfurt das Bahnreisen nun noch zusätzlich an Attraktivität“, so die Vizepräsidentin der Kommission Loyola de Palacio. „Die neue Trasse erlaubt eine Spitzengeschwindigkeit von 300 km/h und verkürzt die Fahrzeit zwischen den beiden deutschen Städten um eineinhalb Stunden. Dies dürfte die Wettbewerbsfähigkeit der Bahn auf den großen europäischen Ost-West- und Nord-Süd-Verbindungen erhöhen und die Intermodalität durch die Anbindung von Großflughäfen an das Hochgeschwindigkeitsnetz fördern.“

Das 1200 km umfassende Hochgeschwindigkeitsbahnnetz zwischen Paris, Brüssel, Köln/Frankfurt, Amsterdam und London (PBKAL-Projekt), eines der 1994 vom Europäischen Rat in Essen gebilligten 14 vorrangigen Projekte des transeuropäischen Verkehrsnetzes, ist für die Schaffung eines leistungsfähigen landgebundenen Verkehrsnetzes zwischen den Metropolen Mitteleuropas von herausragender Bedeutung. Mit der Eröffnung des 175-km-Teilstücks zwischen Köln und Frankfurt ist dieses Netz nun zu 56 % vollendet. Die



Bauarbeiten an den verbleibenden Abschnitten in Belgien (Brüssel - deutsche und niederländische Grenze), den Niederlanden (Amsterdam - belgische Grenze) und Großbritannien (Kanaltunnel - London) kommen gut voran, und das Projekt soll 2006/2007 abgeschlossen sein.

Nach der Fertigstellung des 24 Milliarden Euro umfassenden PBKAL-Projekts werden die Fahrzeiten zwischen den angebundenen Städten erheblich schrumpfen. So wird die Reisezeit zwischen Brüssel und Amsterdam um 75 Minuten und zwischen Brüssel und London um 2 Stunden 50 Minuten verkürzt, wovon ein Teil bereits verwirklicht wurde. Man verspricht sich hiervon neue Impulse für den Eisenbahnpersonenverkehr und seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Straße und dem Luftverkehr. Neben den Reisenden wird aber auch die gesamte Region - ein nicht unerheblicher Teil der Union - von dem Projekt profitieren, indem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden und in der EU insgesamt ein ökologisch ausgeglicheneres Verkehrssystem entsteht.

Die schrittweise Verwirklichung des PBKAL-Projekts wird darüber hinaus bestehende Strecken vom Personenverkehr entlasten und damit zu mehr Kapazität und Qualität im Güterverkehr führen. Das Gesamtprojekt steht damit mit wesentlichen Zielen des Weißbuches der Kommission über die europäische Verkehrspolitik bis 2010(1) voll im Einklang.

Seit Anfang der neunziger Jahre wurde das PBKAL-Projekt mit insgesamt 700 Millionen Euro aus dem EU-Verkehrshaushalt für transeuropäische Netze (TEN) gefördert. Im Vergleich zu den Gesamtkosten des Projekts zwar ein bescheidener Beitrag; bedenkt man jedoch, dass der TEN-Haushalt insgesamt einige hundert Millionen Euro pro Jahr umfasst, so wird daraus die Bedeutung ersichtlich, die die EU-Organe dem Vorhaben beimessen. Die Kommission sieht bereits erwartungsvoll der Fertigstellung des nächsten wichtigen Teilstücks entgegen, der Strecke Löwen-Lüttich im Osten der belgischen PBKAL-Sektion Ende 2002 (Pressemitteilung der Europäischen Union vom 26. Juli 2002).

### ***Allianz pro Schiene zur Verkehrspolitik der Regierung: „Rot-grün hat die Schiene gestärkt“***

Die Allianz pro Schiene zieht ein positives Fazit der rot-grünen Verkehrspolitik. „Die Bundesregierung hat etliche Weichen richtig gestellt und den Schienenverkehr in den vergangenen vier Jahren insgesamt gestärkt“, sagte Allianz pro Schiene-Vorsitzender Norbert Hansen am Freitag in Berlin. Als „wichtigsten Erfolg“ nannte Hansen den Gesetzesbeschluss, ab nächstem Jahr eine Lkw-Maut auf Autobahnen einzuführen. Damit würden „endlich erste Maßnahmen ergriffen, um Lkw-Transporte auf die Schiene zu verlagern“. Aber auch die Anhebung der Bundeszuschüsse für den Schienennahverkehr und die ökologische Steuerreform seien „Meilensteine einer modernen Verkehrspolitik, die Alternativen zum Auto aufzeigt“, so Hansen während eines Allianz pro Schiene-Kongresses vor rund 120 Teilnehmern in Anwesenheit des Bundesverkehrsministers. Unzureichend habe sich die Bundesregierung dagegen auf europäischer Ebene für den Bahnverkehr eingesetzt. Hansen: „An der Steuerbefreiung im Flugverkehr für Kerosin und grenzüberschreitende Flugtickets hat sich - trotz gegenteiliger Beteuerung - nichts geändert.“ Dies benachteilige die Bahn „im Preiswettbewerb erheblich“. Auch fehle „das versprochene umfassende Verkehrskonzept, zur Verlagerung möglichst hoher Anteile des Straßen- und Luftverkehrs auf Schiene und Wasserstraßen“. Unterm Strich habe rot-grün jedoch die meisten Versprechungen umgesetzt. Von zwölf von dem Schienenbündnis für die Bilanz geprüften Passagen der Koalitionsvereinbarung, „hat die Regierung ein halbes Dutzend der selbst gesteckten Ziele voll erreicht, zwei teilweise. Vier Vorhaben harren noch ihrer Realisierung“. Der Allianz pro Schiene gehören 18 Verbände - darunter der BUND, NABU, VCD und VDV - sowie 23 Einzelunternehmen - darunter die Deutsche Bahn AG und Connex - an. (Allianz pro Schiene; Pressemitteilung vom 26.07.2002) Die Homepage von Allianz-pro-Schiene finden Sie unter: <http://www.allianz-pro-schiene.de>

### ***Industrie lehnte verbindliche Standards für Auslandsinvestitionen ab***

Nach einem anderthalbjährigen Dialog zwischen Wirtschaft und Umweltverbänden sind Verhandlungen zur Festlegung von verbindlichen Umweltstandards für deutsche Auslandsinvestitionen gescheitert. Das Projekt galt als ein zentraler Punkt nachhaltiger Wirtschaftspolitik, das auf dem Weltgipfel in Johannesburg von Kanzler Schröder präsentiert werden sollte.

Auf Initiative des Bundesumweltministeriums entwickelten Umweltverbände und der Bundesverband Deut-

scher Industrie (BDI) Umweltstandards für deutsche Unternehmen, die planen im Ausland zu investieren. Der vorliegende Entwurf sollte der deutschen Wirtschaft eine Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz garantieren, besonders in Hinblick auf den Weltgipfel in Johannesburg Ende August. Doch es sollte anders kommen. Nachdem das Dokument von beiden Seiten einstimmig angenommen worden war, verweigerte der BDI in letzter Minute seine Unterschrift.

„Es ist ein Skandal, dass der BDI sich weigert, die Selbstverpflichtung zur Stärkung des deutschen Umweltschutzes zu unterzeichnen“, erklärte Jens Martens, Vorstandsmitglied von WEED (Verband für Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) gegenüber dem ND. Streitpunkte hätte es besonders bei der Frage der Durchführung gegeben, wie also die Einhaltung der Standards überprüft wird. Die Umweltverbände, so Martens, hätten für externe Gutachter plädiert, die den Prozess der Durchsetzung der Standards überwachen sollten. Außerdem sollten die Grundsätze für Unternehmen auf längere Sicht rechtlich verankert werden. „Wenn die Wirtschaft sich nicht freiwillig verpflichtet, Umweltschutzmaßnahmen durchzusetzen, müssen staatliche Regulierungen eingreifen“, argumentierte Martens weiter. Der BDI sieht sein Vertrauen zu den Umweltschutzverbänden gestört und weigert sich, die Bedingungen der Verbände zu akzeptieren. Die Vertreter des BDI erklärten, die Umweltschutzmaßnahmen seien auf freiwilliger Basis vereinbart worden.

#### **Auslandsinvestitionen – ein Risiko für die Umwelt?**

Diese Umwelteleitlinien sind Grundsätze, zu denen sich Firmen verpflichten sollen, wenn sie sich im Ausland ansiedeln. Auslandsinvestitionen sind für Entwicklungsländer ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Moderne Technologien, Arbeitsplätze und wissenschaftliches Know-how tragen zu einem erhöhten Wirtschaftswachstum bei. Die Umweltstandards in Entwicklungsländern sind aber oft sehr niedrig. Jens Martens meint, dass sich viele deutsche Unternehmen den Richtlinien gemäß verhielten. Trotzdem gebe es eine Reihe von Firmen und Konzernen, die die unzureichend rechtliche Lage in Entwicklungsländern ausnutzten, um gegen Umweltvorschriften zu verstoßen. Problematisch ist, dass die Regierungen von armen Ländern und ausländische Unternehmen oft gemeinsame Sache machen. Ein Beispiel ist der Shell-Skandal in Nigeria, der vor einigen Jahren durch die Medien ging. Für den Konzern war es billiger, sein Restöl in einen afrikanischen See zu kippen, anstatt es ordnungsgemäß zu entsorgen. Hinzu kam, dass die führenden Shell-Manager die korrupten nigerianischen Politiker bestachen. Leidtragende war wie so oft die Bevölkerung, die durch die kontaminierte Natur erhebliche gesundheitliche Schäden davontrug.

#### **Johannesburg –ein Wahlkampfthema?**

Um solche Vorfälle zu vermeiden, muss nach Meinung der Umweltverbände die Wirtschaft zur Verantwortung gezogen werden und sich auch im Ausland zu deutschen Umweltstandards verpflichten. Ohne Kontrolle und auf freiwilliger Basis könne eine nachhaltige Unternehmensstrategie nicht realisiert werden. Der BDI enttäuschte mit seiner Haltung nicht nur die Umweltverbände und das Umweltministerium, sondern vor allem den Bundesumweltminister Trittin und Kanzler Schröder. Das Vorzeigeprojekt für Johannesburg ist vorerst gescheitert. Nach den positiven Ergebnissen der Vorbereitungstreffen bei den UN in New York, erlitten die deutschen Vertreter, die in Johannesburg über den wirtschaftlich-umweltpolitischen Konsens referieren sollen, nun einen herben Rückschlag. Das Thema Johannesburg wird dem Kanzler im Wahlkampf nun weniger Erfolge beschern als geplant. Die Frage ist, inwieweit der BDI, der eher als CDU- nahe gilt, durch seine Weigerung selbst versuchte, Wahlkampf zu betreiben? Jens Martens von WEED sieht nach diesem Verhalten der Wirtschaft dem Gipfel im August skeptisch entgegen: „Johannesburg wird die vielfältigen Probleme nicht lösen können.“ Die Hoffnungen, der Gipfel könnte einen Konsens zwischen Wirtschaft, Umwelt und Politik erreichen, nähmen stetig ab (Neues Deutschland, 25.07.2002).

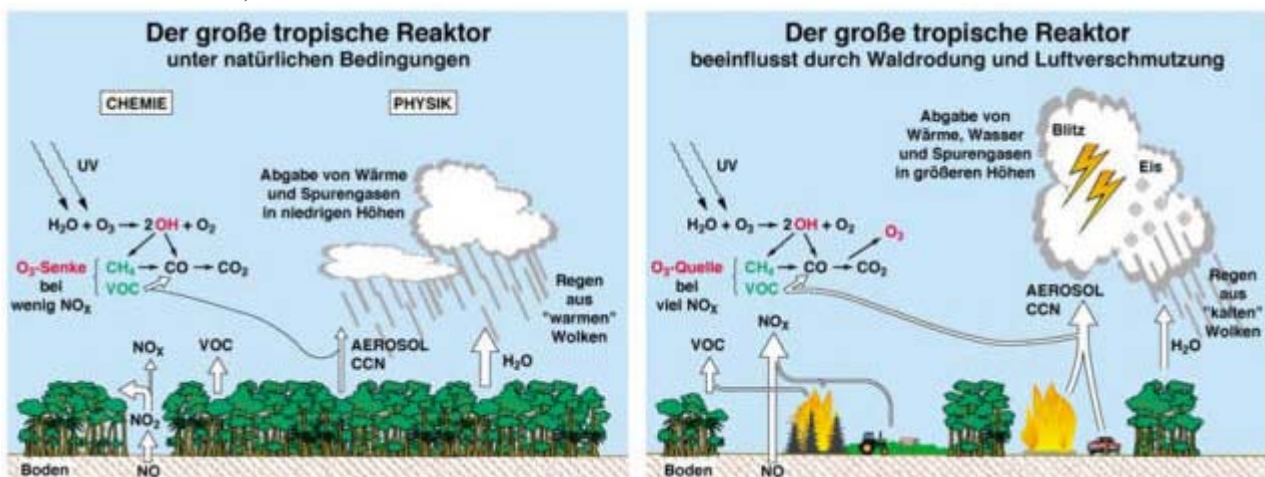
#### ***Rauch beeinflusst Regenfall***

Noch stehen uns die Fernsehbilder von den verheerenden Feuern in den US-Bundesstaaten Colorado und Arizona vor Augen, wo große Flächen Waldes vernichtet wurden. Oder denken wir an die wochenlangen Brände, die vor einem halben Jahr in Australien wüteten. Solche weiträumigen Feuer sind mit einer starken Rauchentwicklung verbunden, die nicht nur die unmittelbare Umgebung beeinträchtigt: so konnten z.B. vor ein paar Jahren ziemlich kompakte Rauchfahnen über Deutschland eindeutig Waldbränden im nordwestlichen Kanada zugeordnet werden.

Schon seit Längerem beschäftigt Wissenschaftler die Frage, wie sich großflächige Waldbrände auf das Wettergeschehen und das Klima auswirken. Dabei ist in jüngster Zeit immer stärker die Rolle von Aerosolen in den Vordergrund getreten. Aerosole, das sind mikroskopisch kleine, feste oder flüssige Teilchen in der Luft, wie Staub, Sand, Ruß, aber auch Pollen, Sporen u.ä. Sie können Sonnenlicht absorbieren und streuen, und dadurch zu einer lokalen und regionalen Abkühlung der Erdoberfläche beitragen.

Bei einer Tagung der Amerikanischen Geophysikalischen Union in Washington warnten jetzt Wissenschaftler, dass die Rauchfahnen von Vegetationsbränden auch auf den globalen Wasserkreislauf erheblich einwirken können. „Rauchteilchen können indirekt Wetter und Klima beeinflussen, weil sie die Eigenschaften von Wolken verändern“, so Prof. Meinrat Andreae, Direktor der Abteilung Biogeochemie am Mainzer Max-Planck-Institut für Chemie, bei dieser Gelegenheit. „Unsere Messungen im Amazonasgebiet in den vergangenen vier Jahren zeigen, dass durch Brandrodung extrem hohe Mengen an Aerosolen freigesetzt werden“. Diese dienen als Kondensationskeime für Wolkentröpfchen ("Cloud Condensation Nuclei", CCN). Je größer die Zahl der „Keime“ in einer Wolke, desto zahlreicher die Tröpfchen, die sich bilden können. Es entstehen aber viele kleine Wolkentröpfchen, die zu leicht sind, um auszuregen. Die Wolken können sich dann ohne Regen auflösen oder sie steigen in große Höhen auf, wo das Wasser gefriert. Der aus diesen „kalten Wolken“ fallende Regen entsteht nach anderen Mechanismen als der Regen, der ohne Luftverschmutzung aus dann „warmen Wolken“ in niedrigerer Höhe fällt (vgl. Abb.). Die Störung des natürlichen Gehalts an Kondensationskeimen durch den Rauch aus Vegetationsfeuern hat weitreichende Folgen. Nicht nur dass Rauch - wie wir aus Satellitenaufnahmen wissen - sehr weit transportiert werden kann, er entsteht auch häufig in den tropischen Gebieten, also dort, wo der Motor der Atmosphäre sitzt, der Wetter und Klima unserer Erde antreibt. Es steht zu befürchten, dass der Mensch dabei ist, diesen natürlichen Regulationsmechanismus zu stören.

In diesem Sinne vermutet Andreae einen Zusammenhang zwischen lokalen Veränderungen bei der Regenbildung in den Tropen und größeren klimatischen Veränderungen weltweit. „Möglicherweise“, meint er, „verändert sich schon das globale Niederschlagsverhalten als Folge der verstärkten Brandrodungen. In den tropischen Gebieten, wo die meisten Feuer brennen und somit der Aerosoleintrag durch Rauch am größten ist, hat im letzten Jahrhundert die Regenmenge um etwa 0,3% pro Dekade abgenommen. Gleichzeitig ist die Niederschlagsmenge in der nördlichen Hemisphäre, so in Europa und den USA, um ca. 0,5% pro Dekade angestiegen. Es ist außerdem zu befürchten, dass die durch Brandrodung veränderte Wolkenphysik in den Tropen auch für mehr Stürme in Europa sorgen wird.“ (Pressemitteilung des Max-Planck-Instituts für Chemie vom 05.07.2002).



Schematische Darstellung der Wechselwirkung zwischen Biosphäre und Atmosphäre über den Tropen unter natürlichen Bedingungen (links) und als Folge von Waldrodung und Luftverschmutzung (rechts).

**Beitrag der Deutschen Automobilindustrie zum Klimaschutzprogramm der Bundesregierung**

„Die in Deutschland erreichte Trendwende beim Kraftstoffverbrauch und den CO<sub>2</sub>-Emissionen ist vorbildlich. Gemeinsam arbeiten wir daran, dies auf Dauer zu verstetigen“, sagte Bundesminister Kurt Bodewig am

Mittwoch in Bonn. Anlass war die Vorstellung einer gemeinsamen Erklärung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit dem Verband der Deutschen Automobilindustrie (VDA) zum Klimaschutzprogramm der Bundesregierung. Die Bundesregierung habe sich mit dem im Oktober 2000 vorgelegten Klimaschutzprogramm sehr ehrgeizige Ziele für die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen gesetzt, erläuterte der Minister. Besonders wichtig für die Erreichung dieses Ziels sei gerade auch der Verkehrssektor. Und angesichts der Verkehrszuwächse seien hier die Herausforderungen auch besonders groß. Um so wichtiger sei es, dass Politik und Automobilindustrie hier sehr eng zusammenarbeiteten und gemeinsam die Ziele des Klimaschutzprogramms verfolgten. Hierfür dankte Bodewig der deutschen Automobilindustrie für die Unterstützung.

„Durch ein Bündel von Maßnahmen ist es gelungen, in den letzten Jahren den Kraftstoffverbrauch erstmals zu senken“, betonte Bodewig. So sei der durchschnittliche Kraftstoffnormverbrauch seit 1990 um 19 Prozent zurückgegangen. Ziel sei es, bis 2005 eine Reduzierung um 25 Prozent zu erreichen. Von 2000 auf 2001 sei trotz Zunahme des Straßenverkehrs der Kraftstoffverbrauch insgesamt um zwei Prozent gesunken.

Besonders hob der Minister eine Gemeinschaftsaktion zum Spritsparen unter Schirmherrschaft des Bundesverkehrsministeriums, an der sich VDA und DVR intensiv beteiligen würden, hervor. Gemeinsam werde man hierzu auch eine Internetseite einrichten. Dort sollten hilfreiche Tipps zum Thema Spritsparen zugänglich gemacht werden. Denn ein ökonomischer Fahrstil habe das mit Abstand größte Potenzial zur Einsparung des Kraftstoffverbrauchs und damit zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emission im Straßenverkehr. In Untersuchungen der Fahrzeughersteller sei nachgewiesen worden, dass jeder Autofahrer bis zu 25 Prozent Kraftstoff einsparen könne, ohne seine Mobilitätswünsche oder seinen Fahrspaß einzuschränken.

Bodewig wies auch noch auf weitere Eckpunkte in der Verkehrspolitik der Bundesregierung hin. Die streckenabhängige Lkw-Maut, das Anti-Stau-Programm, Rekordinvestitionen in die Schieneninfrastruktur, die Revision des Regionalisierungsgesetzes und die Verkehrswirtschaftliche Energiestrategie seien Elemente einer nachhaltigen Verkehrspolitik zum Schutze der Umwelt.

„Die Bundesregierung bekräftigt die Notwendigkeit einer bedarfsgerechten Verkehrsinfrastruktur“, stellte der Minister heraus. Der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sei ein wichtiges Element der Klimaschutzpolitik im Verkehr. Deswegen werde die Bundesregierung das hohe Niveau der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur weiter steigern und mit einem Zukunftsprogramm Mobilität gezielt bestehende Engpässe beseitigen (Gemeinsame Pressekonferenz von Bundesminister Kurt Bodewig und dem Präsidenten des Verbandes der Deutschen Automobilindustrie (VDA) Prof. Dr. Bernd Gottschalk am 24. Juli 2002 in Bonn, 24. Juli 2002, Nr.: 280/02).

Der Bericht „Gemeinsame Erklärung von VDA und BMVBW zum Klimaschutzprogramm der Bundesregierung“ ist hier zum Download beigefügt:

<http://www.bmvbw.de/Anlage11733/Gemeinsame-Erklärung-von-VDA-und-BMVBW-zum-Klimaschutzprogramm-der-Bundesregierung.pdf>

### ***Fischler: „Agrarpolitik kann sich gegenüber Erwartungen der Gesellschaft nicht taub stellen“***

Anlässlich einer Diskussion der Kommissionsvorschläge zur Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik erklärte Agrarkommissar Franz Fischler am 23.07.2002 in Berlin, dass es Änderungen brauche, um die Glaubwürdigkeit der Agrarpolitik wiederherzustellen.

*„Wir brauchen einen Aufbruch - im Interesse der Bauern, Konsumenten und Steuerzahler. Wenn wir es ernst meinen mit einer Politik, die Klasse statt Masse fördert, die Anreize setzt, dass die Bauern nicht für die Interventionslager produzieren, ihre Erzeugung nicht nach der Höhe der Subventionen ausrichten, sondern danach, was die Konsumenten wollen, welche die Bauern vom bürokratischen Joch des Ausfüllens von Formularen befreit, die unsere Agrarförderungen gegenüber unserer Gesellschaft und der WTO besser rechtfertigt, dann müssen wir die Direktzahlungen von der Produktion abkoppeln und deren Zahlung an die Einhaltung von Umwelt-, Lebensmittelsicherheits- und Tierschutzstandards binden.“*

so Fischler.

Fischler betonte, dass die deutschen Landwirte es verdient hätten, ein angemessenes Einkommen zu erhalten



und für ihre Umweltleistungen und die Pflege der Kulturlandschaften angemessen genauso direkt bezahlt zu werden wie für Agrarprodukte.

*„Die öffentlichen Güter werden über den Markt nicht abgegolten, werden aber von unserer Gesellschaft nachgefragt. Deshalb müssen diese Leistungen den Bauern von der Agrarpolitik abgegolten werden.“*

Zur vorgeschlagenen Obergrenze für Direktzahlungen fragte Fischler:

*„Ist es sozial, dass 80 % der Gelder an 20 % der großen Betriebe gehen? Ist es betriebswirtschaftlich zu rechtfertigen, dass der Kostendegression im Fördersystem nicht Rechnung getragen wird, dass einige wenige Grossbetriebe jährlich EU-Subventionen erhalten, die jenseits der Millionengrenze liegen?“*

Fischler warnte vor manchen "Kassandrengesängen" aus Ostdeutschland bezüglich der angeblichen Effekte der Kappungsgrenzen für Großbetriebe.

*„Es wird gerne verschwiegen, dass wir auch einen Freibetrag von 3000 Euro für alle über zwei hinausgehenden Arbeitskräfte wollen, um arbeitsintensive Betriebe nicht zu benachteiligen. Im Gegensatz zu dem, was oft behauptet wird, liegt dann die Förderobergrenze für eine ehemalige LPG in Brandenburg mit 165 Mitarbeitern nicht bei 300.000 Euro, sondern bei 800.000 Euro, dazu kommen noch Mittel für die Umwelt- und Investitionsprogramme. Auch gehen die durch Modulation oder Kappung eingesparten Gelder der Landwirtschaft nicht verloren, sondern können über die ländliche Entwicklung an diejenigen Landwirte zurückfließen, die nach dem Prinzip „Leistung und Gegenleistung“ mehr für die Umwelt, Zertifizierung oder den Tierschutz tun.“*

sagte der Kommissar. Fischler erwartet auch, dass die verstärkte Förderung der Erzeugung und Vermarktung von Qualität die Preise und somit die Einkommen der deutschen Landwirte positiv beeinflussen werde, und dass mit der verstärkten ländlichen Entwicklungspolitik Deutschland und den Bundesländern mehr Flexibilität erhielten, wie sie die einbehaltenen Mittel verwenden wollten. Der Kommissar unterstrich, dass der Auftrag der Regierungschefs an die Kommission in Berlin nicht darin bestand, die Agrarausgaben zu kürzen.

*„Der Budgetrahmen gilt bis 2006. Über die Finanzierung der EU nach 2006 wird zu einem späteren Zeitpunkt zu sprechen sein, allerdings im Gesamtkontext, der alle Politiken umfassen wird. Die Finanzierungsdebatte jetzt schon zu beginnen hätte nur einen Effekt. Die Erweiterung auf unbestimmte Zeit zu verzögern.“*

so Fischler abschließend. Weitere Informationen zur Halbzeitbewertung der GAP finden Sie im Internet unter: [http://europa.eu.int/comm/agriculture/mtr/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/agriculture/mtr/index_de.htm) (Pressemitteilung der Europäischen Union vom 23.Juli 2002).

### ***EU will Landwirtschaft nachhaltiger gestalten***

Die EU-Kommission hat ihre Fortschritte hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft überprüft. Dabei wurde die bisherige Subventionspolitik stark kritisiert. Die öffentlichen Ausgaben für den Agrarsektor müssten künftig besser gerechtfertigt werden (News Nachhaltigkeitsrat 12-02, 18.07.2002).

Lesen Sie weiter über die Reformvorschläge der EU und die Reaktionen darauf unter [http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/18-07-02\\_05](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/18-07-02_05)

## **6. BUCHBESPRECHUNGEN IM UMFELD VON ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE: „DIE BLINDHEIT DER GESELLSCHAFT“**

### ***Hans-Jochen Luhmann: „Die Blindheit der Gesellschaft – Filter der Risikowahrnehmung“***

Erschienen 2001 im Gerling Akademie Verlag.

Unser Schatzmeister Andreas Sauter bewertet das Buch und liefert darüber hinaus eine kurze Inhaltsangabe

der wichtigsten Kapitel.

### **Kommentar**

BSE, Barings und Ozonloch: Musste es soweit kommen? Können wir die stereotype Botschaft auf Horrormeldungen folgender Bekenntnisse wie „Das haben wir nicht gewusst“ Politikern, Unternehmern und Wissenschaftlern wirklich glauben?

Contergan-Opfer, Dioxin-belastete Häusle-Bauer, ruinierte Traditionsunternehmen und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen: Hätte man vielleicht nicht schon vor dem publizierten Skandal reagieren können? Oder sogar müssen? Und welche Strukturen haben rechtzeitige Schritte unterbunden?

Diesen spannenden Fragen geht das Buch nach. Es bietet auf 200 Seiten eine Informationsdichte, die auch einem Leser, der sich mit einzelnen Themen bereits beschäftigt hat, neue Facetten für eine Gesamtsicht ermöglicht. Die Notwendigkeit verbesserter Wahrnehmungsfähigkeit gesellschaftlicher Fehlentwicklungen wird eindrucksvoll vor Augen geführt.

Das Buch ist aus meiner Sicht eine überfällige Zusammenschau über nicht funktionierende Gesellschafts-Mechanismen, aus denen wir Konsequenzen ziehen müssen. Es macht klar, dass in allen acht vorgestellten Themenkomplexen falsche Anreizstrukturen für die handelnden Akteure bestanden. Und dass Katastrophen erst im kollektiven Versagen von Recht, Politik, Medien und Wissenschaft möglich werden. Zudem wird deutlich, wie wichtig gesellschaftliche Kontrollmechanismen sind. Freiwillige Selbstverpflichtungen werden im Wettbewerb im Zweifelsfall zum Vorteil handelnder Personen eben doch hintergangen.

Viele Details der vorgestellten Katastrophen sind sicherlich auch gut Informierten nicht bekannt. Gerade der zeitliche Abstand zum Contergan-Skandal erlaubte die Sichtung von bislang unzugänglichen, da juristisch relevanten Akten. Es entsteht ein Fakten-Puzzle, das stellenweise wie ein Krimi zu lesen ist. Eine inhaltliche Kurz-Übersicht ist im Anhang aufgeführt.

Begrüßenswert ist der interdisziplinäre Ansatz des Buches. Und wichtig erscheint mir bei der Aufarbeitung von bereits Passiertem der Schwerpunkt auf Lernmöglichkeiten für die Zukunft.

In diesem Punkt könnte das Buch allerdings noch weiter gehen und konkretere Maßnahmenpakete aus den aufgerollten Fallbeispielen ableiten. Was Herr Luhmann der Wissenschaft vorwirft, nämlich die Sicherheitsorientierung bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, die z.B. die Entdeckung des Ozonlochs um Jahre verzögerte, könnte man genaugenommen auch bei seinem Buch anführen. Vielleicht enthält die zweite Auflage das Zusatzkapitel „Ausschaltung gefährlicher Risikofilter“?

Aus Sicht des FÖS fehlt bei der Würdigung der Blindheit gegenüber dem Klimaproblem die Berücksichtigung des Anreizsystems „Energiepreise“. Wenn die Preise nicht die volkswirtschaftliche Wahrheit sagen, ist es nicht weiter verwunderlich, wenn die Handelnden eine zukünftige Erwärmung der Erdatmosphäre „nicht sehen“ (wollen).

Fazit: Absolut lesenswert.

### **Autor**

Dr. rer. Pol. Hans-Jochen Luhmann ist stellvertretender Leiter der Abteilung Klimapolitik des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie.

### **Inhalt des Buches**

Anhand ausgewählter gesellschaftlicher Fehlentwicklungen aus den Bereichen Produktion, Finanzbranche und Ökologie wird in dem Buch retrospektiv beschrieben, wie solche Katastrophen wahrgenommen werden. Gleichzeitig wird der spannenden Frage nachgegangen, welche Strukturen eine frühzeitige Wahrnehmung oder Antizipation von Problemen verhindern, um Katastrophen rechtzeitig zu bekämpfen oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Im Einzelnen werden besprochen:

### **BSE**

Trotz einer Anzeigepflicht nach §9 Tierseuchengesetz (BSE wurde 1991 aufgenommen) wurde fast ein Jahrzehnt kein Fall von BSE in Deutschland bekannt. Da Tierärzte in dem Produktionsablauf eines Schlachtbetriebes eingebunden sind, bestanden Interessenkonflikte und wurde die Interpretationsfähigkeit des Anfangsverdachts ausgenutzt. Bei den wenigen Ausnahmen von gemeldeten Verdachtsmomenten reagierten Behörden falsch, beispielsweise als bei einer Beschwerde einer Tierärztin über nicht-gemeldete BSE-Fälle ledig-

lich der Vorgesetzte befragt wurde, der ja selbst für die beklagte Unterlassung verantwortlich war. Zu spät (nämlich nach Bekannt werden von verheimlichten BSE-Fällen) lernte man von der Schweiz, wie wichtig es ist, betroffenen Landwirten Vertraulichkeit zuzusichern, damit deren Existenz bei der Meldung eines Verdachts nicht auf dem Spiel steht.

### **Contergan**

dürfte in unserer mediengerechten Welt vor allem wegen der erschreckenden Bilder von missgebildeten Embryonen in Erinnerung geblieben sein. Thalidomid-haltige Medikamente führten zudem auch zu unheilbaren Nervenschädigungen. Schlimm an den Tausenden von Opfern ist, dass eine Antizipation der Schädigungen dem damaligen Wissenstand entsprochen hätte. Aber es wäre eben verkürzt, darin den einzigen Lapsus zu sehen. Vielmehr haben viele gesellschaftliche Akteure versagt:

- Die Behörden investierten in die Forschung für Armprothetik, statt den Ursachen nachzugehen.
- Fachzeitschriften verzögerten das Erscheinen kritischer Artikel und noch schlimmer: nannten den Herstellern vorab die Autoren.
- Der Berufsstand der Ärzte vertraute lange Zeit einfach dem Moralkodex und gab sich mit der Auskunft, dass Nebenwirkungen nicht bekannt seien zufrieden – unterstellend, dass ausreichende Untersuchungen vorab stattgefunden haben, was nicht der Fall war. In der Einführung einer Rezeptpflicht sahen die Ärzte eine Verschärfung – tatsächlich ist dies aber haftungsrechtlich entlastend für das Unternehmen.
- Nicht ein Wissenschaftler formulierte den Anfangsverdacht eines Zusammenhanges zwischen Medikament und Krankheit, sondern ein Laie.
- Die Politik hat keine Konsequenzen aus ähnlichen Katastrophen in Nachbarländern gezogen. Bemerkenswert ist auch, dass aus Angst, Atomtests könnten verantwortlich sein, kein politisches Interesse an einer Aufarbeitung bestand.
- Und die Rechtslage? Aus arzneimittelrechtlicher Sicht wäre es nicht möglich gewesen, das Medikament vom Markt zu nehmen.
- Nach wie vor „bewährte“ Praxis: Die Kosten des Strafverfahrens konnten steuerlich gewinnminimierend als betrieblicher Aufwand geltend gemacht werden.

### **PCB-haltige Holzschutzmittel**

Nicht „reines PCB“ als Fungizid-Beigabe in Holzschutzmitteln der 70er Jahre war gesundheitsschädigend, sondern das Problem lag in der Beigabe von „technischem PCB“, das u.a. Dioxin enthält. Leidtragende waren viele Häusle-Bauer, die nicht nur die gesundheitlichen Folgen zu tragen hatten, sondern oft genug auch als dann Berufsunfähig unter der Hypotheken-Last in den finanziellen Ruin getrieben wurden. Ins Auge sticht in diesem Fall die Rolle der Justiz. Im Ergebnis zahlten zwei Geschäftsführer TDM 100, während sich der Gesamtschaden auf ca. DM 400 Mrd. belief! Trotz 4000 Beschwerdebriefen, wurde den Geschäftsführern kein Vorsatz unterstellt. Die eigentliche Crux ist nun natürlich die: Stellen Sie sich vor, Sie sind Produzent und haben einen Verdacht: Bloß nicht nachforschen, sonst könnte man Ihnen juristisch ja doch noch Vorsatz vorwerfen...

Dass Staatsanwälte ökonomischen Zwängen unterworfen sind, leuchtet ein. Schwierig daran ist jedoch, dass Umweltprobleme per se komplex sind, und sich so immer ein renommierter Experte finden lässt, der eine Aussage stützt. So sollte auch hier zunächst das Verfahren ganz eingestellt werden...

### **Barings-Bank**

Anfang 1995 wurde die renommierte Traditionsbank, die auch die Königin zu ihrer Kundschaft zählen durfte, durch einen einzigen Händler in Singapur illiquide und daraufhin von der ING übernommen. Seine Geschäftsidee bestand im Prinzip darin, für Kunden an einer kleinen, durch einen Großkäufer im Pricing beeinflussbaren Börse Aktien zu kaufen und im Anschluss daran für die Bank Arbitrage-Geschäfte mit einem durch einen voluminösen Deal nicht so stark beeinflussbaren Handelsplatz zu tätigen. Dies schien allerdings im asiatischen Raum nach dem Erdbeben in Kobe nicht mehr wie erhofft zu funktionieren. In den Ruin führten zwei eklatante organisatorische Mängel: Es war für den Händler möglich, seine Verluste auf einem Konto zum Ausgleich irrtümlicher Buchungen zu verheimlichen. Und es fehlten Risiko-

Vorkehrungen: Der Händler konnte Positionen eingehen, die das gesamte Eigenkapital der Barings-Bank überstiegen (870 Mio. Pfund Verlust standen 400 Mio. Pfund EK gegenüber). Bezeichnend ist, dass die Bank erst intern recherchierte, als Warnhinweise der SIMEX kamen. Das übertriebene Bonussystem (1994 noch 100 Mio. Pfund) trug einerseits dazu bei, die Führungskräfte, die ebenfalls davon profitierten, blind gegenüber diesen Risiken zu machen. Andererseits waren deswegen andere britische Banken nicht mehr bereit, eine konzertierte Rettungsaktion mitzutragen.

### UBS

Dieser Crash ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt, da er nach außen als Zusammenschluss mit dem Schweizer Bankenverein gedeckt wurde. Strukturell gab es folgende Auslöser:

- Pseudo-Objektivierung von Aspiranten für das Top-Management via Ergebnissen, obwohl an diesen Stellen Führungspersönlichkeit gefragt ist
- Dem designierten Nachfolger des Vorstandsvorsitzenden wurde neben dem lukrativen Handel auch das Risiko-Monitoring übertragen – Katastrophenpotential und Überwachung also in einer Hand.
- Angelsächsische Händler konnten ein Devisenhaus mit eigenem EDV-System aufbauen, so dass die Kontrolle seitens des Mutterhauses schon aus technischen Gründen nicht möglich war.

Anfang der 90er Jahre war der Derivatehandel extrem erfolgreich. Der Deal „Ertrag gegen Unabhängigkeit“ ging also zunächst gut. Doch als 1997 die Krise japanischer Banken kam und Wandelanleihen ins Bodenlose stürzten, ohne dass ein Ende des Dahinschmelzens des Eigenkapitals der UBS in Sicht war, griff der neue Vorstandsvorsitzende zum Rettungsanker Fusion. Im Nachhinein übertrieben, denn der Verlust sollte nicht größer werden als 300 Mio. CHF. Es sollte aber noch schlimmer kommen. Im Rahmen der Russlandkrise kollabierte der renommierte LTCM. Eigentlich hätten UBS-Händler gar nicht in diesen investieren dürfen, da die Hebelwirkung mit 250 deutlich über der eigenen Richtlinie von 20 war. Bilanz diesmal: 950 Mio. CHF Verlust. Problematisch ist es also, wenn der Aufsichtsrat den Vorstand an dem ausgewiesenen Bilanzgewinn misst, wenn sich in der Finanzbranche die Fristigkeiten von Gewinnen und Verlusten verschieben lassen und eingegangene Risikopositionen bei der Beurteilung keine Rolle spielen.

### Metallgesellschaft

Um rechtzeitig vor der Vertragverlängerung gut dazustehen, wollte der Vorstandsvorsitzende Anfang der 90er Jahre verstärkt in Öltermingeschäfte investieren. Er handelte also gemäß der Anreizstruktur, die ihm gesetzt wurde. Aber ihm war kein glückliches Ende beschieden. Die Verantwortung für das Controlling wurde auch in diesem Fall einem als schwach bekannten Finanzvorstand übertragen. Als ab September 1993 andere Marktteilnehmer gegen die Metallgesellschaft spekulierten, der zu diesem Zeitpunkt ein Drittel des Marktvolumens der NYMEX zuzuschreiben war, gab es keine Sicherheitsvorkehrungen. Weder ein Hedging via PUT-Optionen noch rechtzeitig abrufbare Mittel waren vorhanden, um eine Illequidität abzuwenden. Aus aktuellem Anlass eine Erwähnung wert: Eine Rolle bei dem Deal spielte auch das nach amerikanischen Bilanzierungsrecht noch nicht realisierte Gewinne dem Unternehmen gutgeschrieben werden können und die Wirtschaftsprüfer eine Übernahmen dieser Gewinne in die deutsche Bilanz erlaubten.

### Klima

Dass das Zeitalter fossiler Energieträger qua Definition begrenzt sein muss, ist schon lange klar. Für das Erkennen der unangenehmen Nebenwirkungen, die entstehen, wenn man den in Millionen von Jahren entstandenen Schatz innerhalb von wenigen Jahrzehnten wieder in die Luft pustet, hat man etwas länger gebraucht.

Erkenntnisbarrieren waren u.a.:

- Die Entwicklung wurde von Physikern unterschätzt, da diese gewöhnlich linear interpolieren und nicht von exponentiellem Wachstum ausgehen.
- Es gab Hoffnungen, dass die Ozeane CO<sub>2</sub> absorbieren würden
- Wissenschaftler hegten Zweifel an den Absorptionseigenschaften von CO<sub>2</sub> gegenüber langwelliger Strahlung
- Das Problem wurde zunächst nicht im Gesamtzusammenhang gesehen und damit zusätzliche Treibhausgase wie Methan nicht frühzeitig berücksichtigt.

Nach wie vor ist die Rolle der Medien, die eher auf Konflikte anspringen, als eine sachorientierte Berichter-



stattung verfolgen, ein Hindernisgrund für die Wahrnehmung des Ausmaßes der Folgen unserer Energiewirtschaft.

### **Ozonloch**

Hätten Sie es gewusst? Wären statt FCKWs Brom-haltige Treibgase für Spraydosen verwendet worden, wäre die lebensnotwendige Ozonschicht schon zerstört. Doch der Reihe nach: Es gibt drei Auslöser:

1. Direkte NO<sub>x</sub>-Einträge in die Stratosphäre des Flugverkehrs,
2. Lachgas-Emissionen aus Stickstoff-Düngung und Autokatalysatoren und
3. Chlorhaltige FCKW und bromhaltige Halone.

Faktoren 2 und 3 sind in der unteren Atmosphäre inert, reagieren aber oberhalb der Ozonhülle unter harter UV-Strahlung.

Auch wenn der Abbau der Ozonschicht seit dem FCKW-Verbot gestoppt ist: Interessant ist die Rolle der Wissenschaft. Zunächst verhinderte die fachliche Spezialisierung der Wissenschaftler ein frühzeitiges Erkennen einer möglichen Gefahr. Erst in den 70er Jahren brachte ein Forscher die schon bekannten Einzel-fakten (1. Gesamt FCKW-Gehalt in Atmosphäre, 2. Stratosphäre als mögliche Senke 3. Spaltung der FCKW in der Stratosphäre 4. Chlor-Atome wirken katalytisch). Doch bis Mitte der 80er Jahre stritt man noch ob die erwartende Abnahme der Ozonschicht eher bei 2% oder 4% anzusiedeln sei.

Anschließend war der Sicherheitsgedanke der entscheidende Hemmschuh. Ein Antarktisforscher veröffentlichte seine Messreihen jahrelang nicht. Er hatte Angst, sich im Falle der Nichtbestätigung seiner Zeitreihen als Panikmacher bei Forscherkollegen der Lächerlichkeit preiszugeben. Noch 1982 verbot er einem Doktoranden seine Messungen zu publizieren. Und die NASA, die über wesentlich umfangreichere Ergebnisse verfügt hätte, recherchierte Ausreißer in den Ozonwertmessungen nicht genügend, weil sie als unrealistisch angesehen wurden. 1984 betrug die Zerstörung der Ozonschicht dann schon bis zu 40%.

Die Orientierung der Wissenschaftler an „maximal gesicherten Erkenntnissen“ hätte uns in diesem Fall also fast unsere Lebensgrundlage gekostet!

## **7. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER**

Der FÖS ist eine eindrucksvoll agile Veranstaltung geworden (F.M. aus Köln).

The newsletter gives much information on one of the areas where the Ökosteuer Reform has started: climate change, also when it is not always related to Ökosteuer Reform itself. This is informative, but makes the newsletter much longer than necessary for many readers. At the same time, very little information is presented on the other component of revenue-neutral tax reform: how the revenue can be 'recycled' in the best way back into the society. Thank you and keep up the message! (P.M. aus Velp, Niederlande)

Ich begrüße es sehr, dass Ihr Verein sich für eine Ökologische Steuerreform einsetzt. Insbesondere möchte ich darum bitten, das Augenmerk auf die totale Steuerbefreiung für Schiffsdiesel und Flugbenzin zu richten: Das ist ökologischer Wahnsinn! Während bei uns jeder Obsthändler Mineralölsteuer entrichten muss für den Transport der Ware (etwa Äpfel vom Bodensee nach Frankfurt), ist der Transport via Flugzeug (z.B. von Neuseeland nach Frankfurt) völlig steuerfrei. Gerade hier muss endlich für Warenpreise gesorgt werden, die auch die ökologische Realität (sprich: die mit diesen Transporten verbundene Ressourcenverschwendung) abbilden! In diesem Sinne: Weiterhin viel Erfolg beim Engagement für eine Ökologische Steuerreform! (G.J. aus Tamm)

## **8. KURZMELDUNGEN**

### ***Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland***

Die Mitte der 90er Jahre veröffentlichte Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“ hat

einen Nachfolger. Der aktuelle Sammelband trägt den Titel „Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland“ und wurde von knapp 60 Experten aus Politik, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und Medien erarbeitet. Sie gehen in einzelnen Aufsätzen der Frage nach, was eine nachhaltige Entwicklung für die tägliche Praxis in Politik, Unternehmen und Kommunen sowie für das Verhalten der Verbraucher bedeutet. Daneben ziehen sie Bilanz über die Entwicklung Deutschlands seit 1992 und formulieren Visionen. Herausgeber der Neuerscheinung sind der Umweltverband BUND und die katholische Entwicklungsorganisation Misereor (Nachhaltigkeitsrat 4.07.2002).

**Weitere Informationen:**

Inhaltsverzeichnis, Vorwort und einzelne Beiträge des Sammelbandes unter [http://www.bund.net/lab/reddot2/wegweiser\\_1591.htm](http://www.bund.net/lab/reddot2/wegweiser_1591.htm)

***Der Sinnstifter Jürgen Trittin***

Umweltminister Jürgen Trittin hat ein verständliches Lehrbuch über die Globalisierung geschrieben – der grüne Politiker setzt auf Technik, nicht auf Konsumverzicht.

Jürgen Trittin: Welt Um Welt. Gerechtigkeit und Globalisierung. Aufbau-Verlag, Berlin 2002. 205 Seiten. 14,90 Euro. Den vollständigen Artikel, der am 29.07.2002 im Tagesspiegel erschienen ist, finden Sie unter: <http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/29.07.2002/146630.asp>

***Chancen und Risiken der Klimaänderung***

Die Publikation „Chancen und Risiken der Klimaänderung“ der Schweizer Rückversicherungs-Gesellschaft geht den Fragen nach, inwieweit uns die Klimaänderung betrifft und wie wir auf sie reagieren sollten.

Unter <http://www.swissre.com/> können sie die Publikation in deutsch und englisch downloaden.

***“How green is the Prodi Commission?” - The Green 8 Environmental Mid-Term Review***

Acht große Umweltorganisationen, darunter Greenpeace, WWF und Friends of the Earth, haben der EU-Kommission ein schlechtes Zeugnis für ihre Umweltpolitik ausgestellt. Die Untersuchung, der so genannten „Green 8“, finden sie unter:

<http://www.eeb.org/activities/General/g8midtermfinalreview%20-%2023-7-02.pdf>

***Weitere Niederlage der Pfandgegner***

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit einem jetzt veröffentlichten Beschluss dem Versuch der Pfandgegner eine Absage erteilt, das ab 1. Januar 2003 geplante Dosenpfand über die Bundesländer zu stoppen. Das Gericht stellte fest, dass die Mehrwegschutzregelung der Verpackungsverordnung keinen fiktiven Verwaltungsakt enthält und somit für Regelungen der obersten Landesbehörden kein Raum ist.

Der Staatssekretär im Bundesumweltministerium Rainer Baake begrüßte den Beschluss ausdrücklich.

*"Damit dürften die Klagen der Pfandgegner ins Leere laufen und ihre Niederlage vor den Verwaltungsgerichten der Länder bevorstehen. Der Beschluss bestätigt die Rechtsauffassung von Bund und Ländern, die die Klagen als unzulässig ansehen. Statt die Gerichte mit Klagen zu überhäufen, sollten Handel und Hersteller ihrer rechtlichen Pflicht nachkommen und sich auf das Dosenpfand vorbereiten",*

sagte er. Rund 40 große Brauereien, Handelsunternehmen und Dosenhersteller haben die Bundesländer mit dem Ziel verklagt, über sie eine Freistellung vom Dosenpfand zu erreichen. Mit dem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts ist die Klageabweisung für die Pfandgegner vor den Verwaltungsgerichten der Länder vorgezeichnet. Denn es ist zu erwarten, dass die Ländergerichte dem obersten deutschen Verwaltungsgericht folgen und die Klagen als unzulässig zurückweisen. Damit wurde zugleich eine Basis für eine einheitliche Rechtsanwendung in Deutschland geschaffen (BMU Pressedienst Nr. 170/02, 23. Juli 2002).

***Wissen Windenergie: Multimediale Einblicke und Ausblicke***

Der Bedarf an Informationen zur Windenergie nimmt ständig zu und die Nachfrage wird zunehmend international. Deshalb hat der Bundesverband WindEnergie (BWE) in Zusammenarbeit mit dem Welt-Windenergie-Verband (World Wind Energy Association) und unterstützt vom Bundesumweltministerium ei-

ne zweisprachige Info-CD (deutsch/englisch) entwickelt. Pünktlich zur Welt-Windenergie-Konferenz und Ausstellung, die vom 2. bis zum 6. Juli in Berlin stattfand, wurde die CD-ROM der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Info-CD richtet sich an Experten, Politiker, Lehrer, Pressevertreter und an die interessierte Allgemeinheit zugleich. Eine umfassende Darstellung der Windenergie bildet das Herz der CD: Von der Geschichte und Technik über die Planung, Netzeinbindung bis hin zu den Zukunftsthemen wie Offshore und Repowering werden alle wichtigen Aspekte der Windkraft fachkundig beleuchtet (Pressemitteilung BWE). Die Info-CD „Wissen Windenergie: Multimediale Einblicke und Ausblicke“ wird zu einem Preis von 15 Euro erhältlich sein.

Pressevertreter können ein Rezensionsexemplar der CD-ROM per E-Mail bestellen: [presse@windenergie.de](mailto:presse@windenergie.de)

Bei Rückfragen zur CD wenden Sie sich bitte an: Thorsten Paulsen, Bundesverband WindEnergie e.V., Tel.: 0541-35060-16

### ***2005 wichtige Wegmarke für Klimaschutz***

Der Erfolg der internationalen Klimapolitik könnte wesentlich vom Erfolg der deutschen Klimapolitik der nächsten Jahre abhängen. In einer aktuellen Studie haben Wissenschaftler des Wuppertal Instituts und von Germanwatch eine Zehn-Jahres-Bilanz internationaler und deutscher Klimapolitik gezogen. Deutschland müsse jetzt alles daran setzen, das gefährdete Reduktionsziel für das Jahr 2005 zu erreichen (News Nachhaltigkeitsrat 12-02, 18.07.2002).

Erfahren Sie weiteres über die Studie unter [http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/18-07-02\\_02](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/18-07-02_02)

### ***Westerwelle mit 30 Liter Spritschleuder unterwegs***

Nun wissen wir auch, warum Guido Westerwelle gegen die Ökosteuer ist. Sein Guidomobil hat einen Verbrauch von 30 Liter auf 100 km. Mit seiner geplanten 8000 km Tour durch Deutschland beschert der FDP-Chef dem Staat 295 € allein an Ökosteuer. Bis zum 24. August wird Westerwelle mit seinem Mobil beinahe sechs Tonnen Kohlendioxid in die deutsche Luft und in die Welt geblasen haben (Pressemitteilung Thomas Stolle, 26.07.2002).

## **9. SERVICE: JOBS**

### ***CEPE seeks for Ph.D. student with an economics or an engineering education***

The Center for Energy Policy and Economics in Zurich looks for a renewable energy analyst. He/she is expected to analyse energy wood production chains in Europe from a socio-economic perspective and to develop new methods for the demand- and supply-side modelling of energy wood markets and the diffusion of innovations in these markets. He/she should have a solid education in economics (preferred) or in engineering and some practical experience in mathematical and/or applied econometric modelling.

Application should be sent no later than 31 August 2002 to Dr. Reinhard Madlener (Tel.: +41 1 632 06 52; e-mail: <mailto:madlener@cepe.mavt.ethz.ch>), ETH Zentrum, WEC C.25, CH-8092 Zurich, Switzerland.

### ***CEPE seeks for a Ph.D. student with an engineering, economic or mathematical education***

as an energy analyst. You are expected to develop a new method of simulating the energy demand of industrial branches and to integrate existing energy demand models at CEPE into an energy model system, including a link to a macro-economic model. We expect from you a solid education in either engineering or micro-economics and experience in mathematical modelling. We offer you the inspiring environment of an interdisciplinary team devoted to applied energy research with political relevance, as well as courses and seminars in energy economics. You will also have the opportunity, while working on your dissertation for three years, to contribute to ongoing research projects on energy demand projections and related policies; we will reimburse your research efforts and contributions at a high level. You can start working in June or July 2002.

Please, send your full application to Dr. Gürkan Kumbaroglu (Tel.: +41 1 632 03 98; <mailto:mailto:kumbaroglu@cepe.mavt.ethz.ch>), ETH Zentrum, WEC C, CH-8092 Zürich,

### ***Mehrere Stellenausschreibungen des UFZ- Umweltforschungszentrums***

Das UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH mit Standorten in Leipzig, Halle und Magdeburg ist Mitglied der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V. (HGF) und bietet zahlreiche Stellen in verschiedenen Bereichen an:

- Naturnahe Landsch.u.ländl.Räume/ Ökonomie, Soziologie, Recht
- Projektbereich Fluss- und Seenlandschaften
- Sektion Ökonomie, Soziologie und Recht
- Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg/UFZ Leipzig-Halle
- Inst. f. Geographie d. Universität Leipzig/UFZ Leipzig-Halle

Nähere Informationen finden Sie unter: <http://pik.alok.ufz.de:8888/jobs/>

## **10. SERVICE: LINKS**

### ***Ökosteuer - Umweltschutz und Arbeitsplätze ohne Mehrkosten***

Dieses Papier stellt die Argumentationslinie von Greenpeace zur Ökosteuer dar. Es enthält Positionen und Forderungen sowie die „wichtigsten Fakten“ und „10 Behauptungen und 10 Antworten“ zum Thema.

[http://www.online-relations-consulting.de/studentool/pdf/Greenpeace\\_oekosteuer.pdf](http://www.online-relations-consulting.de/studentool/pdf/Greenpeace_oekosteuer.pdf)

### ***Wuppertal Bulletin***

Das neue Wuppertal-Bulletin ist erschienen. Es berichtet u.a. über die „Wahlprogramme in Deutschland – Ende der ÖSR oder nur ein Wechsel der Verpackung?“. Sie können es sich herunterladen unter:

<http://www.wupperinst.org/wuppertal-bulletin/PDF/WB1-2002.pdf>

### ***Heft zur Ökologischen Finanzreform***

Mittlerweile ist die politische ökologie 77/78 mit dem Titel „Kassensturz – Strukturwandel durch Ökologische Finanzreform“, die mit Unterstützung des FÖS entstanden ist, erschienen. Darin finden sich u.a. Beiträge von Hans Eichel, Jürgen Trittin, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Anselm Görres (FÖS), Kai Schlegelmilch (FÖS) und Bettina Meyer (FÖS).

Hier das aktuelle Inhaltsverzeichnis: [http://www.foes-ev.de/downloads/poe77\\_inhalt.pdf](http://www.foes-ev.de/downloads/poe77_inhalt.pdf)

Sie können das Heft unter folgendem Link bestellen:

<http://www.oekom.de/verlag/german/periodika/poe/index.htm>

### ***Bulletin von Friends of the Earth Europe erschienen***

Friends of the Earth Europe (FoEE) präsentiert die Juli- Ausgabe seines Bulletins.

Dieses Bulletin bietet eine informelle Übersicht über Umweltfragen auf dem europäischen Sektor. Besonders diejenigen Themen werden behandelt, die von den Mitarbeitern des FoEE Büros bearbeitet werden. Das Bulletin mit Fotos finden Sie auf der Homepage der Friends of the Earth Europe:

<http://www.foeeurope.org/publications/Bulletin5.pdf>

### ***Beiträge zur Conference on Environmental Fiscal Reform in Berlin***

Die OECD hat in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 27. Juni 2002 eine internationale Konferenz zur Ökologischen Finanzreform veranstaltet. Sämtliche Beiträge zur OECD-Konferenz finden Sie unter:

<http://www.oecd.org/EN/document/0,,EN-document-0-nodirectorate-no-20-31320-0,00.html>



### ***Internationale Kontakte im Bereich Erneuerbare Energien***

Für alle die, die an internationalen Kontakten im Bereich Erneuerbare Energien interessiert sind, möchten wir auf den Start einer Kontaktbörse im Internet für Erneuerbare Energien hinweisen.

Unter <http://www.international.solar-contact.com/> für den Solarbereich in Kooperation mit <http://www.energy4tomorrow.com/> für die anderen Erneuerbaren Energien finden Sie die Möglichkeit, Anzeigen aufzugeben und Ihre Firma oder Organisation in eine Datenbank einzutragen, welche durch Auswahlmenüs und Suchfunktionen schnell durchsucht werden kann. Beide Angebote sind kostenlos.

### ***Nachhaltigkeitslexikon im Internet***

Auf derzeit 500 Seiten kann man sich im Internet über das Thema Nachhaltigkeit informieren. Unter der Förderung der Bundesstiftung Umwelt hat die Kathy Bes Stiftung aus Aachen das Lexikon zum Thema Nachhaltigkeit konzipiert und finanziert. Ziel des Projektes ist es Interessierten, wie zum Beispiel Studenten und Agenda 21 involvierten Menschen, ein schnelles Informations- und gleichzeitig Recherchemedium zu bieten. Das Lexikon liefert Informationen über die Geschichte der Nachhaltigkeit, deren unterschiedliche Definitionen, Ziele und Akteure. Man findet einführende Texte genauso wie Abrisse wichtiger internationaler Abkommen und Positionen von Parteien, NGO's, Wirtschaftsverbänden und Kirchen. Nähere Informationen unter: <http://www.nachhaltigkeit.info>

### ***Homepage von Josef Göppel***

Besuchen Sie die neue Homepage vom FÖS- Beiratsmitglied Josef Göppel unter: <http://www.goepfel.de/> Josef Göppel ist Bundestagskandidat der CSU im Wahlkreis Ansbach-Weißenburg- Gunzenhausen. Auf seiner Homepage finden Sie Meinungsumfragen zu kontroversen Zeitthemen, Standpunkte zur Bundestagswahl, ein Diskussionsforum für Zukunftsideen, Strukturdaten aller 86 Wahlkreisgemeinden und sogar ein Gewinnspiel. Natürlich stellt sich Josef Göppel auch unter der Rubrik Biographie vor. Aktuelles Thema auf seiner Homepage ist: Für eine faire Wirtschaftsordnung.

## **11. SERVICE: VERANSTALTUNGEN**

### ***15.08.-18.08.2002, Hameln: SOLTEC- Größte Solarmesse Norddeutschlands***

Die norddeutsche Traditionsmesse SOLTEC spricht seit 1996 als spezielle Solarmesse vorwiegend Handwerker, Ingenieure, Architekten und Endverbraucher aus Niedersachsen, Hamburg und Bremen an. Sie hat sich insbesondere durch die enge Zusammenarbeit mit dem Institut für Solarenergieforschung Hameln/Emmerthal (ISFH) einen Namen als eine der interessantesten deutschen Solar-Kongreßmessen gemacht. Die Soltec ist auch Podium für Schulen: Klassenverbände, Arbeitsgruppen und Leistungskurse haben die Chance, ihre Projekte vorzustellen. Wer eine kostenlose Ausstellungsfläche haben möchte, kann sich an Herrn Heinzel von „Profair“ wenden (Tel. 05121-52486).

Am 17.08.2002 findet im Zusammenhang mit der SOLTEC die „Solar Didactica“ statt. Dabei handelt es sich um eine kostenlose Info-Veranstaltung für Lehrer und Schüler. Im Theorie-Teil wird gezeigt, wie Solartechnik Bestandteil des Unterrichts in den Naturwissenschaften werden kann. Im Praxis-Teil wird in Workshops gearbeitet. Schüler und Lehrer können Solar-Experimente unter Anleitung nachstellen.

Nähere Informationen finden Sie unter: <http://www.soltec-hameln.de/>

### ***25.08. – 28.08.2002, Wuppertal: Regional Governance - Engine for Sustainable Development?***

The summer academy "Regional Governance" is part of the IÖW-Project "Governance and Sustainability", which is integrated in the new programm "Social-ecological development" (SÖF) of the German Federal Ministry of Education und Research. The aim of this summer academy is to discuss "Governance" in the scope of its different spatial dimensions (mainly the regional level) and for social-ecological research concerning international prospects. Therefore, links between these different levels should be defined and could be useful for a possible strategy to promote Regional Governance. The overall priority is an outlining of

chances and limits of “Regional Governance” for a sustainable development. Apart from this, the different spatial levels and their links and new topics such as aims and contents, actors and communication, creation of networks, forms of organisation and instruments will be discussed. The thematic focus will be on accessing to new institutional and instrumental approaches in spatial planning and regional economic policy.

More informations: <http://www.ioew.de/governance/>

**17.08.-18.08.2002, Berlin: Tag der offenen Tür der Bundesregierung**

Zum 3. Mal sind nunmehr die Bürgerinnen und Bürger und die Gäste Berlins zum „Staatsbesuch“ eingeladen. Am 17. und 18. August 2002 bittet die Bundesregierung zum „Tag der offenen Tür“. Regieren ist Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger. Politik für sie transparent zu machen, ist Aufgabe guten Regierens. Sie sollen erfahren können: Nicht verwalten, sondern gestalten ist das Ziel der Politik. Eine gute Woche vor Beginn des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg wird dieses Thema auch den „Tag der offenen Tür“ der Bundesregierung mitbestimmen. Gespräche mit Regierungsvertretern, Modellprojekte, konkrete Politikentwürfe aus den Ressorts zeigen, dass nachhaltige Politik möglich ist. Auch wenn jedes Ministerium seinen eigenen Beitrag zum „Staatsbesuch“ präsentiert, gilt für alle Häuser das Wort von Bundeskanzler Gerhard Schröder: „Wir wollen zeigen, dass hier nicht geherrscht, sondern regiert wird.“ Die Bundesregierung lädt ein zum Tag der offenen Tür im Bundeskanzleramt, im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sowie in 14 Bundesministerien. Weitere Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen finden Sie im Programmteil. Bitte achten Sie auf aktuelle Veröffentlichungen:

<http://www.bundesregierung.de/>

**31.08.2002, Hannover: Bundesweiter Bauern- und Verbrauchertag**

Der bundesweite Bauern- und Verbrauchertag soll zum Thema „Ökologisierung der Landwirtschaft“ auf dem EXPO-Gelände stattfinden. Dort soll auch das Thema Pestizid- und Düngemittelabgabe diskutiert werden. Zu den Referenten gehören: Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Karl Ludwig Schweisfurth, Margot Käßmann, Uwe Bartels, Hans Mönninghoff, Renate Künast, Heinrich Wilhelm Ronsöhr, Heino Wiese, Steffi Lemke, Hans- Heinrich Sander und Kersten Naumann. Themen werden u.a. *Landwirtschaft und Kirche*, sowie die *Zukunft der Landwirtschaft* sein. Außerdem wird Nikolei Fuchs die Fragerunde mit Politikern moderieren. Anschließend findet eine Publikumsdiskussion zu den Antworten der Politiker statt.

Kontakt: Gerlinde Wiese, <mailto:Wiese.G@gmx.de>

10.00 – 11.00	Eröffnung der Vernissage mit Grußworten Sektempfang, Stehimbiss u. musikalischer Unter- termalung (Vorstellung des Aktionsbündnisses)  Landwirtschaft und Kirche  Zukunft der Landwirtschaft  Grußwort zum Thema „Zukunft der Landwirt- schaft“ Zeit für Bildbetrachtungen	<b>Dr. Felix Prinz zu Löwenstein</b> (ABÖ)  <b>Karl Ludwig Schweisfurth</b>  <b>Margot Käßmann</b> , (angefr.) Lan- desbischöfin  <b>Uwe Bartels</b> , (angefr.) Landwirt- schaftsminister Nds.  <b>Hans Mönninghoff</b> , Umweltdezer- nent Stadt Hannover
11.00 – 11.15	Preisverleihung des Wettbewerbsiegers „Kari- katur MeinungsBilder“ vor der Presse	<b>Renate Künast</b> , Bundesverbrau- cherschutzministerin
10.15 – 11.30	Rede Renate Künast	
11.30 – 13.30	Moderierte Fragerunde mit Politikern vor dem	Politiker:

	Hintergrund des Fragenkataloges; Eröffnung mit Renate Künast  Publikumsdiskussion zu den Antworten der Politiker	Renate Künast <b>Heinrich-Wilhelm Ronsöhr</b> (CDU) <b>Heino Wiese</b> (SPD) <b>Steffi Lemke</b> (B 90/Die Grünen) <b>Hans-Heinrich Sander</b> (FDP) <b>Kersten Naumann</b> (PDS) (angefr.) Moderator: <b>Nikolai Fuchs</b>
13.30	Musikalische Einlage	
13.40	Zusammenfassung und Schlusswort Zukunft des Ökolandbaus wie wir sie uns vorstellen	<b>Dr. Felix Prinz zu Löwenstein</b>
13.40 – 14.30	Ökologisches Mittagessen	
14.30 – 16.00	Führung über den Kronsberghof	

**12.09.2002, Berlin: Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft**

An der Tagung im Umweltbundesamt, die anlässlich der Ausrufung des Tages der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft stattfindet, nehmen unter anderem Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger, Oswald Metzger MdB, Dr. Andreas Troge und Hans-Joachim Ritter, Dr. Anselm Görres und Kai Schlegelmilch teil.

Weitere Informationen erhalten Sie bei der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., Tel. 07272/3648, eMail: <mailto:Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de>

**19.09.-20.09.2002, Trier: Die Finanzierung des Umweltschutzes**

Die Europäische Rechtsakademie Trier lädt zur Tagung: „Die Finanzierung des Umweltschutzes“ ein.

Die Finanzierung des Umweltschutzes ist sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene immer noch ein ganz heikles Thema. Insbesondere unterschiedliche Finanzierungsansätze werden kontrovers diskutiert. LIFE, Umweltsteuern, Umweltgebühren, Kohäsionsfond, EIB-Subventionen sind die wesentlichen Ansätze zur Finanzierung. Die Tagung soll diese Ansätze darstellen, untersuchen und diskutieren.

Weiter Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter: [http://www.era.int/www/de/c\\_3400.htm](http://www.era.int/www/de/c_3400.htm)

**30.09. - 1.10.2002, Berlin: Governance and Sustainability - Neue Herausforderungen für Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft**

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und die Friedrich-Ebert-Stiftung organisieren diese Tagung in Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Sie findet in der in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin statt.

Anmeldung und Informationen: <http://www.ioew.de/governance> oder Claudia Nikschat, IÖW-Öffentlichkeitsarbeit, Tel: 030/884 59 416, e-mail: <mailto:konferenz@ioew.de>

**08.10.2002, Copenhagen: European Experience, Development and Opportunities with Environmental Tax and Budget Reforms in DK and the EU**

The Conference is taking place in Fællessalen at Christiansborg in Copenhagen. Please contact <mailto:info@ecocouncil.dk> or

Tel.: 0045 33150977

Fax: 0045 33150971

**Preliminary PROGRAMME:**

08.45 Registration

09.00 Welcome and presentation of the programme – Christian Ege / Henning Schroll – The Danish Ecological Council

09.10 Principles and perspectives in Environmental Tax Reforms – Chairman of the Danish Economic Council Jørgen Birk Mortensen (Accepted)

09.40 Presentation of a possible Danish Environmental tax reform – proposed by the Danish Ecological

- Council – Christian Ege – Director of the Danish Ecological Council (Accepted)
- 10.10 Presentation of the EEB European Campaign for an Environmental Fiscal Reform – Former EU Environment Commissioner and former Finance Minister of Greece Yannis Paleocrassas or EEB Director John Hontelez (Invited)
- 10.40 **Coffee break** – With coffee and tea
- 11.00 "Environmental Fiscal Reform in OECD Countries -- How to overcome the Competitiveness Obstacle" – Nils-Axel Braathen, National Policies Division, OECD Environment Directorate (Accepted)
- 11.40 What is achieved about ETR / EBR in EU under the Danish Presidency and what more is to be expected. The fate of the Monti-proposal for an EU-Directive for minimum taxation on energy use, which should be adopted at the EU-Council meeting in Copenhagen dec. 2002, according to the decision in Barcelona March 2002 – A competent person from the Danish Ministry of Taxation. (Head of Department Hans Larsen is invited and will find the right speaker)
- 12.15 Lunch
- 13.15 "What's going on in Germany - Germany's Environmental Fiscal Reform - policies, impacts and prospects" – Kai Schlegelmilch – BMU, The German Ministry for Environment (Accepted)
- 13.50 "What's going on in UK – CO<sub>2</sub> taxation on industry – Climate Change Levy and Aggregates Levy - How it's done and the experiences" – e.g. Andrew Field – HM Treasury (Invited – and will find the best speaker)
- 14.25 What's going on in The Netherlands - Graduated energy-taxation, subsidies for buying best available technology and results. – e.g. Coen Peelen – VROM, – The Dutch Ministry of Environment, Directorate for Strategy and Policy Affairs (Accepted but still in doubt if he or another person is going to come)
- 15.00 **Coffee break** – with coffee, tea and cake
- 15.20 Status on the work with the report "Environmental friendly market economy" – Director of the Danish Environmental Protection Agency Steen Gade – or a high official from either the Ministry of Taxation or the Ministry of Finance. (Invited)
- 15.50 Closing panel discussion with members of the Danish Parliament from the Liberals (Kristian Jensen, MP for Venstre), the Conservatives (Helle Sjelle, MP for Det Konservative Folkeparti), Social Democratic Party (Svend Auken, MP for Socialdemokratiet) and the Socialist Party (Aage Frandsen, MP for Socialistisk Folkeparti) (All invited)  
Moderator: Christian Ege – The Danish Ecological Council (Accepted)
- 17.00 **Latest ending time**
- 1., 2. and 3. Session will be in English
4. Session will be in Danish
- There will be no simultaneous translation

### ***10.10.2002, Brüssel: Making prices work for the environment***

Jährliche Tagung des European Environmental Bureau zum Thema Environmental Fiscal Reform. Weitere Informationen: <mailto:sylvain.chevassus@eeb.org>.

Zum Programm:

9.00 Registration

9.15 Opening by **Ralph Hallo**, President of the EEB

**9.20 Key-note Speech** by **Ernst von Weizsäcker**, from the German Bundestag (*confirmed*)

[proposed] theme: "Making prices work for the environment": necessity and opportunities; the difficult road from ideas to practice, the need for political leadership, citizens mobilisation and acceptance by private interests"

10.00 Discussion with Mr. von Weizsäcker

10.20 Coffee

10.50 PANEL ON: ENVIRONMENTAL FISCAL REFORMS IN THE EUROPEAN UNION: WILL WE



SEE IT HAPPEN? *chair: Ralph Hallo*

- Commissioner Mrs **Margot Wallström** (*confirmed*), Minister of Finance of Belgium (Mr **Didier Reynders** *confirmed*), Environment Minister of the United Kingdom (Mr **Michael Meacher**, *confirmed*), Environment Minister of Denmark (Mr **Hans Christian Schmidt**, *confirmed*), Deputy Minister of Finance of Greece (Mr **Fotiades**, *invited*), former State Secretary of Finance of the Netherlands (Mr **Woulter Bos**, *invited*), Environment Minister of Spain (Mr **Jaume Matas**, *invited*), Mr **Ernst von Weizsäcker**, Mr **John Hontelez**, Secretary General EEB.

Short introductions on the following topics

- The role of environmental fiscal reform in the 6<sup>th</sup> Action Programme (Commissioner Wallström)
- The Presidency approach to succeed negotiation on the 1997 draft Energy Taxation directive (Mr Hans Christian Schmidt)
- The Spanish view on environmental fiscal reform/ energy taxation (Environment Minister of Spain)
- The EU Greek Presidency / the need to make environmental fiscal reform part of the EU Strategy for Sustainable Development (Greek Minister)
- Opportunities and Limits for the bottom-up approach (Mr Didier Reynders, and Finance State Secretary of the Netherlands)
- The UK Climate Change Levy, its characteristics and how it compares to Environmental Fiscal Reform (Mr Michael Meacher)
- The EEB campaign (Mr John Hontelez)

Discussion between panellists and with the audience

13.00 Lunch

14.30 UNRAVELLING THE COMPETITIVENESS ARGUMENT

chair: Helen Mountford (OECD)

Introduction by **Yannis Paleocrassas**, (Elliniki Etairia, former EU Environment Commissioner, former Finance Minister of Greece) *on the nature and validity of the competitiveness argument to hinder or limit environmental fiscal reform in the EU and on the national levels.*

Responses by :

- **Daniel Cloquet**, Director of Industrial Affairs, UNICE (*confirmed*)
- **E5, European Business Council for a Sustainable Energy Future** (*invited, speaker to be confirmed*)
- **Claude Fussler**, World Business Council for Sustainable Development (*invited*)
- **Eric Carlslund**, deputy Secretary General European Trade Union Confederation (*invited*)

Discussion with the audience

16.30 coffee break

17.00 ENSURING SOCIAL FAIRNESS IN ENVIRONMENTAL FISCAL REFORM

chair: John Hontelez

**Dr Terry Barker**, Senior Research Associate, Department of Applied Economics, University of Cambridge (*confirmed*)

- Presentation and questions

17.40 Conclusions: MOVING ON WITH THE CAMPAIGN

**John Hontelez**, Secretary General EEB

**28.10. – 30.10.2002, Loccum: Marktwirtschaftliche Instrumente für den Klima- und Ressourcenschutz**

Zur Diskussion um eine „nachhaltige“, insbesondere ökologische, Reform der staatlichen Steuerpolitik ist neuerdings aufgrund einer Initiative der Europäischen Union die Debatte um die Einführung handelbarer Lizenzen für die Emission von Treibhausgasen hinzugekommen. Das Symposium dient der Reflexion des erreichten Sachstandes in der wissenschaftlichen Grundlegung und Beobachtung dieser beiden politischen Handlungsfelder und der Erörterung des Abstimmungsbedarfes hinsichtlich ihrer weiteren Perspektiven.

Diese Veranstaltung findet mit Unterstützung des FÖS statt.

Informationen und Anmeldung: <mailto:Andreas.Dally@evlka.de>, <http://www.loccum.de>

**30.10. – 31.10.2002, Augsburg: internationaler Fachkongress „Holzenergie 2002“**

Der von der Bundesinitiative BioEnergie BBE organisierte internationale Fachkongress ist in die viertägige Fachmesse „HolzEnergie 2002“ vom 30.10. bis 02.11.2002 eingebettet. Er stellt eine Plattform für einen umfangreichen Informationsaustausch der Holzenergiebranche dar und bietet allen Teilnehmern die Möglichkeit der Kontaktaufnahme und der Vernetzung mit den relevanten Marktpartnern.

Themenschwerpunkte :

- Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für den Ausbau von Holzenergie in Deutschland
- Holz im Strommarkt
- Holz im Wärmemarkt
- Holzenergie in Kommunen
- Internationale Märkte für die Holzenergie

Nähere Informationen finden Sie unter: <http://www.energie-server.de/HolzEnergie2002/kongress.htm>

**18.11.-19.11.2002, Potsdam: Biogas und Energielandwirtschaft**

In Zusammenarbeit mit EUROSOLAR, ETI Brandenburg und dem Fachverband Biogas e.V. veranstaltet die Potsdam Eco Naturgas Handels GmbH und das ATB in Potsdam am Mo. und Di, 18. und 19. November 2002 in der IHK Potsdam eine 2-tägige Tagung zu Grünem GasTM und Energielandwirtschaft. Auf der Tagung werden europaweit erstmalig Potentiale und Energieerträge von Energiepflanzen innerhalb selektiver Erntestadien, die nasse Gaswäsche als Gasaufbereitungstechnologie, neue Energiedienstleistungen, Anforderungen an die Einspeisung aus DVGW und rechtlicher Sicht, und als Höhepunkt Ökobilanzen der gesamten Verfahrenskette von der Landwirtschaft bis zum Grünen GasTM in Haushalten (Brennwertthermen, Brennstoffzellen) und im Verkehr in einem neuen und innovativen Gesamtzusammenhang vorgestellt. Vergleichende Energie- und Ökobilanz der Treibstoffe Biogas und flüssiger Biotreibstoffe oder fossiler Treibstoffe werden vorgestellt. Ist die Stromeinspeisung vor Ort besser als die Verwertung von Grünem GasTM nach Einspeisung in das Gasnetz? Von den Teilnehmern werden viele Fragen und eine spannende Diskussion erwartet. Nähere Informationen sowie das Programm der Tagung finde Sie unter:

<http://www.eurosolar.org/konferenzen/konfind1.html>.

**12. FÖS: IN EIGENER SACHE*****We proudly present: EcoTaxNews 1***

Wir haben einen weiteren englischen Newsletter erstellt, um auch unsere ausländischen Interessenten noch besser zu informieren. Die *EcoTaxNews 1* (nach der Nullnummer im Oktober letzten Jahres), finden Sie unter <http://www.eco-tax.info/2newsmit/index.html>.

Abonnieren können Sie ihn unter dem angegebenen Link ebenfalls.

***Heft zur Ökologischen Finanzreform***

Mittlerweile ist die politische ökologie 77/78 mit dem Titel „Kassensturz – Strukturwandel durch Ökologische Finanzreform“, die mit Unterstützung des FÖS entstanden ist, erschienen. Darin finden sich u.a. Beiträge von Hans Eichel, Jürgen Trittin, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Anselm Görres (FÖS), Kai Schlegelmilch (FÖS) und Bettina Meyer (FÖS).

Hier das aktuelle Inhaltsverzeichnis: [http://www.foes-ev.de/downloads/poe77\\_inhalt.pdf](http://www.foes-ev.de/downloads/poe77_inhalt.pdf)

Sie können das Heft unter folgendem Link bestellen:

<http://www.oekom.de/verlag/german/periodika/poe/index.htm>

***Referendatenbank online***

Der FÖS hat mit Hilfe seiner Mitglieder und Interessenten eine Referendatenbank zur Ökosteuer aufgebaut. Auf unserer Homepage unter <http://www.foes-ev.de/6referenten/index.html> haben wir eine Liste von hoch-

rangigen Referenten zusammengestellt, die für Vorträge und Podiumsdiskussionen rund um die Ökologische Steuerreform zur Verfügung stehen. Über die Homepage kann man sich direkt mit den Referenten in Verbindung setzen, gerne sind wir aber auch bei der Kontaktaufnahme behilflich. Wer sich noch in die Datenbank aufnehmen lassen möchte, ist herzlich eingeladen, dies zu tun.

In Zukunft soll die Referentendatenbank auf andere Umweltthemen ausgeweitet werden.

### **„Mitglieder werben Mitglieder“**

Nach dem Vorschlag zu einer „Mitglieder werben Mitglieder- Aktion“ auf der Mitgliederversammlung im März, haben wir im Juli alle Mitglieder angeschrieben und sie gebeten, Freunde und Bekannte anzusprechen. Einige Rückmeldungen haben wir bereits bekommen, aber wir freuen uns auf weitere Vorschläge – und neue Mitglieder! Auch die Interessenten unter Ihnen können sich gerne an der Aktion beteiligen.

### **Ökosteuer im Bild, Karikaturen oder Witz**

Der FÖS ruft zu einem Ideenwettbewerb auf: wie kann man das abstrakte Thema „Ökologische Steuerreform“ bildlich umsetzen? Denn wir planen, einen Fernsehbeitrag, ein Kurzvideo oder einen Kinospot zu konzipieren. Andere Vorschläge drucken wir gerne im Newsletter ab. Haben Sie Ideen? Dann schreiben Sie uns an <mailto:foes@foes-ev.de>.

### **„Ökologische Finanzreform“ – oder ganz anders?**

Der FÖS diskutiert derzeit die Frage der Bezeichnung der Weiterentwicklung der Ökologischen Steuer- hin zu einer Ökologischen Finanzreform, die eben auch die Kürzung und Umstrukturierung ökologisch schädlicher Subventionen umfasst. Allerdings hat es im Zusammenhang mit dem Begriff „Ökologische Steuerreform“, so klar und etabliert er im Vorfeld der Umsetzung „in der Szene“ war, nicht verhindern können, dass große Teile der Bevölkerung den Begriff nicht oder missverstanden haben und offenbar insbesondere die Erwartungshaltung gefördert wird, dass das Aufkommen zugunsten der Umwelt verwendet wird. Um auch aus einer EU-Untersuchung (PETRAS – <http://www.foes-ev.de/downloads/petras.pdf>) die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, bittet der FÖS um Beiträge, ob der Begriff „Ökologische Finanzreform“, der zur Zeit zunehmend verwendet wird, aber eben noch nicht etabliert ist, angemessen und besser verständlich ist, und welcher Begriff ggf. besser verwendet werden sollte. Klar ist, dass dieser Begriff noch umfassender ist und damit - solange keine Umsetzung erfolgt - ggf. noch interpretationsfähiger ist. Dafür könnte er aber auch größere Akzeptanz schaffen, indem eben nicht nur die Steuer-, sondern gerade auch die Ausgabe Seite betrachtet wird. Bitte schreiben Sie uns eine email an <mailto:foes@foes-ev.de>.

### **Vorstandssitzung**

Dank der Telekom konnten wir unsere letzte Vorstandssitzung äußerst effizient und kostengünstig abhalten. Alle Vorstandsmitglieder konnten an der Telefonkonferenz teilnehmen und das ohne großen vorherigen Aufwand und Fahrtkosten. Unter <http://www.telefonkonferenzportal.de/> können Sie Telefonkonferenzen buchen.

### **Vortrag bei der Deutsche Bank Research**

Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS, hat am 13.06. einen Vortrag zur Ökologischen Steuerreform bei der Deutschen Bank Research gehalten, an dem auch Norbert Walter teilgenommen hat. Es ergab sich ein fruchtbarer Meinungsaustausch.

### **Haben Sie eine neue Adresse oder Email?**

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

### **Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?**

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob

sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter <http://www.foes-ev.de/kontakt.html>.

***Wie kann der Newsletter noch besser werden?***

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen (<mailto:foes@foes-ev.de>).